

IWF
2012

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2012

GEMEINSAM DIE GLOBALE ERHOLUNG UNTERSTÜTZEN



DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS

Der IWF ist die zentrale Organisation der Welt, die für die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik zuständig ist. Da die Organisation 188 Mitgliedsländer zählt, arbeiten in ihr fast alle Länder der Welt gemeinsam an der Förderung des Gemeinwohls. Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System der Wechselkurse und internationalen Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und der allgemeine Lebensstandard erhöht werden sollen.

Im Exekutivdirektorium des IWF, in dem sämtliche Mitgliedsländer vertreten sind, werden die nationalen, regionalen und globalen Auswirkungen der Wirtschaftspolitiken eines jeden Mitglieds erörtert. Dieser Jahresbericht erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums und von Geschäftsführung und Mitarbeiterstab des IWF im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2011 bis zum 30. April 2012.

Zu den Hauptaktivitäten des IWF gehören:

- Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen vorzubeugen oder diese beizulegen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut zu verringern;
- Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d.h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen sowie
- Bereitstellung technischer Hilfe und Ausbildung, auf Antrag eines Landes, für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die das Land für die Verfolgung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. Aufgrund seiner weltweiten Präsenz und seiner engen Beziehungen zu den Mitgliedsländern unterhält er außerdem Büros in aller Welt.

Zusätzliche Informationen über den IWF und die Mitgliedsländer können auf der Website des IWF abgerufen werden, unter www.imf.org.

Die Webseite des Annual Report (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/eng) enthält Begleitmaterial zum Jahresbericht (in englischer Sprache): Webkästen, Webtabellen, Anhänge (einschließlich des Jahresabschlusses, 30. April 2012) und andere einschlägige Dokumente. Die Druckversion des Abschlusses ist erhältlich von IMF Publication Services, P.O.Box 92780, Washington, DC 20090. Auch eine CD-ROM-Version des Annual Report, einschließlich des auf der Webseite veröffentlichten Begleitmaterials, ist von IMF Publication Services erhältlich.

AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN

AML	anti-money laundering (Bekämpfung der Geldwäsche)
AML/CFT	anti-money laundering and combating the financing of terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)
BIS (BIZ)	Bank for International Settlements (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)
COFER	Currency Composition of Foreign Exchange Reserves (Währungszusammensetzung von Devisenreserven)
CSO	civil society organization (zivilgesellschaftliche Organisation)
EAC	External Audit Committee (externer Rechnungsprüfungsausschuss)
EFF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)
EUO	Offices in Europe (Europa-Büros)
FATF	Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche)
FCL	Flexible Credit Line (Flexible Kreditlinie)
FM	<i>Fiscal Monitor</i> (Monitor der Fiskalpolitiken)
FSB	Financial Stability Board (Finanzstabilitätsrat)
FY (GJ)	financial year (Geschäftsjahr)
G-20 (G20)	Group of Twenty (Gruppe der Zwanzig)
GDSD	General Data Dissemination System (Allgemeines Datenweitergabesystem)
GDP (BIP)	gross domestic product (Bruttoinlandsprodukt)
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i> (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems)
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries (hochverschuldete arme Länder)
HQ1	main headquarters (Hauptquartier)
IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)
ILO (IAO)	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IMF (IWF)	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
IT	information technology (Informationstechnik)
MAP	Mutual Assessment Process (Verfahren der gegenseitigen Bewertung)
MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative (Multilaterale Entschuldungsinitiative)
NAB	New Arrangements to Borrow (Neue Kreditvereinbarungen)
OAP	Office for Asia and the Pacific (Büro für Asien und Pazifikraum)
OIA	Office of Internal Audit and Inspection (Büro für interne Revision und Inspektion)
PCL	Precautionary Credit Line (Vorsorgliche Kreditlinie)
PIN	Public Information Notice (Öffentliche Informationsmitteilung)
PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorge- und Liquiditäts-Linie)
PR	press release (Pressemitteilung)
PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
PSI	Policy Support Instrument (Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
REO	<i>Regional Economic Outlook</i> (Regionaler Wirtschaftsausblick)
RTAC	regional technical assistance center (Regionales Zentrum für Technical Assistance)
SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskredit-Vereinbarung)
SDDS	Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard)
SDMX	Statistical Data and Metadata Exchange (Austausch von statistischen Daten und Metadaten)
TA	technical assistance (Technical Assistance)
TSR	Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung)
TTF	topical trust fund (thematischer Treuhandfonds)
WEO	<i>World Economic Outlook</i> (Weltwirtschaftsausblick)

IWF

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2012

GEMEINSAM DIE GLOBALE
ERHOLUNG UNTERSTÜTZEN

INHALTSVERZEICHNIS

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS	4	Kapazitätsaufbau in den Mitgliedsländern	43
		Technical Assistance	43
		Ausbildung	48
EXEKUTIVDIREKTOREN	6	Initiativen zu Daten und Datenstandards	49
		Die Standards des IWF für Datenweitergabe	49
		Der Eighth Review of the Fund's Data Standards	
		Initiatives	50
		Weitere datenbezogene Maßnahmen	51
BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT	8	Zusammenarbeit mit der Gruppe der Zwanzig und anderen Organisationen	52
		Zusammenarbeit des IWF mit der G20	52
		Beteiligung an regionalen	
		Finanzierungsvereinbarungen	53
		Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	54
1 ÜBERBLICK	9		
Eine fragile und zögerliche Konjunkturerholung	10	5 GOVERNANCE, FINANZEN UND RECHENSCHAFTSPFLICHT	55
Politikmaßnahmen zur Überwindung der Krise	10	Quoten- und Governancereform	56
Finanzierung für Mitglieder	11	Fortschritte bei der Quoten- und Governancereform	
Modernisierung der Finanzierungsinstrumente	11	von 2010	56
Stärkung der Überwachung	11	Überprüfung der Quotenformel	57
Technical Assistance und Ausbildung	12	Ressourcen, Einkommen und Haushalt	57
Reform des Fonds in Anpassung an das sich ändernde		Kreditvereinbarungen	57
Profil der Mitgliedsländer	12	Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	58
Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit	13	Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	61
		Rückstände gegenüber dem IWF	63
		Prüfungsverfahren	63
		Risikomanagement	64
2 GLOBALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZENTWICKLUNG	15	Mitgliedschaft	65
Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück	16	Personalwesen – Politiken und Organisation	65
Zwei Schritte vorwärts	17	Personalwesen im GJ 2012	65
		Veränderungen in der Geschäftsführung	67
		Rechenschaftspflicht	68
3 UNTERSTÜTZUNG DER GLOBALEN KONJUNKTURERHOLUNG	19	Transparenz	68
Finanzhilfe für Länder während der Krise	20	Das Independent Evaluation Office	68
Globales Sicherheitsnetz	20	Ethik-Regelwerk für Stab, Geschäftsführung und	
Stärkere Überwachung, um die Rückkehr zu		Exekutivdirektorium	70
nachhaltigem globalem Wachstum zu fördern	30	Einbindung externer Stakeholder	70
Stärkung der Überwachung	30		
Kapitalströme	37	EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER	74
Risikobewertung und Risikosteuerung	38		
Die Rolle des SZR	38	LEITENDE MITARBEITER	75
4 KAPAZITÄTSAUFBAU FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM	39	ORGANIGRAMM DES IWF	76
Unterstützung für einkommenschwache Länder	40		
Die Initiativen für Heavily Indebted Poor Countries		ANMERKUNGEN	77
und Multilateral Debt Relief	40		
Überprüfung des Joint IMF–World Bank Debt			
Sustainability Framework for Low-Income			
Countries	42		

KÄSTEN

3.1. Fondsarbeit im Euro-Gebiet	24
3.2. Unterstützung für die arabischen Übergangsländer	25
3.3. Wesentliche Elemente der neuen Instrumente	29
3.4. Der Einsatz von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche in fondsgestützten Programmen: Afghanistan und Griechenland	36
4.1. Japans Beitrag zur Technical Assistance des IWF	46
4.2. Bewertung der Wirksamkeit der Ausbildung durch das IWF-Institut	50
4.3. Mobile Anwendungen für Statistikdaten des IWF	52
4.4. Public Sector Debt Statistics: Guide for Compilers and Users	53
5.1. Gebäuderenovierungen	60
5.2. Abschied von John Lipsky	68
5.3. Die Konferenz zum zehnjährigen Bestehen des Independent Evaluation Office	69
5.4. IWF startet arabischen Blog	70
5.5. Konferenz zur Reform des öffentlichen Gesundheitswesens in Asien	71

SCHAUBILDER

3.1. In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2003-2012 gebilligte Vereinbarungen	21
3.2. Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen, GJ 2003-2012	21
3.3. Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2003-2012	27
4.1. Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2007-2012 nach Einkommensgruppen	42
4.2. Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2007-2012 nach Länderstatus	42
4.3. Bereitstellung von Technical Assistance im GJ 2012 nach Fächern und Regionen	44
4.4. Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2007-2012 nach Fächern und Thematik	45
4.5. Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2008-2012 nach Finanzierungsquelle	47

TABELLEN

3.1. Kreditfazilitäten des IWF	22
3.2. Im GJ 2012 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen	26
3.3. Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen des GJ 2012	27
4.1. Ausbildungsprogramm des IWF-Instituts, GJ 2008-2012	48
5.1. Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2011-2015	61
5.2. Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben	62
5.3. Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art	62

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zum leichteren Verständnis angegeben. Am 30. April 2012 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1 US\$ = 0,616919 644934 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,62096 55055 US\$. Das Jahr zuvor (am 30. April 2011) lag der Kurs bei 1 US\$ = 0,661762 616919 SZR und 1 SZR = 1,51112 62096 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde und „Trillion“ eine Billion. Kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, aber für die statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS



Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Das vergangene Jahr stellte viele Mitglieder des IWF und den Fonds selbst vor große Herausforderungen. Die globale Finanzkrise flackerte an vielen Orten der Welt immer wieder auf, insbesondere im Eurogebiet. Wir sahen viele enttäuschte Hoffnungen und zu viele Fälle, in denen auf zwei Schritte vorwärts ein Schritt zurück folgte. Das Ergebnis sind weiterhin fehlende Zuversicht, weiterhin gestresste Finanzmärkte und eine immer noch schleppende Erholung. Gleichzeitig bleibt die Arbeitslosigkeit in zu vielen Regionen unannehmbar hoch und das soziale Gefüge wird immer stärker belastet.

Gewiss ist es jetzt wichtiger als je zuvor, die globale Wirtschafts- und Finanzstabilität wiederherzustellen und die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen.

Besonders unter diesen Umständen muss der IWF seine ganze analytische Exzellenz und vorausdenkende Kreativität einsetzen, um seinen Mitgliedern bei der Bewältigung aktueller Probleme und beim Bau der Brücke zu einer besseren Welt zu helfen.

Und so bin ich denn stolz auf die starke und unabhängige Rolle, die der IWF im vergangenen Geschäftsjahr gespielt hat. Wir waren bei der Beurteilung von Wirtschaftsplänen und Beratung von Ländern so objektiv und gerecht wie möglich: Betrachten Sie die folgenden Beispiele.

Wir forderten eine aggressive Strategie, europäische Banken mit neuem Kapital auszustatten, eine größere Brandmauer aufzubauen, um Übertragungsrisiken einzudämmen und das Vertrauen wiederherzustellen, und diese Finanzmittel zur direkten Beteiligung an Banken einzusetzen. Der Fonds drängte zudem auf einen umfassenden Plan für eine stärkere Integration in den Bereichen Finanzen und Haushalt in Europa. Wir versuchten, einen Ausgleich in der fiskalischen Debatte zu schaffen, und verwiesen darauf, dass ein übereifriger Abbau von Haushaltsdefiziten die globalen Wirtschaftsbedingungen verschlechtern könnte. Und wir arbeiteten weiter an der Verbesserung von Regulierung und Aufsicht auf dem Finanzsektor, um sicherzustellen, dass wir nicht zu dem Finanzsystem zurückkehren, das die Krise heraufbeschworen hatte.

Der Fonds setzte seine Innovationen im Geschäftsjahr fort und arbeitete intensiv an der Verbesserung unserer Geschäftsprozesse. Im Anschluss an die Ergebnisse des Triennial Surveillance Review unternahmen wir Schritte, die Methoden und Outputs der Überwachung (surveillance) durch den Fonds zu verbessern und uns stärker auf die Risiken und Verknüpfungen zu konzentrieren, die die moderne Weltwirtschaft durchdringen. Wir begannen mit der Entwicklung eines Arbeitsplans zur Finanzsektorüberwachung, und im Bereich der externen Stabilität arbeitete das Exekutivdirektorium weiter daran die systematische multilaterale Analyse auszudehnen, so dass sie

über Wechselkurse hinausgeht und externe Bilanzen einbezieht. Das Exekutivdirektorium arbeitete auch an der Aktualisierung des bestehenden rechtlichen Rahmens, um eine effektivere Durchführung der Überwachung zu ermöglichen.

Bei unserer Überwachungstätigkeit richteten wir mehr Aufmerksamkeit auf Beschäftigung, inklusives Wachstum und soziale Fragen und untersuchten sorgfältig die Probleme, mit denen einkommensschwache Länder zu kämpfen haben, einschließlich solcher, die auf Schwankungen bei den Rohstoffpreisen zurückgehen. Der Fonds konzentrierte seine Arbeit auf einige breitere makroökonomische Kernbereiche, einschließlich Handhabung von Kapitalströmen und Modernisierung des fiskalischen Regelwerks sowie Schuldentragfähigkeitsanalyse.

An der Kreditvergabefront reagierten wir flexibel auf den Finanzierungsbedarf unserer Mitglieder in aller Welt. Wir vertieften den Dialog mit den arabischen Übergangsländern, indem wir die Grundvoraussetzungen für mögliche Finanzhilfe schufen, und wir hielten unsere Unterstützung für einkommensschwache Länder aufrecht. In dem Bewusstsein, dass Vorbeugen besser ist als Heilen, stimmte das Exekutivdirektorium Reformen im Kreditvergabe-Instrumentarium des Fonds zu, die den Zweck haben bessere Liquidität und Notfallhilfe für unsere Mitglieder weltweit bereitzustellen. Die neue, flexiblere Precautionary and Liquidity Line, die die Precautionary Credit Line ersetzt, kann unter einer größeren Anzahl von Umständen angewandt werden, einschließlich als Versicherung gegen künftige Schocks und als kurzfristiges Liquiditätsfenster, um die Bedürfnisse von Mitgliedern zu bedienen, die solide wirtschaftliche Fundamentaldaten und politische Regelwerke aufweisen. Gleichzeitig erlaubt uns unser neues Rapid Financing Instrument die Unterstützung eines breiten Bereichs an dringenden Zahlungsbilanzbedürfnissen, einschließlich solcher, die auf exogene Schocks zurückgehen.

Im vergangenen Geschäftsjahr intensivierten wir auch unsere Technical Assistance. Dank großzügiger Geberbeiträge konnte der Fonds wesentlich mehr Technical Assistance bereitstellen als in den Jahren zuvor. Nach einer strategischen Prüfung legten wir außerdem zwei operationelle Einheiten zusammen, um eine neue Einheit zu schaffen, die die Ausbildung und die Bereitstellung von Technical Assistance beaufsichtigt und verwaltet – das Institute for Capacity Development.

Insgesamt glaube ich, dass der IWF auf ein produktives Jahr zurückblicken kann. Unsere Mitglieder brachten ihr Vertrauen in uns zum Ausdruck, indem sie unsere Mittel um 456 Mrd. US\$ (430 Mrd. US\$ Ende des Geschäftsjahres 2012) erhöhten. Das Exekutivdirektorium sprach sich zudem dafür aus, einen Teil des unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf des IWF zur Beschaffung weiterer Mittel einzusetzen, mit dem die konzessionäre Finanzhilfe des Poverty Reduction and Growth Fund bestritten werden kann. Da die Gewährleistung adäquater Mittel für die konzessionäre Kreditvergabe unabdingbar bleibt, ist dies ein willkommener Beitrag zur Stützung des Zinssatzes auf konzessionäre Finanzierungsvereinbarungen mit einkommensschwachen Ländern.

Mit Blick auf die Zukunft müssen wir die 2010 vereinbarten Governancereformen fortsetzen. Der IWF muss für die gesamte Mitgliedschaft repräsentativ sein und als wirklich legitim erachtet werden. Auf dieser Grundlage wird der IWF weiterhin mit seinen Mitgliedern zusammenarbeiten, um gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden und den Kurs auf eine Zukunft wachsenden Wohlstands vorzugeben.

Es ist mir eine große Ehre, Geschäftsführende Direktorin des IWF zu sein. Ich bin beeindruckt von unserem Stab und stolz auf unsere Arbeit. Ich habe Hochachtung vor der Professionalität und Integrität des Exekutivdirektoriums des IWF und dessen unermüdlichen Bestrebungen, Tag für Tag das Mandat des IWF zu erfüllen.

Der Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF an den Gouverneursrat des IWF ist ein wesentliches Instrument der Rechenschaftsablegung des IWF. Das Exekutivdirektorium trägt die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Fonds und besteht aus 24 Exekutivdirektoren, die von den 188 Mitgliedsländern des IWF ernannt werden, während der Gouverneursrat, in dem jedes Mitgliedsland durch einen führenden Beamten repräsentiert ist, die höchste leitende Autorität des IWF ist. Die Veröffentlichung des Jahresberichts repräsentiert die Rechenschaftspflicht des Exekutivdirektoriums gegenüber dem Gouverneursrat des IWF.



David Lipton, Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Naoyuki Shinohara, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Nemat Shafik, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin



Min Zhu, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

EXEKUTIVDIREKTOREN

Stellvertretende Exekutivdirektoren sind in Kursivdruck angegeben.



Meg Lundsager
Unbesetzt
Vereinigte Staaten



Mitsuhiro Furusawa
Tomoyuki Shimoda
Japan



Hubert Temmeyer
Steffen Meyer
Deutschland



Ambroise Fayolle
Alice Terracol
Frankreich



Arrigo Sadun
Thanos Catsambas
Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal,
San Marino, Timor-Leste



Der Jiun Chia
Aida Budiman
Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam



Tao Zhang
Ping Sun
China



Christopher Legg
Hoseung Lee
Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu



Arvind Virmani
P. Nandalal Weerasinghe
Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka



Paulo Nogueira Batista, Jr.
Maria Angélica Arbeláez
Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kolumbien, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago



Ahmed Alkholifey
Fabid I. Alsbathri
Saudi-Arabien



René Weber
Unbesetzt
Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan



Alexander Gibbs
Robert Elder
Vereinigtes Königreich



Willy Kiekens
Johann Prader
Belarus, Belgien, Kosovo, Luxemburg, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn



Carlos Pérez-Verdía
José Rojas Ramírez
Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Spanien, Venezuela



Menno Snel
Yuriy G. Yakusha
Armenien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern



Thomas Hockin
Mary O'Dea
Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen



Benny Andersen
Audun Grønn
Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden



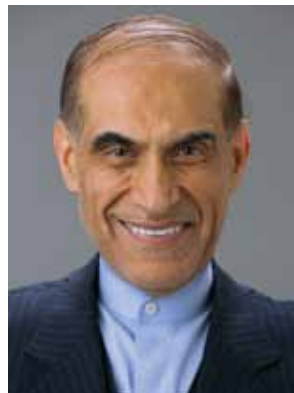
Mooketsi Majoro
Momodou Sabo
Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Swasiland, Tansania, Uganda



A. Shakour Shaalan
Sami Geadah
Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate



Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin
Russische Föderation



Jafar Mojarrad
Mohammed Daïri
Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien



Alfredo Mac Laughlin
Pablo García-Silva
Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay



Kossi Assimaïdou
Nguêto Tiraina Yambaye
Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT

26. Juli 2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

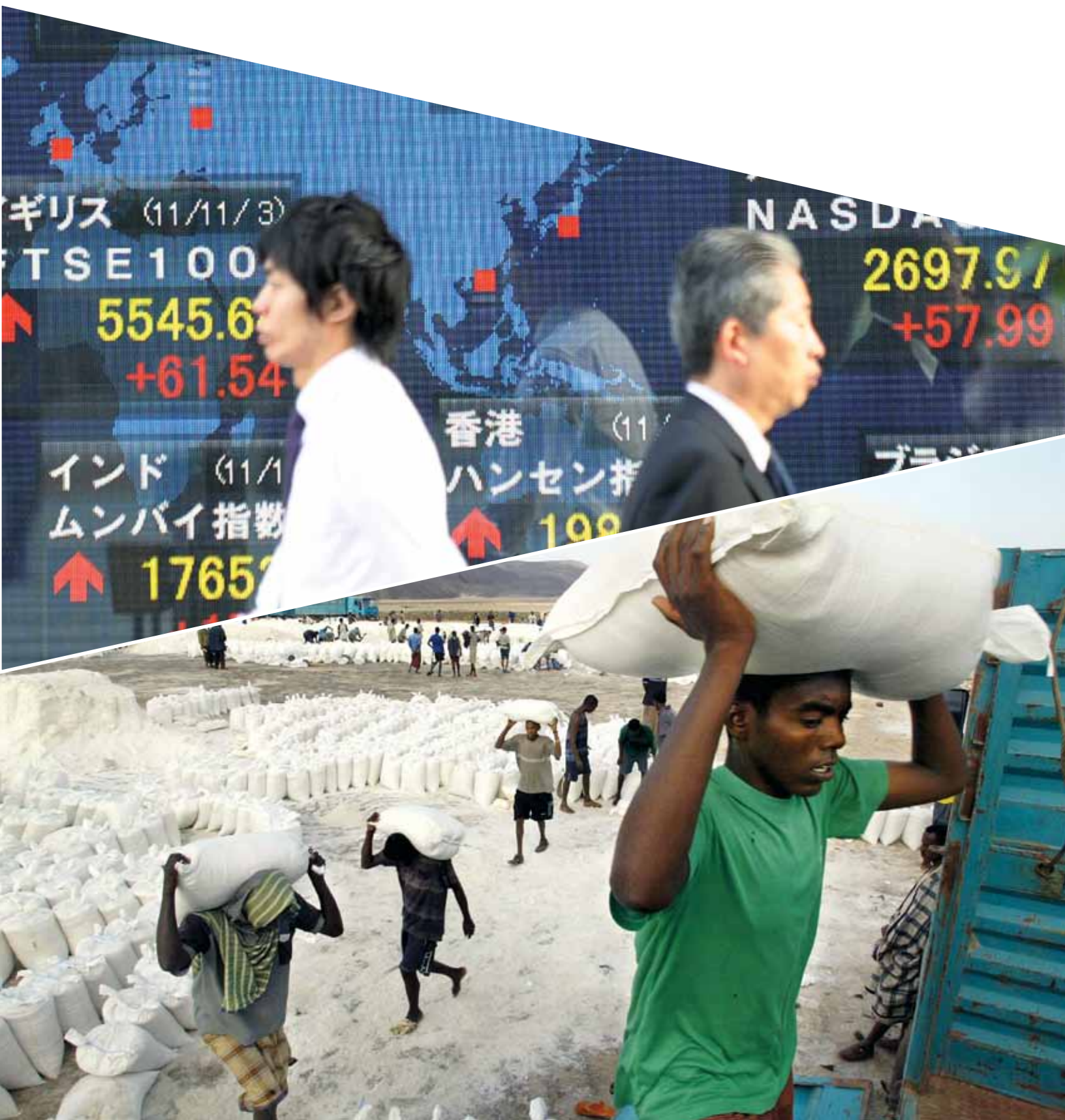
Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2012 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2013 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 5 vorgelegt. Die für das am 30. April 2012 abgelaufene Geschäftsjahr geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang VI präsentiert, der sich auf der CD-ROM-Fassung des Jahresberichts sowie auf www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/eng/index.htm befindet. Die externe Rechnungsprüfung und das Finanzberichtswesen wurden nach Maßgabe von Abschnitt 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss bestehend aus Frau Amelia Cabal (Vorsitz), Herrn Arfan Ayass und Herrn Jian-Xi Wang überprüft.

Christine Lagarde



Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

1 ÜBERBLICK



ÜBERBLICK



Seit Beginn der globalen Finanzkrise im Jahr 2007 stand der Internationale Währungsfonds (IWF) im Mittelpunkt der Bestrebungen, die Finanzstabilität wiederherzustellen und die Weltwirtschaft zurück auf den Weg zu nachhaltigem Wachstum zu führen. Dieses Jahr bildete keine Ausnahme. Der Fonds konzentrierte sich intensiv auf die Bereitstellung von Geldmitteln, Politikberatung und technischer Hilfe, die die Mitglieder zur Steuerung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Risiken und zur Wiederherstellung dauerhaften Wachstums benötigen. Für sieben Länder wurden neue, nichtkonzessionäre Finanzierungsvereinbarungen auf den Weg gebracht. Gleichzeitig arbeitete die Institution weiter an ihren vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Stärkung von Überwachung und Politikgestaltung, der Verbesserung ihrer verfügbaren Kreditinstrumente und der Verbesserung ihrer Governance-Struktur.

Zum Ende des Geschäftsjahres¹ hatte eine erhebliche Anzahl von Ländern feste Zusagen zur Aufstockung der IWF-Ressourcen um mehr als 430 Mrd. US\$² gemacht zum Zweck der Krisenprävention und -beilegung und zur Erfüllung des möglichen Finanzierungsbedarfs aller IWF-Mitglieder. Hier zeigte sich das Bestreben der internationalen Gemeinschaft, die Konjunkturerholung der Weltwirtschaft auf ein solideres Fundament zu stellen und dem IWF weiterhin die zentrale Rolle zuzuweisen.

EINE FRAGILE UND ZÖGERLICHE KONJUNKTURERHOLUNG

Nach einem größeren Rückschlag Ende 2011 erfuhr die Weltwirtschaft im ersten Quartal 2012 eine allmähliche Stabilisierung, insgesamt aber zeigte sich die Konjunkturerholung Ende des GJ

2012 nach wie vor fragil. Die Wirtschaftstätigkeit in den USA nahm zu, und die meisten Volkswirtschaften der Schwellenländer und einkommensschwachen Länder erlebten weiterhin ein solides Wachstum. Wiederholte Schwierigkeiten im Euro-Gebiet führten jedoch bisweilen zu erheblicher Marktbelastung und Volatilität und stellten nach wie vor eine Hauptquelle der Anfälligkeit für die Weltwirtschaft dar. Die Wachstumserwartungen in den am meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften fielen weiterhin schwach aus, wofür Bedenken in Bezug auf öffentliche Defizite und Schulden, fortlaufende Reduzierung des Fremdkapitalanteils und hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. In den Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer wurde eine Fortsetzung des soliden Wachstums erwartet, wobei jedoch die Steuerung der Abwärtsrisiken weiterhin schwierig bleiben würde und einige Länder Überhitzungsdruck im Zusammenhang mit starkem Kreditwachstum ausgesetzt waren.

POLITIKMASSNAHMEN ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Angesichts der deutlich nach unten gerichteten Risiken hieß es für Politiker Ende des GJ 2012, einen schwierigen Balanceakt zu meistern. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mussten Regierungen fiskalische Risiken angehen und die Staatsverschuldung auf einen deutlichen Abwärtspfad bringen, ohne aber dabei kurzfristig das Wachstum zu ersticken. Für die unmittelbare Zukunft war eine maßvolle fiskalische Anpassung nötig, einhergehend mit soliden mittelfristigen Konsolidierungsplänen, zu denen auch Reformen der Sozialleistungsprogramme gehörten. Diese Volkswirtschaften mussten Strukturreformen auf ihren Arbeits- und Produktmärkten umsetzen, um die Arbeitslosigkeit zu senken und

stärkeres Wachstum herbeizuführen. Gedämpfter Inflationsdruck und Risiken für das Wachstum verlangten nach einer Fortsetzung der akkommodierenden Geldpolitik. Für die Volkswirtschaften der Schwellenmärkte und Entwicklungsländer mussten die Entscheidungsträger die richtige Kombination makroökonomischer Politikmaßnahmen finden, so dass globalen Abwärtsrisiken entgegengewirkt würde, während gleichzeitig in einigen Fällen Überhitzungsdruck unter Kontrolle zu halten war. Alle Länder waren mit der Aufgabe betraut, die anfälligsten Gesellschaftsgruppen vor den negativen Auswirkungen der Finanzkrise zu schützen.

Die Fortsetzung der Politikkooperation über Ländergrenzen hinweg war zur Stärkung von Vertrauen und Stabilität notwendig. Im Sinne weiterer Fortschritte beim Aufgreifen globaler Ungleichgewichte und des globalen Nachfragedefizits mussten Länder mit hoher Sparquote die Hindernisse angehen, die Konsum und Investitionen im Wege standen, unterstützt durch mehr marktbestimmte Wechselkurse. Des Weiteren kam dem globalen Finanzsektor entscheidende Priorität zu, insbesondere dem Bedarf für die konsequente Umsetzung neuer weltweiter Finanzsektorregulierungen und für das Aufgreifen anderer Schwächen auf dem Finanzsektor, wie etwa Probleme im Zusammenhang mit Institutionen, die als „zu komplex, um untergehen zu dürfen“ gelten, das Schattenbankensystem sowie grenzüberschreitende Aufsicht und Bankenabwicklung.

FINANZIERUNG FÜR MITGLIEDER

Auch im GJ 2012 reagierte der IWF wieder flexibel auf den Finanzierungsbedarf seiner Mitglieder in einem Umfeld, das von Unsicherheit und Volatilität der Finanzmärkte geprägt war. Die Nachfrage nach IWF-Ressourcen blieb stark und Zusagen stiegen weiter an, wenngleich langsamer als im Vorjahr. Im Jahresverlauf billigte das Exekutivdirektorium des IWF sieben nichtkonzessionäre Finanzierungsvereinbarungen. Darüber hinaus wurde eine neue Folgevereinbarung unter der Flexible Credit Line (FCL – Flexible Kreditlinie) für Kolumbien gebilligt, während für Mexiko und Polen laufende FCL-Vereinbarungen bestehen blieben.

Unter den einkommensschwachen Mitgliedern des Fonds erreichten 20 Länder im GJ 2012 die Billigung oder Aufstockung einer Vereinbarung im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT – Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum). Zum Ende des Geschäftsjahres zählte der IWF 64 Mitglieder mit ausstehenden konzessionären Krediten. Der IWF intensivierte darüber hinaus seinen Politikdialog mit Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika, unter anderem über mögliche Finanzierungshilfe, um Regierungen bei der Steuerung der wirtschaftlichen Herausforderungen zu helfen, die sich aus den Umwälzungen seit Anfang 2011 in der Region ergeben haben.

MODERNISIERUNG DER FINANZIERUNGSTRUMENTE

Während des Geschäftsjahres billigte das Exekutivdirektorium eine Reihe von Reformen, die zum Ziel haben, die Finanzierungs-

instrumente des Fonds mit mehr Flexibilität und Reichweite auszustatten. Mit den vom Direktorium verabschiedeten Reformen soll das Kreditvergabeinstrumentarium des Fonds besser gerüstet sein, den weltweiten Fondsmitgliedern Liquidität und Notfallhilfe bereitzustellen. Die Änderungen werden es dem IWF ermöglichen, flexibler auf die verschiedenen Liquiditätsbedürfnisse von Mitgliedern zu reagieren, die trotz solider Politiken und Fundamentaldaten von Ansteckungsrisiken betroffen sind („crisis bystanders“ – an der Krise Unbeteiligte), und Finanzierung für dringenden Bedarf nicht nur bei Naturkatastrophen und in Konfliktfolgesituationen, sondern in einem breiteren Band von Umständen zu gewähren.

In Rahmen der Reformen wurde die Precautionary Credit Line (PCL – Vorsorgliche Kreditlinie) durch eine flexiblere Precautionary and Liquidity Line (PLL – Vorsorge- und Liquiditäts-Linie) ersetzt. Die PLL kann in einer größeren Bandbreite von Umständen eingesetzt werden, so etwa als Versicherung gegen künftige Schocks und als kurzfristiges Liquiditätsfenster, um den Bedarf von Mitgliedern mit soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten und institutionellen Politikrahmen zu erfüllen, einschließlich an der Krise Unbeteiligter (crisis bystanders). Die bestehenden IWF-Regelungen für die Bereitstellung von Nothilfe (bei Naturkatastrophen und in der Konfliktfolgezeit) wurden konsolidiert und durch das neue Rapid Financing Instrument (Instrument für schnelle Finanzierung) ersetzt, das zur Unterstützung einer großen Bandbreite dringender Zahlungsbilanzbedürfnisse eingesetzt werden kann, einschließlich solcher, die auf exogene Schocks zurückzuführen sind.

STÄRKUNG DER ÜBERWACHUNG

Im GJ 2012 wurden wichtige Schritte zur Verbesserung der Überwachungsmethoden und -ergebnisse des Fonds unternommen. Das Exekutivdirektorium schloss eine umfassende Überprüfung der Überwachungstätigkeiten des IWF ab: das Triennial Surveillance Review (TSR – Dreijahresprüfung der Überwachung). Zwar stellten die Exekutivdirektoren gegenüber dem letzten TSR 2008 wesentliche Fortschritte bei der Durchführung der Überwachung fest, sie stimmten aber auch dem Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin zur Stärkung der Überwachung in den folgenden sechs Bereichen zu: Verflechtungen, Risikobewertungen, Finanzstabilität, externe Stabilität, der Rechtsrahmen sowie Wirksamkeit. Das Direktorium stellte fest, dass die Analyse externer Übertragungswirkungen (spillovers) für die fünf größten systemrelevanten Volkswirtschaften, die 2011 erstmals durchgeführt wurde, einen nützlichen Beitrag zur Fondsüberwachung geleistet habe, und empfahl, dass sie vor einer weiteren Evaluierung wiederholt wird. Der Fonds begann überdies mit der Ausarbeitung eines Arbeitsplans für die Überwachung des Finanzsektors, um die strategischen und operativen Prioritäten der Fondsarbeit in diesem Bereich aufzustellen. Das Direktorium kam überein, im Bereich der externen Stabilität die Ausdehnung der Analyse über die Wechselkurse hinaus fortzusetzen und multilateral übereinstimmende Stabsbewertungen von Außen-

wirtschaftsbilanzen mit aufzunehmen. Was den Rechtsrahmen des Fonds für die Überwachungstätigkeit betrifft, so nahm das Exekutivdirektorium die Arbeit an der Aktualisierung des bestehenden Rechtsrahmens auf, um eine effektivere Durchführung der Überwachung zu ermöglichen in der Erwartung, dass das Direktorium dieses Vorhaben im GJ 2013 fortsetzen wird.

Im Oktober 2011 und April 2012 gab der Fonds auch einen neuen „Consolidated Multilateral Surveillance Report“ heraus, um den politischen Diskurs zu fördern und die Rolle des International Monetary and Financial Committee (IMFC – Internationaler Währungs- und Finanzausschusses) zu stärken. Die Exekutivdirektoren stimmten überein, der Fonds könnte den Faktoren inklusives Wachstum, Beschäftigung und anderen sozialen Themen mit bedeutender makroökonomischer Auswirkung bei der Überwachung größere Aufmerksamkeit schenken, indem er sich auf die Fachkompetenz anderer Institutionen stützt. Der Fonds konzentrierte seine Arbeit auch auf verschiedene breitere Kernbereiche, wie Kapitalströme, Modernisierung der Analyse von fiskalischem Regelwerk und Schuldentragfähigkeit und den Umgang mit den Politikherausforderungen in einkommensschwachen Ländern bei Rohstoffpreisschocks.

Der IWF unternahm weitere Bestrebungen zur Schärfung seiner wirtschaftlichen Risikobewertungen. Im Zusammenhang mit der Frühwarnübung setzte der Fonds die Stärkung seiner analytischen Regelwerke zur Bewertung von Anfälligkeiten und aufkeimenden Risiken in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Schwellenmärkten und einkommensschwachen Ländern fort. Die Frühwarnübung wird in Zusammenarbeit mit dem Financial Stability Board (FSB – Rat für Finanzstabilität) ausgearbeitet und dem IMFC zweimal jährlich vorgelegt; sie beabsichtigt die Identifizierung von (1) Risiken mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber erheblichen Auswirkungen für die Weltwirtschaft, (2) Politikmaßnahmen zur Minderung von Risiken und Senkung von Anfälligkeiten sowie (3) Vorschlägen zur weiteren Analyse in nachfolgenden Übungsrunden.

In der Folge der weltweiten Krise stieg das Bewusstsein um die entscheidende Rolle, die Daten bei Krisenbereitschaft und -prävention spielen; insofern verbesserte der IWF im GJ 2012 weiterhin die Qualität der von den Mitgliedern bereitgestellten Daten und die Zugänglichkeit der Daten, die er erzeugt und verwaltet. Die Achte Überprüfung der Datenstandardinitiativen des IWF wurde im Februar 2012 abgeschlossen, wobei im Jahresverlauf die Erhöhung und Verbesserung des Online-Zugriffs besonders im Mittelpunkt standen.

TECHNICAL ASSISTANCE UND AUSBILDUNG

Die Nachfrage war groß, und großzügige Geberbeiträge ermöglichten es dem IWF, im GJ 2012 rund 17 Prozent mehr Technical Assistance (TA – technische Hilfe) vor Ort zu leisten als im

vorangegangenen Geschäftsjahr und damit fast alle Mitgliedsländer zu unterstützen. Die Technical Assistance ist eine Kernfunktion des IWF und stärkt die Kapazitäten der Mitglieder in den Bereichen Fiskalisches, Recht, Geld- und Finanzmärkte und Statistik. Die Bestrebungen im Lauf dieses Geschäftsjahres konzentrierten sich auf die Unterstützung der Länder beim Umgang mit den unmittelbaren Implikationen eines schwachen Weltwirtschaftswachstums, der Turbulenzen in Europa und andauernder Volatilität auf den Finanzmärkten. In einem grundlegenden Sinne richtete sich die technische Hilfe auf die Stärkung der Politikrahmen und Institutionen zur Unterstützung nachhaltigen Wachstums. Die Bereitstellung der Technical Assistance stieg im Geschäftsjahr in allen Bereichen an, wobei die Nachfrage nach TA zu fiskalischen Fragen besonders hoch war.

Im Anschluss an den Bericht einer Arbeitsgruppe, die die TA-Strategie des Fonds zu bewerten hatte, gab der IWF Anfang 2012 die Entscheidung bekannt, zwei bestehende operative Einheiten – das IWF-Institut und das Büro für das Management der Technical Assistance – zu vereinigen und das neue Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung) zu schaffen. Die neue Abteilung, die ihre Arbeit im Mai 2012 aufnahm, bietet Mitgliedsländern Technical Assistance und Ausbildung zum Aufbau ihrer Kapazitäten und zur Entwicklung maßgeblicher Wirtschafts- und Finanzinstitutionen.

REFORM DES FONDS IN ANPASSUNG AN DAS SICH ÄNDERENDE PROFIL DER MITGLIEDSLÄNDER

Wie vielfach von den Regierungsorganen und der Geschäftsführung des IWF angemerkt wurde, ist die Umsetzung der gebilligten Governancereformen entscheidend für die Gewährleistung, dass die Institution repräsentativ, legitim und glaubwürdig ist. Im GJ 2012 überwachte das Exekutivdirektorium die Fortschritte bei der Annahme des vom Gouverneursrat 2010 gebilligten Quoten- und Reformpakets durch die Mitgliedsländer und unterstrich die Bedeutung eines raschen Vorgehens, um die Umsetzung der Reformen bei der Jahrestagung 2012 sicherzustellen. Das Direktorium nahm zudem eine Überprüfung der Quotenformel des Fonds auf, mit der die Quoten der einzelnen Mitglieder festgelegt werden.

Die Gewährleistung ausreichender Fondsmittel zur Bedienung eines möglichen Anstiegs im Mitgliederbedarf ist seit Beginn der weltweiten Krise ein ständiges Anliegen, und die Bestrebungen des IWF in diesem Bereich hielten auch über das GJ 2012 an. Die durch die erweiterten New Arrangements to Borrow (NAB – Neue Kreditvereinbarungen) verfügbaren Mittel wurden aufgestockt (auf annähernd 370 Mrd. SZR,³ oder 574 Mrd. US\$, zum Ende des Geschäftsjahres), und das erweiterte NAB wurde zweimal reaktiviert, damit seine Ressourcen bei Bedarf abrufbereit sind. Die Mitgliedsländer sagten im GJ 2012 auf bilateraler Basis weitere 430 Mrd. US\$ an Mitteln zu. Im Lauf des Jahres

wurde auch die Mittelbeschaffung zur Erhöhung der zur Unterstützung von einkommensschwachen Ländern verfügbaren Ressourcen fortgesetzt. Das Exekutivdirektorium billigte den Gebrauch von einem Teil der Windfall-Profiten aus dem vor kurzem erfolgten Goldverkauf des IWF als Teil einer Strategie, zusätzliche Mittel zu beschaffen für die Subventionierung des Zinssatzes auf konzessionäre Finanzierungsvereinbarungen, die einkommensschwachen Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Es gab im Verlauf des Geschäftsjahres mehrere Veränderungen im Management des Fonds. Ende Juni 2011 wählte das Exekutivdirektorium Christine Lagarde – die erste Frau an der Spitze des IWF seit Gründung der Institution 1944 – zur Geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums für eine Amtszeit von fünf Jahren, die im Juli 2011 begann. Kurz danach wurde David Lipton zum Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor ernannt, um die Nachfolge von John Lipsky anzutreten, und Min Zhu wurde zum Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor ernannt.

ZUSAMMENARBEIT UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der IWF setzte im Lauf des Geschäftsjahres seine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen fort. Seine laufende Arbeit mit der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwel-

lenländer (G20) war nach wie vor besonders wichtig, und den gemeinschaftlichen Anstrengungen zu regionalen Finanzierungsvereinbarungen, namentlich in Europa, kam angesichts der anhaltenden finanziellen Instabilität wachsende Bedeutung zu. Der Fonds arbeitete bei Risikobewertungen und Fragen der Datenbereitstellung eng mit dem FSB zusammen und täglich mit der Weltbank über Fragen in einkommensschwachen Ländern und zu Bewertungen des Finanzsektors. Ebenfalls hervorzuheben war die Zusammenarbeit zwischen IWF und der Internationalen Arbeitsorganisation zu Fragen über die Schaffung von Arbeitsplätzen und „social protection floors“ (soziale Grundsicherung).

In diesem Sinne maß der Fonds der Öffentlichkeitsarbeit und dem Dialog mit externen Stakeholdern auch weiterhin große Bedeutung bei. Die Öffentlichkeitsarbeit des Fonds verfolgt folgende Zwecke: eine Gelegenheit, der Mitgliedschaft die strategische Vision für die Organisation und ihre wichtigsten Politikprioritäten mitzuteilen; gestärkte Unterstützung der Maßnahmen von Entscheidungsträgern, die nationale Reformen vornehmen, von denen sowohl die Binnen- als auch die Weltwirtschaft profitieren; Stärkung von Analyse und Politikberatung des Fonds durch den Dialog mit Stakeholdern in Mitgliedsländern zu Themen, die ihnen wichtig sind; Betonung, besonders gegenüber den von der Krise hart getroffenen Mitgliedern, dass der Fonds entschlossen ist, für die notwendige Unterstützung zu sorgen.

2

Globale Wirtschafts- und Finanzentwicklung



Globale Wirtschafts- und Finanzentwicklung



Nach einem starken Rückschlag Ende 2011 verbesserten sich Anfang 2012 die Aussichten für die Weltwirtschaft allmählich; doch im zweiten Quartal wurde die Zuversicht, was die Kraft der Konjunkturerholung anbelangte, wieder gedämpft. Stärkere Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten und Politikmaßnahmen im Euro-Gebiet in Reaktion auf die sich verschärfende Wirtschaftskrise halfen die rapide Verschlechterung der Finanzsituation anzugehen und das Marktvertrauen in den ersten Monaten von 2012 zu stärken. Ende des GJ 2012 blieben die Abwärtsrisiken jedoch hoch, und die Märkte reagierten mit Unsicherheit, als es erneut Bedenken zur Staatsverschuldung in Teilen Europas und Druck auf den europäischen Bankensektor gab.

Wegen der volatilen Märkte blieb der Ausblick zum Ende des GJ 2012 fragil. Politische Entscheidungsträger waren gefordert, grundlegende Fiskal- und Strukturreformen umzusetzen, damit mittelfristig ein gesundes und nachhaltiges Wachstum erreicht werden kann. Die Herausforderung für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften lag in der Aufgabe, gleichzeitig für die unmittelbare Zukunft das immer noch schwache Wachstum zu unterstützen. Im Euro-Gebiet waren weitere Fortschritte zur Schaffung einer stärkeren Währungsunion vonnöten, so auch Schritte zur Intensivierung der fiskalischen Koordination und der fiskalischen Risikoteilung ex ante, zur Stärkung der Bankensysteme und zur Senkung der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Banken und Staatsfinanzierung. Die Volkswirtschaften der Schwellenmärkte und Entwicklungsländer sahen sich der Herausforderung gegenüber,

mit Hilfe makroökonomischer Politikmaßnahmen den globalen Abwärtsrisiken zu begegnen und das Wachstum zu stützen, während in einigen Fällen gleichzeitig Anstrengungen gemacht werden mussten, einen Überhitzungsdruck in Grenzen zu halten.

ZWEI SCHRITTE VORWÄRTS, EINEN SCHRITT ZURÜCK

Die Weltwirtschaft erholte sich im ersten Quartal 2012 allmählich, nachdem sie Ende 2011 einen starken Rückschlag erlitten hatte. Bedenken hinsichtlich der Finanzstabilität im Euro-Gebiet und hohe Marktbelastung drohten Europa und möglicherweise alle fortgeschrittenen Volkswirtschaften erneut in eine tiefe Rezession zu stürzen. Eine entschiedener politische Reaktion in Europa trug jedoch zur Stabilisierung der Märkte bei, und die Wirtschaftstätigkeit in den USA verbesserte sich weiter. Zudem erhielten die meisten Volkswirtschaften der Schwellenmärkte und die einkommensschwachen Länder solide Wachstumsraten aufrecht. Die anhaltenden Wirtschafts- und Finanzprobleme im Euro-Gebiet und die dortige politische Unsicherheit waren jedoch Ende des GJ 2012 immer noch ein wunder Punkt für die globale Konjunkturerholung.

In der Tat unterstrich der turbulente Finanzmarkt während des GJ 2012 die Gefahr ungünstiger, sich selbst erfüllender Stimmungsänderungen auf den Märkten. Dadurch können fragile Volkswirtschaften schnell in ein „schlechtes Gleichgewicht“ (bad equilibrium) aus steigenden Renditen, Einfrieren der Banken-

finanzierung und knapperem Kreditwachstum geraten, das einen negativen Rückkopplungseffekt auf die Realwirtschaft zeitigt. Aufgrund von entschlossenen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank zur Bereitstellung großer Mengen langfristiger Liquidität an die Banken, fiskalischer Anpassung und Strukturreformen aufseiten wichtiger Euroländer, Verbesserungen der Governancestrukturen der Europäischen Union und Einvernehmen über die Einzelheiten der Notfallfinanzierungsfazilitäten Europas erstarkte Anfang 2012 die Politikreaktion in Europa. Andere Zentralbanken unternahmen ebenfalls Politikmaßnahmen zur Lockerung der monetären Bedingungen, und Kreditrisiken gingen zurück. Die Gefahren für die globale Finanzstabilität blieben jedoch weiterhin erhöht. Die Kreditvergabestandards der Banken waren strenger, die allgemeine Finanzsituation war schlechter geworden, und die Anleihemärkte blieben fragil und volatil.

Dies war (und ist) das Erbe der Großen Rezession und der Finanzkrise. Die Geschichte lehrt, dass der Prozess zur Senkung des Fremdkapitalanteils Zeit braucht und sich gewöhnlich dämpfend auf die Wirtschaftstätigkeit auswirkt. Ende des GJ 2012 hatten viele Volkswirtschaften noch mit hohen Schuldenlasten auf mehreren Sektoren zu kämpfen, und die Wiederherstellung der Bilanzen erstreckte sich auf Staatshaushalte, Unternehmen und Privathaushalte, oft alle drei. Zudem sahen sich viele Länder mit hoher Auslandsverschuldung der Herausforderung einer Anpassung gegenüber, während sie ernststen Problemen hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit und schleppender Auslandsnachfrage ausgesetzt waren. Die Entscheidungsträger waren gefordert, einen vorsichtigen und fein abgestimmten Maßnahmenmix Finanz-, Struktur- und makroökonomischer Politiken auszuarbeiten, die einen reibungslosen Abbau des Fremdkapitalanteils sicherstellen, Wachstum unterstützen und die Anpassung erleichtern würden.

Vor diesem Hintergrund blieb der Ausblick Ende des GJ 2012 insgesamt weiterhin fragil. In der Ausgabe des *World Economic Outlook* vom April 2012 wurde ein Rückgang des Weltwirtschaftswachstums von etwa 4 Prozent für 2011 auf 3½ Prozent für 2012 und für 2013 wieder ein allmählicher Anstieg auf 4 Prozent prognostiziert. Das Euro-Gebiet wird Prognosen zufolge 2012 eine leichte Rezession erleben, bedingt durch die Staatsschuldenkrise, die Auswirkungen, die der Abbau des Fremdkapitalanteils bei den Banken auf die Realwirtschaft hat, und die fiskalische Konsolidierung. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als Gruppe wird sich die Produktion 2012 voraussichtlich nur auf 1½ Prozent und 2013 auf 2 Prozent ausdehnen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Volkswirtschaften wird den Annahmen zufolge schleppend vor sich gehen, und die Arbeitslosigkeit wird sich vermutlich auf die Nähe von 8 Prozent einpendeln.

In Schwellen- und Entwicklungsvolkswirtschaften gingen die Prognosen von einem leichten Rückgang im Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP – gross domestic product [GDP]) auf 5¾ Prozent 2012 gegenüber 6,2 Prozent im Vorjahr aus,

bevor es 2013 wieder auf 6 Prozent steigen würde. Diese Länder profitierten gegen Ende des GJ 2012 von starken makroökonomischen Regelwerken und früheren Strukturreformen, obwohl sich nach einem Jahrzehnt starken Wachstums infolge von schnellem Kreditwachstum oder hohen Rohstoffpreisen langsam interne Anfälligkeiten angehäuft haben.

Die Risiken für den Ausblick blieben deutlich nach unten gerichtet. Erstens: Anhaltende Bedenken hinsichtlich der Schuldenkrise im Euro-Gebiet stellten auch weiterhin die Stabilität der Finanzmärkte in Frage und blieben die größte Gefahrenquelle schlechthin für die Weltwirtschaft. Eine scharfe Eskalation der Krise könnte eine allgemeine Risikoflucht auslösen, die weltweit äußerst negative Auswirkungen zeitigen würde. Übermäßiger Abbau des Fremdkapitalanteils bei den europäischen Banken könnte zum Beispiel Anfälligkeiten in den Schwellenmärkten aufdecken, was zu erneuten Portfolioabflüssen und Störungen der internen Finanzstabilität führen könnte. Zweitens: Geopolitische Unsicherheit könnte die Ölpreise hochschnellen lassen und das globale Wachstum untergraben. Mittelfristig könnten die Risiken im Zusammenhang mit anhaltend schwacher Wirtschaftstätigkeit und hohen öffentlichen Schulden und Defiziten könnten in fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf mittlere Sicht die Unterstützung für fiskalische Anpassung und Integration bei Handel und Finanzen unterhöheln.

ZWEI SCHRITTE VORWÄRTS

Mit Ausblick auf die Zukunft vom Ende des GJ 2012 aus betrachtet, sollten die Regierungen ihre Politiken stärken, damit die schwache Konjunkturerholung an Zugkraft gewinnt und die Abwärtsrisiken eingedämmt werden. Dabei geht es um weitere Anstrengungen im Zusammenhang mit der Krise im Euro-Gebiet, ein umsichtiges Vorgehen bei der fiskalischen Konsolidierung mit Hinblick auf die geschwächte Wirtschaftstätigkeit, fortgesetzte akkommodierende Geldpolitiken und reichliche Liquidität für den Finanzsektor. Auf mittlere Sicht läge die Herausforderung darin, die schwachen Wachstumsaussichten in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu verbessern.

Angefangen mit dem Euro-Gebiet müssten die Regierungen auf den wichtigen Maßnahmen aufbauen, die im GJ 2012 zur Stärkung des Krisenreaktionsmechanismus getroffen wurden. Die fiskalische Konsolidierung müsste stetig fortgesetzt, aber so strukturiert werden, dass kurzfristig ein übermäßiger Nachfragerückgang vermieden werden kann. Es könnte Spielraum für eine weitere Lockerung der Geldpolitik geben, und die Banken müssten mit neuem Kapital ausgestattet werden, wobei ein nachteiliger Abbau des Fremdkapitalanteils im Bankensystem vermieden werden sollte, damit ein angemessener Darlehensstrom an den Privatsektor gehen kann. Auf mittlere Sicht wären Veränderungen zur Behebung der Schwächen in der Ausgestaltung der Währungsunion notwendig, die zur Krise beigetragen hätten: ein besserer Mechanismus zur Durchführung verantwortungsvoller

und konsequenter Fiskalpolitik, einschließlich der Möglichkeit einer aktiven Involvierung von EU-Institutionen bei nationalen Haushaltsplänen; Ausweitung der fiskalischen Risikoteilung, um sicherzustellen, dass Probleme in einem Land sich nicht zu einer teuren Finanzkrise in einem anderen Land entwickeln; ein stärker integriertes Finanzsystem im Euro-Gebiet, einschließlich gemeinsamer Aufsicht und Regulierung, Einlagensicherung und Bankenabwicklung; und Maßnahmen in der gesamten Region zur Verringerung der Strukturreformlücke, einschließlich bei den Arbeitsmärkten.

In anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem in Japan und den USA, bestand mittelfristig weiterhin dringender Bedarf an starken, nachhaltigen Plänen zur fiskalischen Konsolidierung, die die Staatsverschuldung auf einen eindeutig nachhaltigen Weg bringen würden. Mittelfristige Haushaltspläne müssten die Stärkung der fiskalischen Institutionen und eine Reform der Sozialleistungsprogramme enthalten, zum Beispiel indem das Rentenalter an die Lebenserwartung angepasst wird oder die Kostenanreize auf dem Gesundheitssektor verbessert werden. Die Ausarbeitung von Plänen zur Lösung dieser Probleme würde die Bereitschaft und Fähigkeit zum Handeln aufseiten der Entscheidungsträger unter Beweis stellen und dadurch von Anfang an zur Wiederherstellung des Marktvertrauens auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen. Gleichzeitig könnten Länder mit fiskalpolitischem Spielraum angesichts der schwachen Wachstumsaussichten – im Hinblick auf die Stärke ihrer Haushaltsbilanzen und Glaubwürdigkeit auf dem Markt – das Tempo der Konsolidierung neu überdenken, damit das Wachstum nicht nachteilig beeinflusst würde. Andere Länder könnten automatische Stabilisatoren so lange frei tätig werden lassen, wie sie problemlos höhere Defizite finanzieren könnten.

Neben der Fiskalpolitik waren Ende des GJ 2012 die wichtigsten Prioritäten abermals die Regulierung und Aufsicht des globalen Finanzsektors sowie produktivitätssteigernde Reformen zur Erhöhung des Produktionspotenzials. In den USA könnte möglicherweise ein intensiverer Ansatz vonnöten sein, um Probleme auf den Immobilienmärkten anzugehen und die Wiederherstellung der Haushaltsbilanzen zu beschleunigen.

Die Arbeitslosigkeit blieb unannehmbar hoch. Mehr als 200 Millionen Menschen weltweit waren Ende des GJ 2012 ohne Arbeit, und in einigen südeuropäischen Ländern konnte die Hälfte aller jungen Menschen keine Arbeit finden. Strukturreformen müssten Einkommenshilfen und Weiterbildung für Arbeitslose mit einschließen, um zur Erhöhung von Produktivität und Erwerbsbeteiligung beizutragen. Maßnahmen, die Bankdarlehen an kleine und mittlere Unternehmen fördern, auf die ein großer Anteil von Arbeitsplätzen entfällt, wären ebenfalls hilfreich. Die Herausforderung für die Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer lag in der Steuerung der makroökonomischen

Politiken, um in einigen Fällen die Abwärtsrisiken, die aus dem schwachen Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und aus der Volatilität der Finanzmärkte resultierten, anzugehen und in anderen Fällen Überhitzungsdruck in Schach zu halten. Fallweise könnte dies Maßnahmen umfassen, die es ermöglichen, auf die geschwächte Nachfrage aus dem In- und Ausland zu reagieren, sich auf die Behebung negativer Spillovers von fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Kapitalabflüssen vorzubereiten, fiskalische Puffer und Reserven wiederaufzubauen, die monetäre Lockerung abzubauen und die prudenziellen Politiken und Regelwerke zu stärken. In einkommensschwachen Ländern musste die Fiskalpolitik den Schaden an den öffentlichen Bilanzen eindämmen, indem sie Subventionen auf die anfälligsten Haushalte beschränkte.

Die letzten Monate des GJ 2012 bestätigten, dass die erfolgreiche internationale Zusammenarbeit, die als Treibkraft für die koordinierte Politikreaktion in der Anfangszeit der Finanzkrise diente, zur Gewährleistung eines dauerhaften Wachstums weiterhin notwendig war. Fiskalische Konsolidierung allein konnte die wirtschaftliche Misere nicht beheben und könnte vor dem Hintergrund schwachen Wachstums im Gegenteil kurzfristig sogar zu einer Verschlechterung der Schuldenquoten führen. Der Konsumrückgang in Ländern mit großem Außenhandelsdefizit wurde nicht durch vermehrten Konsum in Überschussländern ausgeglichen, sodass es weltweit zu einem Nettorückgang an Nachfrage und Wachstum kam. Länder mit hohen Sparquoten müssten die Verzerrungen angehen, die den Konsum unterdrücken, während Länder mit übermäßigem kreditabhängigem Wachstum gefordert wären, Kreditzunahme und Nachfrage einzuschränken. Mit Unterstützung – je nach Bedarf – durch mehr marktbestimmte Wechselkurse würde das die Wachstumsaussichten in diesen Ländern und in der übrigen Welt stärken helfen.

Politikkoooperation war auch wichtig zur Gewährleistung eines sicheren und stabilen Finanzsystems, das die Interessen von Haushalten wie Unternehmen unterstützte. Auf globaler Ebene mussten neue Regulierungen konsequent über Ländergrenzen hinweg umgesetzt werden. Es waren zudem auch weitere Anstrengungen notwendig zur Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Institutionen, die als zu groß oder zu komplex galten, um unterzugehen, und mit dem Schattenbankensystem sowie mit grenzüberschreitenden Problemen hinsichtlich der Abwicklung von Banken und der Zusammenarbeit zwischen Bankenaufsichten. Bankenregulierung und -aufsicht waren zu einer globalen Aufgabe geworden, die nur gemeinsam angegangen werden konnte, damit Institutionen nicht, wie sie es in der Vergangenheit getan hatten, Regulierungsarbitrage ausüben und die prudenziellen Kontrollen und Sicherheitsmechanismen unterwandern würden, die in den neuen Vorschriften enthalten waren.

3

UNTERSTÜTZUNG DER GLOBALEN KONJUNKTURERHOLUNG



UNTERSTÜTZUNG DER GLOBALEN KONJUNKTURERHOLUNG



FINANZHILFE FÜR LÄNDER WÄHREND DER KRISE

Globales Sicherheitsnetz

Finanzierungstätigkeit im Jahr 2012

Auch im GJ 2012 reagierte der IWF wieder flexibel auf den Finanzierungsbedarf seiner Mitglieder in einem Umfeld, das von einem erhöhten Maß an Unsicherheit geprägt war. Die Nachfrage nach Fondsressourcen blieb stark und Zusagen stiegen weiter an, wenngleich langsamer als im Vorjahr.

Im Januar 2012 prüfte das Exekutivdirektorium die Angemessenheit der IWF-Ressourcen für die Mittelbereitstellung an die Mitglieder.⁴ Nach der Direktoriumserörterung bemerkte die Geschäftsführende Direktorin, dass diese dem Fonds die Möglichkeit gegeben habe zu beurteilen, ob seine Ressourcen ausreichend seien, so dass er sein Mandat erfüllen und eine angemessene und konstruktive Rolle bei der Sicherung der globalen Stabilität spielen kann. Sie wies darauf hin, dass viele Exekutivdirektoren während des Gesprächs die Notwendigkeit und Dringlichkeit der gemeinsamen Anstrengungen unterstrichen hatten, die Schuldenkrise im Euro-Gebiet einzudämmen und Volkswirtschaften in aller Welt vor Übertragungswirkungen (spillovers) und übermäßigen Rückgängen bei Produktion und Einkommen zu schützen. In diesem Zusammenhang begrüßten die Exekutivdirektoren die jüngste Zusage der europäischen Mitglieder zur

Aufstockung der Fondsmittel; gleichzeitig betonten sie, dass die europäischen Schutzmechanismen und andere Politikmaßnahmen stark genug sein müssten, um der Krise im Euro-Gebiet begegnen zu können.

Während der Frühjahrstagung 2012 gingen einige Mitglieder noch weiter und verpflichteten sich, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der globalen Finanzstabilität zu treffen. Gemeinsam mit der G20 erzielte der IMFC eine Vereinbarung über die Erhöhung der IWF-Mittel zur Prävention und Beilegung von Krisen. Eine beträchtliche Anzahl von Ländern machte feste Zusagen zur Aufstockung der IWF-Mittel um mehr als 430 Mrd. US\$ (siehe Kapitel 5) zusätzlich zur Quotenerhöhung unter der Quoten- und Governancereform von 2010. Diese Mittel stehen allen Mitgliedsländern des IWF zur Verfügung und sind nicht für eine besondere Region bestimmt. Die Zusagen kamen, nachdem in den ersten Monaten von 2012 Struktur-, Haushalts- und Währungsmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene eingeführt worden waren, und zeigten das Engagement der internationalen Gemeinschaft, die globale Finanzstabilität zu sichern und die Konjunkturerholung der Weltwirtschaft auf eine solidere Basis zu stellen.

Die Mitgliedsländer können beim IWF Finanzhilfe beantragen, um ihren Netto-Zahlungsbilanzbedarf zu erfüllen und angemessene Reservepuffer aufrechtzuerhalten. Die Mittel des IWF werden gewöhnlich im Rahmen einer Vereinbarung (arrangement)

bereitgestellt und dienen der Unterstützung des Wirtschaftsprogramms eines Mitglieds, zu dem Anpassungspolitiken und Maßnahmen gehören, deren Umsetzung das Mitglied zur Lösung seiner Zahlungsbilanzprobleme zugesichert hat. Im Lauf der Jahre hat der IWF verschiedene Politiken zu Finanzierungsinstrumenten und Fazilitäten gebilligt; einige davon sind flexibel genug, um jede Art von Zahlungsbilanzbedarf anzugehen, während andere speziell auf besondere Umstände der vielfältigen Mitgliedschaft zugeschnitten sind. Einkommensschwache Länder dürfen eine Anzahl von an Auflagen gebundenen Fazilitäten in Anspruch nehmen; die meisten konzessionären Kredite des IWF im GJ 2012 werden zu einem Zinssatz von null Prozent vergeben, der bis Ende 2013 gültig ist. Die nichtkonzessionäre Mittelvergabe erfolgt über weitere Instrumente und Fazilitäten, die an den marktbezogenen Zinssatz des IWF gebunden sind; dieser Zinssatz wird als „Gebührensatz“ bezeichnet (basierend auf dem SZR-Zinssatz, der wöchentlich aktualisiert wird);⁵ hohe Darlehensbeträge (über gewissen Grenzwerten) werden mit einem Aufschlag belegt. Je nach Zahlungsbilanzbedarf eines Mitglieds kann eine Kreditvereinbarung auf vorsorglicher Basis gebilligt werden (d.h. es erfolgt keine unmittelbare Auszahlung) oder zur Auszahlung kommen (dabei wird der genehmigte Betrag phasenweise mit der Umsetzung des Programms ausgezahlt).⁶ Der Zugang eines IWF-Mitglieds zu Fondsmitteln hängt von seiner Quote ab (siehe Kapitel 5) und unterliegt „Zugangsgrenzen“ (siehe Tabelle 3.1).

Der bei weitem größte Anteil an Transaktionen zwischen dem IWF und den Mitgliedern wird über das General Resources Account (GRA – Konto für allgemeine Ressourcen) abgewickelt; dabei handelt es sich um einen Bestand an Währungs- und Reserveaktiva, der aus den Quoten der Mitglieder sowie bilateralen und multilateralen Kreditvereinbarungen errichtet wird. Vereinbarungen über das GRA dürfen in außergewöhnlichen Fällen die Zugangsgrenzen überschreiten (außergewöhnlicher Zugang – „exceptional access“), sofern die wesentlichen Kriterien der „exceptional access policy“ erfüllt sind und das Direktorium

frühzeitig eingebunden wird. Bei Vereinbarungen über den PRGT unterliegt der Zugang zu den Mitteln des Treuhandfonds, die über die normalen Grenzen hinausgehen, besonderen Verfahren, insbesondere einer frühen Einbindung des Direktoriums.

Nichtkonzessionäre Finanzierung

Im GJ 2012 billigte das Exekutivdirektorium sieben Vereinbarungen im Rahmen der nichtkonzessionären Kreditfazilitäten des Fonds, die sich brutto auf insgesamt 52,60 Mrd. SZR (81,62 Mrd. US\$) beliefen.⁷ Mehr als 90 Prozent der neuen Bruttozusagen im GJ 2012 (47,5 Mrd. SZR, oder 73,36 Mrd. US\$) entfielen auf zwei Vereinbarungen unter der Extended Fund Facility (EFF – Erweiterte Fondsfazilität) für Griechenland und Portugal (siehe Kasten 3.1). Des Weiteren wurden vier Stand-By Arrangements (SBA – Bereitschaftskredit-Vereinbarung) gebilligt, wovon eine außergewöhnlichen Zugang enthielt (für St. Kitts und Nevis) und zwei (für Serbien und Georgien)⁸ bei Genehmigung als vorsorgliche Vereinbarungen behandelt wurden. Zudem wurde unter der Flexible Credit Line eine neue Vereinbarung über 3,87 Mrd. SZR (6,22 Mrd. US\$) für Kolumbien gebilligt; sie trat die Nachfolge einer früheren FCL-Vereinbarung mit niedriger Zugangsgrenze an, die im Mai 2011 auslief.

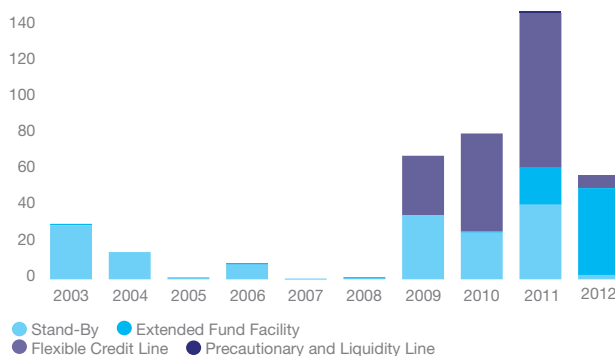
Insgesamt erreichten Ende April 2012 die Käufe⁹ aus dem GRA 32,2 Mrd. SZR (49,9 Mrd. US\$), wobei auf die Käufe der drei Euroländer (Griechenland, Irland und Portugal) mehr als 95 Prozent der Gesamtsumme entfielen. Rückkäufe für den Zeitraum lagen bei 3,6 Mrd. SZR.

Tabelle 3.1 liefert allgemeine Informationen über die Finanzierungsinstrumente und -fazilitäten des IWF, und Tabelle 3.2 sowie Schaubild 3.1 stellen die im Lauf des Geschäftsjahres gebilligten Vereinbarungen detailliert dar; Schaubild 3.2 gibt Auskunft zu den ausstehenden Finanzierungsbeträgen der letzten 10 Jahre.

Schaubild 3.1

In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2003 – 2012 gebilligte Vereinbarungen

(Milliarden SZR)

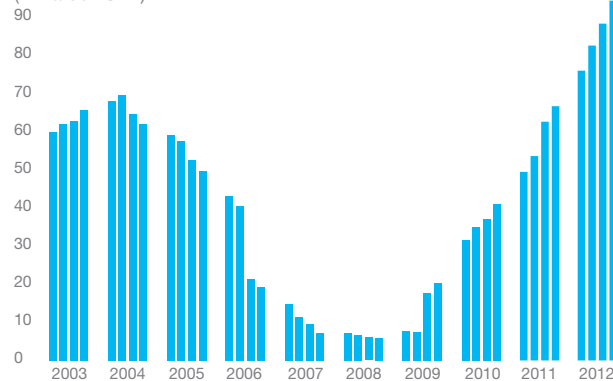


Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 3.2

Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen, GJ 2003 – 2012

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Tabelle 3.1**Kreditfazilitäten des IWF**

Kreditfazilität ¹ (Jahr der Verabschiedung)	Zweck	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
---	-------	-------------	---------------------------------

KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT³

Stand-By Arrangements (1952) (Breitschaftskredit-Vereinbarungen)	Mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen.	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können.	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen.
Flexible Credit Line (FCL) (2009) (Flexible Kreditlinie)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf aufgreift.	Ex ante sehr stark in Bezug auf makroökonomische Fundamentaldaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischen Leistungsnachweis.	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbzeitüberprüfung nach einem Jahr.
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Extended Arrangements) (Erweiterte Fondsfazilität) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturformen der Mitglieder, die langfristige Zahlungsbilanzprobleme aufgreifen.	Verabschiedung eines Programms mit bis zu vier Jahren Laufzeit mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate.	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
Precautionary and Liquidity Line (PLL) (2011) (Vorsorge- und Liquiditäts-Linie)	Instrument für Länder mit soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten und soliden Politiken.	Stark in Bezug auf politische Regelwerke, Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors.	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Überprüfungen (bei ein- bis zweijährigen PLL)

SONDERFAZILITÄTEN

Rapid Financing Instrument (RFI) (2011) (Instrument für schnelle Finanzierung)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf.	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (können vorangegangene Maßnahmen einschließen).	Direkte Käufe, ohne ein voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen.
---	--	---	---

FAZILITÄTEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE MITGLIEDER IM RAHMEN DES TREUHANDFONDS FÜR ARMUTSBEKÄMPFUNG UND WACHSTUM

Extended Credit Facility (ECF) (2010) ⁵ (Fazilität für erweiterten Kredit)	Mittelfristige Unterstützung zur Bewältigung von andauernden Zahlungsbilanzschwierigkeiten.	Annahme von dreijährigen ECF-Vereinbarungen. ECF-gestützte Programme basieren auf einem Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP), das vom Land in einem partizipatorischen Prozess erarbeitet wird und makroökonomische, strukturelle und armutsbekämpfende Maßnahmen umfasst.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen.
Standby Credit Facility (SCF) (2010) (Bereitschaftskreditfazilität)	Bedienung eines kurzfristigen Bedarfs hinsichtlich Zahlungsbilanz und Vorsorge.	Verabschiedung 12-24-monatiger SCF-Vereinbarungen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen (bei Ziehung).
Rapid Credit Facility (RCF) (2010) Schnellkreditfazilität	Schnelle Unterstützung für dringenden Zahlungsbilanzbedarf für die Fälle, in denen ein der Qualität der oberen Kredittranche entsprechendes Programm nicht notwendig oder nicht durchführbar ist.	Kein auf Überprüfungen beruhendes Programm notwendig; keine Ex-post-Konditionalität.	In der Regel eine einzige Auszahlung.

¹ Mit Ausnahme der über den Poverty Reduction and Growth Trust finanzierten Fazilität wird die Kreditvergabe des IWF hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung zurückkauft. Die konzessionäre Kreditvergabe unter den Fazilitäten ECF, RCF und SCF wird über den separaten Poverty Reduction and Growth Trust finanziert.

² Der *Gebührensatz* für Mittel, die vom General Resources Account (GRA – Konto für allgemeine Ressourcen) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der *Gebührensatz* wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den Tagessaldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge zwischen 200 und 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge von über 1.000 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angerechnet, der in jeder (jährlichen) Periode unter Stand-By Arrangement, Flexible Credit Line, Precautionary Credit Line oder Extended Arrangement gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen. Für Fazilitäten für einkommensschwache Länder unter dem Poverty Reduction and Growth Trust wurde 2009 ein Zinsmechanismus eingeführt, der die konzessionären Zinssätze mit dem SZR-Zinssatz und regelmäßigen Überprüfungen verknüpft. Bei diesen Überprüfungen werden die anzuwendenden Zinssätze wie folgt festgelegt: Wenn der in den letzten 12 Monaten beobachtete durchschnittliche SZR-Zinssatz unter 2 Prozent liegt, wird der Zinssatz für ECF- und RCF-Darlehen auf 0 Prozent pro Jahr und für SCF-Darlehen auf 0,25

Zugangsgrenzen	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 200 % der Quote; kumulativ: 600 % der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; 100 weitere Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt). ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 200 % der Quote; kumulativ: 600 % der Quote.	Wie oben.	4½–10	Halbjährlich
250% der Quote für sechs Monate; 500% der Quote verfügbar bei Billigung von ein- bis zweijährigen Vereinbarungen; insgesamt 1000% der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 50% der Quote; kumulativ: 100% der Quote.	Wie oben.	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote.	0 % (7. Januar 2010 bis 31. Dezember 2013).	5½–10	Halbjährlich
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote.	0 % (7. Januar 2010 bis 31. Dezember 2012); 0,25% (2013).	4–8	Halbjährlich
Jährlich: 25 % (bis zu 50 % der Quote); kumulativ: 75 % (bis zu 100 % der Quote).	0 % (7. Januar 2010 bis 31. Dezember 2013).	5½–10	Halbjährlich

Prozent pro Jahr festgelegt; wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz 2 Prozent oder mehr, bis 5 Prozent, beträgt, wird der Zinssatz für ECF- und RCF-Darlehen auf 0,25 Prozent pro Jahr und für SCF-Darlehen auf 0,5 Prozent pro Jahr festgelegt; wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz über 5 Prozent beträgt, wird der Zinssatz für ECF- und RCF-Darlehen auf 0,5 Prozent jährlich und für SCF-Darlehen auf 0,75 Prozent jährlich festgelegt. Eine vorsorgliche Vereinbarung unter der SCF wird mit einer Bereitstellungsgebühr von 15 Basispunkten pro Jahr auf den nicht in Anspruch genommenen Anteil der Beträge belegt, die während eines jeden Sechsmonatszeitraums gezogen werden können.

³ Der Ausdruck *Kredittranchen* bezieht sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der *ersten* Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen von über 25 Prozent werden als Ziehungen in den *oberen* Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einem Stand-By Arrangement oder einem Extended Arrangement. Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁴ Ein Aufschlag, der im November 2000 eingeführt wurde. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, das den vorangegangenen Plan ersetzte, der folgendermaßen strukturiert war: 100 Basispunkte über den Gebührensatz hinaus bei einem Volumen von über 200 Prozent der Quote und 200 Basispunkte Aufschlag bei einem Volumen von über 300 Prozent der Quote. Ein Mitglied, das am 1. August 2009 ausstehende Kredite in den Kredittranchen oder unter der Extended Fund Facility hatte oder das vor diesem Datum eine gebilligte effektive Vereinbarung hatte, konnte sich wahlweise für das neue oder das alte Aufschlagsystem entscheiden.

⁵ Die ECF war früher bekannt unter dem Namen Poverty Reduction and Growth Facility (Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität).

Konzessionäre Finanzierung

Wie bereits erwähnt, haben einkommensschwache Länder, die Mitglieder im IWF sind, im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust Anspruch auf IWF-Darlehen zu einem konzessionären Gebührensatz. Im GJ 2012 sagte der Fonds unter dem PRGT 17 einkommensschwachen Mitgliedsländern Finanzierung in Höhe von insgesamt 1,9 Mrd. SZR zu. Die Gesamtsumme der ausstehenden konzessionären Kredite für 64 Mitglieder belief sich per 30. April 2012 auf 5,55 Mrd. SZR. Ausführliche Informationen zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF

finden sich in Tabelle 3.3. Schaubild 3.3 zeigt die ausstehenden konzessionären Kredite des letzten Jahrzehnts.

Während des GJ 2012 wurde über den Post-Catastrophe Debt Relief Trust (Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen) keine Hilfe gewährt; der Fonds wurde im Juni 2010 eingerichtet, um dem IWF die Beteiligung an internationalen Bemühungen um Schuldenerleichterung zu ermöglichen, wenn arme Länder von besonders schweren Naturkatastrophen heimgesucht werden. Der Fonds stellt berechtigten Ländern weiterhin Schuldenerleichterung bereit, die sich im Rahmen der Initiative für Heavily Indebted Poor Countries (HIPC – hoch-

Kasten 3.1

Fondsarbeit im Euro-Gebiet

Der IWF setzte seine Arbeit im Euro-Gebiet im GJ 2012 fort mit neuen Vereinbarungen für Griechenland und Portugal sowie mit fortlaufenden Politikmaßnahmen für Irland unter der bestehenden erweiterten Vereinbarung im Rahmen der Extended Fund Facility (EFF – Erweiterte Fondsfazilität).

Anhaltende Strukturprobleme – darunter geringe Produktivität, schlechte Wettbewerbsfähigkeit und hohe Privatverschuldung – haben das Wachstum in Portugal drastisch unterhöhlt und für große außenwirtschaftliche und fiskalische Ungleichgewichte gesorgt. Im Mai 2011 billigte das Exekutivdirektorium eine erweiterte Kreditvereinbarung mit dreijähriger Laufzeit über rund 23,7 Mrd. SZR (26 Mrd. €) unter der EFF für Portugal, um das wirtschaftliche Anpassungs- und Wachstumsprogramm der Regierung zu unterstützen. Die Vereinbarung für Portugal, die Teil eines gemeinschaftlichen Finanzierungspakets über 78 Mrd. € mit der Europäischen Union ist und über drei Jahre läuft, gewährt außergewöhnlichen Zugang (exceptional access) zu IWF-Mitteln in Höhe von 2.306 Prozent von Portugals Quote. Das Programm der Behörden konzentriert sich auf Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, einen ehrgeizigen, aber ausgewogenen Weg zur Haushaltsstabilisierung, der von einer fiskalischen Strukturreform unterstützt wird, sowie Vorkehrungen zur Sicherung von Finanzstabilität und Vermeidung eines anhaltenden Kreditschwunds. Die dritte Prüfung der Leistungen Portugals unter der erweiterten Vereinbarung wurde im April 2012 erfolgreich abgeschlossen; die unter der Vereinbarung bis Ende des GJ 2012 ausbezahlten Mittel beliefen sich insgesamt auf 15,9 Mrd. SZR (18,6 Mrd. €).

Während des Geschäftsjahres wurde ein weiteres neues Programm im Euro-Gebiet eingeführt: Die erweiterte Vereinbarung unter der EFF über 23,7853 Mrd. SZR (28,0 Mrd. €) für Griechenland mit vierjähriger Laufzeit wurde im März 2012 gebilligt, nachdem die griechische Regierung eine frühere dreijährige Stand-By Arrangement gekündigt hatte. Wie die Vereinbarung für Portugal beinhaltet auch

die griechische Kreditvereinbarung außergewöhnlichen Zugang zu IWF-Ressourcen, 2.158,8 Prozent von Griechenlands Quote betragend. Das Wirtschaftsprogramm der griechischen Behörden beabsichtigt – im Lauf der Zeit – die Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und fiskalischer Nachhaltigkeit sowie die Sicherung der Finanzstabilität. Die Behörden bauten auf den unter der SBA erzielten Fortschritten auf, sie richteten ihre Programmstrategie aber neu aus, um stärkeres Gewicht auf die Umsetzung von Strukturreformen zur Beschleunigung von Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu legen. Die Unterstützung des öffentlichen Sektors für das Griechenlandprogramm umfasst 130 Mrd. € an neuer Finanzierung bis 2014 – zusätzlich zu den restlichen Raten eines Kredits im Rahmen eines früheren Programms in Höhe von 34 Mrd. € – sowie weitere 8 Mrd. € vom IWF im Jahr 2015 und ersten Quartal 2016. Die erste Auszahlung in Höhe von 1,3991 Mrd. SZR (1,65 Mrd. €) erfolgte bei Billigung des Programms im März. Die höchste Risikoexposition des Fonds wird im Vergleich zu derjenigen unter der SBA im Großen und Ganzen unverändert bleiben.

Die Programmumsetzung in Irland (jetzt im zweiten Jahr) ist weiterhin stark. Die irischen Behörden brachten weitreichende Reformen zur Wiederherstellung des Finanzsystems des Landes voran, um damit die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen. Bei der Verkleinerung des irischen Bankensystems wurden wesentliche Fortschritte erzielt, und die Haushaltskonsolidierung verläuft weiterhin nach Plan. Das Exekutivdirektorium schloss die fünfte Prüfung der erweiterten Kreditvereinbarung Irlands unter der EFF im Februar 2012 ab und ermöglichte damit die Auszahlung von 2,8 Mrd. SZR (3,2 Mrd. €), womit der unter den Vereinbarungen ausgezahlte Gesamtbetrag auf 13,8 Mrd. SZR (ca. 16,1 Mrd. €) stieg. Die dreijährige Vereinbarung für Irland in Höhe von 19,5 Mrd. SZR (ca. 22,6 Mrd. €), die im Dezember 2010 gebilligt wurde, ist Teil eines Finanzierungspakets von 85 Mrd. €, das auch von den europäischen Partnern Irlands und Irlands eigenen Beiträgen unterstützt wird.



Links Arbeiter verpacken Nudeln in einer Fabrik in Demerara, Guyana. **Rechts** Ein Junge putzt das Fenster eines Schuhgeschäfts in Kairo, Ägypten.

verschuldetes armes Land) und der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI – Multilateralen Entschuldungsinitiative) dafür qualifizieren. Einzelheiten hierzu sind in Kapitel 4 zu finden.

Der IWF bestimmt nach einem 2010 zu diesem Zweck erstellen Regelwerk, welche Mitgliedsländer Anspruch auf die konzessio-

nären Mittel unter dem PRGT haben. Dieses Regelwerk wird alle zwei Jahre überprüft und enthält transparente Entscheidungskriterien für das Exekutivdirektorium im Hinblick auf Zugang und Neueinstufung auf der Liste der berechtigten Länder. Grob umrissen erhalten Länder Zugang zu dieser Liste, wenn ihr jährliches Pro-Kopf-Einkommen unter einer gewissen Grenze¹⁰

Kasten 3.2

Unterstützung für die arabischen Übergangsländer

Die im Umschwung befindlichen arabischen Länder erleben Veränderungen historischen Ausmaßes, die die Aussicht auf größeren Wohlstand eröffnen, aber auf nahe Sicht auch bedeutende wirtschaftliche Herausforderungen darstellen. Der IWF unterstützt diese Länder mit Politikberatung, Kapazitätsaufbau und Finanzhilfe.

Der IWF hat seine Politikberatung auf die für die Region wichtigen Fragen abgestellt. Neben der makroökonomischen und Finanzstabilität, die im Brennpunkt des IWF stehen, gehört dazu ein stärkerer Nachdruck auf der Förderung des inklusiven Wachstums mit Ausrichtung auf Themen wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Verbesserung der sozialen Sicherheit. Da makroökonomische Fragestellungen den Kern des Fondswissens bilden, arbeitet der IWF mit anderen internationalen Organisationen wie der Weltbank und der Internationalen Arbeitsorganisation zusammen, die in diesen Bereichen über einen größeren Erfahrungsschatz verfügen.

Die Arbeiten des IWF zum Kapazitätsaufbau in der Region erfuhren eine Neuausrichtung auf die Förderung starker Institutionen, die Erzeugung guter Daten sowie die gerechtere

Ausgestaltung der Fiskalpolitiken. Dahingehende Bemühungen umfassten zum Beispiel die technische Hilfe in Ägypten zur Verbesserung der Steuergerechtigkeit, in Jordanien zur Reform der Treibstoffsubventionen, in Libyen zur Verbesserung des Managements der Staatsfinanzen, in Marokko und Tunesien zur Stärkung des Finanzsektors und im Jemen zur Verbesserung der Zollverwaltung. Das Zentrum für Technical Assistance im Nahen Osten (Middle East Technical Assistance Center) bietet praxisnahe Ausbildung und fördert den Austausch unter Kollegen (peer discussions) in diesen Bereichen. Das neue IMF–Middle East Center for Economics and Finance (IWF-Nahost-Zentrum für Ökonomik und Finanzen) in Kuwait bietet Ausbildung in der Formulierung und Implementierung makroökonomischer Politiken.

Was die Finanzhilfe anbetrifft, hat der IWF, nicht zuletzt, um den Bedarf der Region aufzugreifen, sein Kreditvergabeinstrumentarium verbessert, billigte er im April 2012 einen Kauf unter der Rapid Credit Facility in Höhe von 93,75 Mio. US\$ für Jemen, erörterte er die Möglichkeit einer Stand-By Arrangement mit Ägypten und arbeitet er mit anderen Ländern an deren Finanzierungsbedarf und möglicher Unterstützung.

Tabelle 3.2**Im GJ 2012 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen**

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Kolumbien	24-monatige Flexible Credit Line	6. Mai 2011	3870,0
Portugal	36-monatige Extended Fund Facility	20. Mai 2011	23.742,0
St. Kitts und Nevis	36-monatige Stand-By	27. Juli 2011	52,5
Serbien	18-monatige Stand-By	29. September 2011	935,4
Griechenland	48-monatige Extended Fund Facility	15. März 2012	23.785,3
Georgien	24-monatige Stand-By	11. April 2012	125,0
Kosovo	20-monatige Stand-By	27. April 2012	91,0
Insgesamt			52.601,2

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

liegt und sie keinen dauerhaften und nennenswerten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten haben. Es wird erwartet, dass diese Länder „neu eingestuft“ werden, wenn sie entweder ein auf Dauer hohes Einkommen¹¹ oder die Möglichkeit zu einem dauerhaften und nennenswerten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten haben; außerdem dürfen ein rapider Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens, Verlust des Marktzugangs und Schuldenanfälligkeiten keine ernsten Gefahren für die nähere Zukunft bedeuten. Das Regelwerk enthält auch gesonderte Zugangs- und Neueinstufungskriterien für kleine Länder, die in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen weniger streng sind, um damit die größere Anfälligkeit dieser Länder zu berücksichtigen.

Im Februar 2012 überprüfte das Exekutivdirektorium sowohl das Regelwerk wie auch die Liste der PRGT-berechtigten Länder.¹² Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass nach dem Regelwerk zurzeit keine Mitglieder Anspruch auf Aufnahme oder Neueinstufung hatten, und beschlossen, die Liste der PRGT-berechtigten Länder unverändert zu lassen, wobei sie darauf hinwiesen, dass das Regelwerk zwischenzeitliche Aktualisierungen zulasse, wenn dies aufgrund der bestehenden Kriterien und Voraussetzungen angebracht wäre. Die Exekutivdirektoren beschlossen zudem eine Erhöhung der Einwohnergrenze, die zur Definition kleinerer Länder herangezogen wird auf 1,5 Millionen, in Anlehnung an die von der Weltbank benutzte Definition. Sie kamen des Weiteren überein, eine umfassendere Überprüfung der PRGT-Berechtigung auf Anfang 2013 vorzulegen. Auf der Grundlage umfangreicher Gespräche und Analysen könnte die Überprüfung unter anderem die Eignung der einzelnen Kriterien sowie die Balance in der Zusammensetzung der unter dem Regelwerk benutzten Kriterien bewerten. Die Überprüfung würde auch die Überlegung einschließen, ob weitere oder andere Variablen eingesetzt werden könnten, um die Umstände der Mitglieder – insbesondere der kleinen Staaten – besser zu erfassen.

Als Teil eines Finanzierungspakets, das die PRGT-Mittel bis 2014 auf 11,3 Mrd. SZR (17 Mrd. US\$) aufstocken soll, unterstützte das Exekutivdirektorium im Juli 2009¹³ die Verwendung eines Teils der Windfall-Profitte¹⁴ aus den Goldverkäufen des IWF (siehe Kapitel 5), um zusätzliche 1,5 Mrd. SZR (2,3 Mrd. US\$) zur Subventionierung der konzessionären Mittelvergabe im PRGT aufbringen zu können. Da der unerwartete Gewinn aus dem Goldverkauf zu den allgemeinen Mitteln des IWF gehört, die allen Mitgliedsländern offenstehen, erfordert die Umschichtung dieser Mittel in den PRGT ein gesondertes Verfahren; dabei signalisieren die Mitglieder dem Fonds, dass Beträge, die proportional zu ihrem jeweiligen Quotenanteil ausfallen, vom IWF umgeschichtet oder anderweitig für die Subventionierung des PRGT zur Verfügung gestellt werden dürfen. Im Februar 2012 billigte das Direktorium eine Auszahlung von 700 Mio. SZR (1,1 Mrd. US\$) an IWF-Mitglieder aus den allgemeinen Reserven des Fonds. Voraussetzung hierfür war, dass der Fonds zufriedenstellende Zusicherungen von seinen Mitgliedern bekommt, dass mindestens 90 Prozent des ausbezahlten Betrags (d.h. 630 Mio. SZR bzw. 977 Mio. US\$) für Subventions-Ressourcen im PRGT zur Verfügung gestellt werden. Ende April 2012 hatten 69 der 188 Mitgliedsländer des IWF, darunter 27 Länder Afrikas, die den aggregierten Betrag von 340,38 Mio. SZR (527,76 Mio. US\$) vertreten, signalisiert, dass sie die Darlehensvergabe an einkommensschwache Länder unterstützen würden.

Das Regelwerk des IWF zur Kreditvergabe: Evaluierung und Änderungen

Zu Beginn der globalen Krise begann der IWF einen Reformprozess zur Stärkung des Instrumentariums zur Kreditvergabe aus dem GRA, um eine bessere Anpassung der Instrumente und Fazilitäten an den Finanzierungsbedarf der Mitglieder zu erreichen, gleichzeitig aber auch die Einfachheit und Stimmigkeit des Regelwerks sowie den

Schutz der Fondsmittel zu wahren. Die Reformen von 2009 (Schaffung der FCL) und 2010 (Verbesserung der FCL und Schaffung der PCL) verbesserten erheblich die Fähigkeit des Fonds, Mittel zur Prävention und Beilegung von Krisen bereitzustellen.

Überprüfung der flexiblen und vorsorglichen Kreditlinien und Reform des Instrumentariums zur Kreditvergabe

Im November 2011 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit seiner ersten Prüfung der FCL- und PCL-Instrumente eine Reihe von Reformen, die die Flexibilität und Reichweite des Fondsinstrumentariums zur Mittelvergabe erhöhen sollen; Ziel ist dabei die wirksamere Bereitstellung von Liquidität und Nothilfe an die globale Mitgliedschaft des Fonds. Diese Reformen sollen es dem Fonds ermöglichen, besser auf die jeweiligen Liquiditätsbedürfnisse von Mitgliedern mit soliden Politiken und wirtschaftlichen Fundamentaldaten einzugehen, einschließlich solcher Mitglieder, die in Zeiten einer erhöhten Belastung von Wirtschaft und Märkten Bedarf aufweisen – an der Krise Unbeteiligte (crisis bystanders), d.h. Länder mit relativ starken Fundamentaldaten und solidem Erfolg bei ihren Politikmaßnahmen, bei denen die Wahrscheinlichkeit einer idiosynkratischen Krise normalerweise gering wäre) – und dringendem Finanzierungsbedarf zu begegnen, der Umständen von breiterer Verursachung entspringt als die früher unter Sonderpolitiken abgedeckten Situationen von Naturkatastrophen und Konfliktfolgenzeiten.

Im Rahmen der Reformen und infolge des Ergebnisses aus der Direktoriumsprüfung wurde die PCL durch die flexiblere Precautionary and Liquidity Line ersetzt. Die PLL kann unter einem breiter gefassten Spektrum von Umständen als die PCL eingesetzt werden, so auch im Rahmen eines neuen „kurzfristigen Liquiditätsfensters“. Dieses Fenster stellt Mittel (bis zu 250 Prozent der Quote) durch eine PLL-Vereinbarung mit sechs Monaten Laufzeit bereit und steht qualifizierten Mitgliedern zur Verfügung, die einen tatsächlichen oder potenziellen kurzfristigen Zahlungs-

bilanzbedarf aufweisen und nach allgemeinen Erwartungen während der Laufzeit der Vereinbarung glaubhafte Fortschritte im Umgang mit ihren Anfälligkeiten erzielen werden. In diesem Fenster und unter außergewöhnlichen Umständen, in denen ein Mitglied aufgrund exogener Schocks, einschließlich erhöhter regionaler oder globaler Belastung, einen größeren kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarf erlebt oder davon bedroht ist, gelten höhere Zugangsgrenzen: 500 Prozent der Quote, abzüglich der in der Vereinbarung festgelegten PLL-Rückkäufe, als Versicherung gegen zukünftige Schocks und als kurzfristiges Liquiditätsfenster. Die bestehenden IWF-Politiken für die Bereitstellung von Nothilfe (Emergency Natural Disaster Assistance and Emergency Post-Conflict Assistance – Nothilfe bei Naturkatastrophen und Nothilfe in der Konfliktfolgenzeit) wurden konsolidiert und durch ein

Tabelle 3.3

Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen des GJ 2012

(Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE DREIJÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY		
Afghanistan	14. November 2011	85,0
Bangladesch	11. April 2012	640,0
Burundi	27. Januar 2012	30,0
Côte d'Ivoire	4. November 2011	390,2
Guinea	24. Februar 2012	128,5
Kirgisische Republik	20. Juni 2011	66,6
Mali	27. Dezember 2011	30,0
Niger	16. März 2012	79,0
Zwischensumme		1449,3
AUFSTOCKUNGEN DER VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Burundi	13. Juli 2011	5,0
Dschibuti	6. Februar 2012	9,5
Kenia	9. Dezember 2011	162,8
Lesotho	9. April 2012	8,7
Liberia	27. Juni 2011	8,9
Mali	13. Juni 2011	25,0
Zwischensumme		219,9
NEUE VEREINBARUNGEN UNTER DER STANDBY CREDIT FACILITY		
Georgien	11. April 2012	125,0
Salomonen	6. Dezember 2011	5,2
Subtotal		130,2
AUSZAHLUNGEN UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY²		
Côte d'Ivoire	19. Juli 2011	81,3
Dominica	19. Januar 2012	2,1
Jemen	17. April 2012	60,9
St. Vincent und die Grenadinen	3. August 2011	1,2
Zwischensumme		145,5
Insgesamt		1944,9

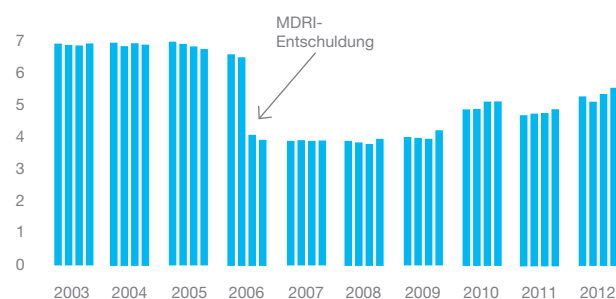
Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

² Die Mittel der Rapid Credit Facility werden als direkte Auszahlungen ohne Vereinbarung bereitgestellt.

Schaubild 3.3

Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2003 – 2012 (Mrd. SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: MDRI: Multilateral Debt Relief Initiative.

neues Rapid Financing Instrument ersetzt; dieses Instrument kann zur Unterstützung einer großen Bandbreite dringender Zahlungsbilanzbedürfnisse eingesetzt werden, einschließlich solcher, die auf exogene Schocks zurückzuführen sind. Kasten 3.3 stellt die wesentlichen Punkte dieser beiden neuen Finanzierungsinstrumente dar.

In ihrer Erörterung im November 2011 befürworteten die meisten Exekutivdirektoren die wichtigsten Ergebnisse aus der Stabsüberprüfung von FCL und PCL.¹⁵ Die Exekutivdirektoren unterstützten die Stabsvorschläge zur Erhöhung der Transparenz bei der Beurteilung der Zugangsgrenzen bei den FCL- und PLL-Vereinbarungen, was übergreifende Vergleiche und Fairness bei den Vereinbarungen erleichtern würde. Sie sahen Vorteile darin, die Beurteilung des Zahlungsbilanzbedarfs in den einzelnen Fällen enger mit negativen Szenarien zu verknüpfen, was Aufschluss über die mögliche Inanspruchnahme von Reserven geben würde – bei vorsichtiger Verankerung an den Werten zum Reservenbedarf, die für das betreffende Land relevant sind.

Die Exekutivdirektoren befürworteten im Allgemeinen die vom Stab vorgeschlagene stärkere Fokussierung auf qualitative und zukunftsgerichtete Faktoren, die in die Regelwerke zur FCL/PLL-Qualifikation eingebettet sind. Sie merkten an, dass der Zugang unter den FCL- und PLL-Instrumenten eine vorübergehende Ergänzung zu den Reserven in Zeiten erhöhten Risikos sei. Sie bekräftigten die normale Erwartung des verringerten Zugangs unter FCL-Folgevereinbarungen, wenn bessere öffentliche und private Finanzierungsaussichten zum Zeitpunkt der Beantragung der Folgevereinbarung den potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf nachhaltig reduziert haben,

und waren der Auffassung, dass bei Folgevereinbarungen zur PLL dieselben Erwartungen gelten würden.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Bedeutung angemessener Konditionalität ex ante und ex post im Hinblick auf die PLL. Sie begrüßten Verfahrensweisen zur frühzeitigen Einbindung des Direktoriums, die für alle PLL-Vereinbarungen gelten würden, ungeachtet ihres Zugangs oder ihrer Laufzeit. Sie verwiesen auf die Beurteilung des Stabs, dass die vorgeschlagenen Reformen eventuell zu mehr vorzeitigen Anträgen auf Fondsmittel führen könnten, die bereinigten Auswirkungen vermutlich aber relativ gering sein würden.

Änderung der Extended Fund Facility

Im März 2012 billigte das Exekutivdirektorium eine Änderung der Extended Fund Facility, damit erweiterte Kreditvereinbarungen bereits von Anfang an für eine Laufzeit von maximal vier Jahren genehmigt werden können.¹⁶ Zuvor war eine Genehmigung nur für höchstens drei Jahre, mit einer Verlängerungsoption auf maximal vier Jahre, möglich. Im Einklang mit den Reformen an den Kreditvergabeinstrumenten des IWF, die seit 2009 zu weitaus mehr Flexibilität und genauerer Berücksichtigung der jeweiligen Umstände und Bedürfnisse der Länder geführt haben, hat sich auch die Gruppe der Länder vergrößert, die die EFF nutzen: Neben Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen mit längerem Zahlungsbilanzbedarf gehören jetzt auch stärker entwickelte Länder mit größeren Finanzierungserfordernissen, wie diejenigen, die in der Krise des Euro-Gebiets entstanden sind, dazu. Käufe unter den erweiterten Vereinbarungen sollten den Erwartungen zufolge in gleichmäßigen Abständen

Links Bauern sehen sich Informationen über die örtlichen Regierungssysteme in der Provinz Mwaro, Burundi, an. **Rechts** Dorfbewohner gewinnen Jutefasern im Grenzland zwischen Indien und Bangladesch.



Kasten 3.3**Wesentliche Elemente der neuen Instrumente****Precautionary and Liquidity Line**

- Die Qualifikationskriterien bleiben gegenüber der PCL unverändert. Das Mitglied muss solide wirtschaftliche Fundamentaldaten und institutionelle Politikregelwerke aufweisen, einen Leistungsnachweis zur Umsetzung solider Politiken besitzen und sich weiterhin für den Beibehalt dieser Politiken in der Zukunft einsetzen.

- Ein Mitglied kann Unterstützung beantragen, wenn es zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Vereinbarung entweder einen tatsächlichen oder einen potenziellen Zahlungsbilanzbedarf hat (während unter der PCL nur der potenzielle Bedarf galt).

- Das Liquiditätsfenster erlaubt die Genehmigung von Vereinbarungen mit sechsmonatiger Laufzeit, um kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarf anzugehen. Der Zugang unter einer Sechsmonatsvereinbarung darf 250 Prozent der Quote eines Mitglieds nicht übersteigen, kann in außergewöhnlichen Umständen nach fallweiser Entscheidung durch das Exekutivdirektorium aber auf ein Maximum von 500 Prozent erhöht werden.

- Das Standardfenster erlaubt die Genehmigung einer 12- bis 24-monatigen Vereinbarung mit einer Zugangshöchstgrenze bei

Genehmigung von 500 Prozent der Quote eines Mitglieds im ersten Jahr und bis zu 1.000 Prozent der Quote im zweiten Jahr (wobei Letztere bei Bedarf und auf Antrag an das Direktorium auch in das erste Jahr vorverlegt werden kann). Wie unter der PCL umfassen die Vereinbarungen mit diesen Laufzeiten eine Direktoriumsprüfung im Sechsmonatsturnus.

Rapid Financing Instrument

- Geht bei der Deckung dringender Zahlungsbilanzbedürfnisse über die Fälle, die aus Naturkatastrophen und in der Konfliktfolgezeit entstehen, hinaus und kann auch ein Regelwerk für Politikunterstützung und Technical Assistance bieten.

- Die Mittel stehen bei Genehmigung sofort zur Verfügung, wobei der Zugang auf 50 Prozent der Mitgliedsquote pro Jahr und kumulativ auf 100 Prozent beschränkt ist.

- Das Mitglied muss seine Pläne für Politiken zur Behebung seiner Zahlungsbilanzprobleme umreißen, und der IWF muss zu der Beurteilung kommen, dass das Mitglied bei der Suche nach Lösungen für diese Schwierigkeiten kooperieren wird.

erfolgen, entsprechend der gängigen Fondspraxis. Es wurde bemerkt, dass die Auswirkungen dieser Änderung an der EFF auf die Gestaltung einer Finanzierung, die EFF und PRGT kombiniert, in einer späteren Überprüfung der Fazilitäten für einkommensschwache Länder berücksichtigt würden.

Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik

Das Policy Support Instrument (PSI – Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik) unterstützt einkommensschwache Länder, die keinen Zugang zu den Finanzmitteln des Fonds wünschen – oder brauchen –, aber ihre Wirtschaftsleistung mit der Überwachung und Unterstützung durch den IWF konsolidieren wollen. Dieses nichtfinanzielle Instrument ist eine wertvolle Ergänzung der Finanzierungsfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT. Das PSI hilft Ländern bei der Ausgestaltung und Umsetzung wirksamer Wirtschaftsprogramme, die nach Billigung durch das Exekutivdirektorium deutliche Signale an Geber, multilaterale Entwicklungsbanken und Märkte senden, dass der Fonds hinter der Stärke der Politiken eines Mitgliedslandes steht.

Bisher hat das Direktorium PSIs für sieben Mitglieder gebilligt: Kap Verde (2006 und 2010), Mosambik (2007 und 2010), Nigeria (2005), Ruanda (2010), Senegal (2007 und 2010), Tansania (2007 und 2010) sowie Uganda (2006 und 2010). Im GJ 2012 wurden keine neuen PSIs gebilligt.

Makroökonomische und operative Herausforderungen in Ländern in fragilen Situationen

Bei ihrer Erörterung der makroökonomischen und operativen Herausforderungen in Ländern in fragilen Situationen, die im Juli 2011 stattfand,¹⁷ stellten die Exekutivdirektoren zufrieden fest, dass das Engagement des IWF in diesen Ländern insgesamt auf die Kerngebiete des Fonds fokussiert war und zur Stärkung der makroökonomischen Regelwerke, zum Aufbau der institutionellen wie menschlichen Kapazitäten und zur Sicherung von Schuldenerleichterung beigetragen hat. Die Exekutivdirektoren merkten jedoch an, dass die Umsetzung der Programme ungleichmäßig war, was zum Teil auf in einigen Fällen zu ehrgeizige Programmziele zurückzuführen war. Vor diesem Hintergrund hielten sie es für angebracht, einige Änderungen an den Modalitäten der Fondsbeteiligung vorzunehmen; sie betonten jedoch, dass die Anstrengungen – um wirksam zu sein – weiterhin auf das Kernmandat des Fonds fokussiert bleiben und weiterhin eng mit der internationalen Gemeinschaft koordiniert sein sollten.

Die meisten Exekutivdirektoren befürworteten oder waren offen für eine flexiblere Verwendung der Rapid Credit Facility für einkommensschwache Länder in fragilen Situationen, die als Stufe zu den Vereinbarungen der oberen Kredittranche verstanden werden kann.¹⁸ Dennoch war man der Ansicht, dass angesichts des langfristigen Zahlungsbilanzbedarfs, dem sich Länder in

fragilen Situationen gewöhnlich gegenübersehen, die Vereinbarungen der oberen Kreditranche das Hauptinstrument der Fondshilfe bleiben sollte.

Die Exekutivdirektoren begrüßten im Allgemeinen die Forderung nach mehr Flexibilität bei der Programmgestaltung, um die eingeschränkten Umsetzungsmöglichkeiten in fragilen Staaten besser zu berücksichtigen. Gleichzeitig unterstrichen sie, dass die Konditionalitätsstandards, die auf die einzelnen Finanzierungsfazilitäten Anwendung finden, aufrechterhalten werden sollten. Sie waren der Ansicht, dass die Finanzhilfe des IWF mittelfristig abgebaut und der langfristige Finanzbedarf von Ländern in fragilen Situationen großenteils durch konzessionäre Gebermittel gedeckt werden sollte.

Die Exekutivdirektoren betonten, wie wichtig die Technical Assistance für Länder bei der Überwindung fragiler Situationen sei. So sahen sie denn auch die Notwendigkeit, die Technical Assistance in realistischen und angemessen unterstützten mittelfristigen Plänen zu verankern, so etwa durch den Einsatz von Beratern vor Ort und die laufende Ausbildung der Beamten eines Landes.

Systemische Krisen, finanzielle Verflechtungen und die Rolle globaler finanzieller Sicherheitsnetze

In einem Gespräch über die Analyse systemischer Krisen und die Rolle globaler Finanzsicherheitsnetze¹⁹ merkten die Exekutivdirektoren an, dass die zunehmende Komplexität der Verflechtungen zwischen den einzelnen Ländern die Gefahr systemischer Instabilität mit sich bringt und die Chancen für ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten und weitreichende Ansteckung erhöht. Sie stellten fest, dass die bisher nie dagewesene Politikreaktion während der jüngsten globalen Krise der Tragweite der Krise angemessen war, was zu einer Abfederung – und schließlich Umkehrung – des Verlusts an Produktion und Marktvertrauen beitrug. Aus breiterer Sicht erkannten die Exekutivdirektoren an, dass die wichtigsten Zentralbanken bei verschiedenen systemischen Vorkommnissen eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von Liquidität in harten Währungen gespielt und damit die Arbeit des Fonds und anderer internationaler Finanzinstitutionen ergänzt hatten. Obwohl währungspolitische Entscheidungen im Zusammenhang mit der jüngsten Finanzkrise auch weiter von den innenwirtschaftlichen Mandaten und Zielen der Zentralbanken bestimmt wurden, ließ sich feststellen, dass diese Ziele gleichzeitig mit den globalen Interessen in Einklang standen. Mit Blick auf die Zukunft wurde bemerkt, dass mehr Vorhersehbarkeit und Koordination der Politikreaktionen auf systemische Ereignisse wünschenswert wären.

Die meisten Exekutivdirektoren sahen Spielraum für die Erkundung weiterer Verbesserungsmöglichkeiten an den globalen Finanz-Sicherheitsnetzen, um an der Krise Unbeteiligte (crisis bystanders) zeitnah und angemessen mit Liquidität zu versorgen

und allgemein eine stärkere globale Zusammenarbeit, vor allem über regionale Finanzierungsvereinbarungen, zu fördern. Die Exekutivdirektoren betonten, dass die Stärkung des globalen Finanz-Sicherheitsnetzes Hand in Hand gehe mit den Bestrebungen zu einer besseren Erkennung im Entstehen begriffener systemischer Risiken und einer besseren Krisenprävention.

Im Nachgang zu diesem Gespräch billigte das Direktorium im November 2011 – wie weiter oben in diesem Kapitel beschrieben – eine Reihe von Reformen des Finanzierungsinstrumentariums des Fonds, um Liquiditäts- und dringenden Zahlungsbilanzbedarf der Mitglieder besser anzugehen.

STÄRKERE ÜBERWACHUNG, UM DIE RÜCKKEHR ZU NACHHALTIGEM GLOBALEM WACHSTUM ZU FÖRDERN

Stärkung der Überwachung

Der IWF ist laut seinem Übereinkommen mit der Aufsicht über das internationale Währungssystem und der Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 188 Mitgliedsländer beauftragt; in ihrer Gesamtheit ist diese Tätigkeit unter dem Namen Überwachung (surveillance) bekannt. Als Teil dieses Prozesses, der sowohl auf globaler Ebene (multilaterale Überwachung) als auch auf Länderebene (bilaterale Überwachung) stattfindet, stellt der IWF mögliche Risiken für die Stabilität heraus und berät zu notwendigen Politikanpassungen. Auf diese Weise trägt er dazu bei, dass das internationale Währungssystem seinen vornehmlichen Zweck erfüllen kann, namentlich den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital unter den Ländern zu erleichtern und damit ein solides Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Multilaterale Überwachung

Die wichtigsten Instrumente des IWF für die multilaterale Überwachung sind die drei Publikationen *World Economic Outlook* (WEO – Weltwirtschaftsausblick), *Global Financial Stability Report* (GFSR – Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) und *Fiscal Monitor* (FM – Monitor der Fiskalpolitiken). Diese zweimal jährlich erscheinenden Publikationen sowie die Berichte des *Regional Economic Outlook* (siehe dazu „Einbindung externer Stakeholder“ in Kapitel 5) bilden die World Economic and Financial Surveys des IWF; sie helfen dem Fonds bei der Untersuchung der Wirtschafts- und Finanzentwicklungen in seinen Mitgliedsländern. Aktualisierungen für WEO, GFSR und FM werden zweimal jährlich veröffentlicht.

Der WEO stellt ausführliche Analysen zum Zustand der Weltwirtschaft bereit und evaluiert wirtschaftliche Aussichten und politische Herausforderungen auf globaler und regionaler Ebene; er bietet auch tiefgreifende Analysen aktueller Problemstellungen. Die Ausgabe des WEO vom September 2011 widmete sich den



Links Der Direktor der Abteilung Fiskalpolitik Carlo Cottarelli und seine Kollegen bei einem Pressebriefing zur Septemerausgabe 2011 des *Fiscal Monitor*, in Washington, D.C. **Rechts** Ein Arbeiter beim Betrachten eines im Bau befindlichen Einkaufszentrums in Pristina, Kosovo.

steigenden Risiken angesichts der Erschlaffung des globalen Wirtschaftswachstums. Er umfasste Kapitel zur angemessenen Währungspolitik in Reaktion auf die Inflationswirkung der Rohstoffpreisbewegungen und zur Frage, wie Veränderungen an Steuern und Staatsausgaben die außenwirtschaftliche Position einer Volkswirtschaft beeinflussen. Die Ausgabe vom April 2012 untersuchte die bleibenden Gefahren bei Neubeginn des Wachstums, analysierte, wie staatliche Politiken die wirtschaftlichen Kosten nach der Immobilienkrise senken können, und erörterte, welche Politiken Rohstoffexporteure für den Umgang mit Preisschwankungen umsetzen sollten. Der GFSR stellt eine aktuelle Beurteilung der globalen Finanzmärkte und Aussichten bereit und behandelt Finanzierungsfragen der Schwellenmärkte im globalen Zusammenhang. Der Bericht soll Anfälligkeiten herausstellen, die Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte bergen könnten. Das wichtigste Thema in der Ausgabe vom September 2011 war das Vermächtnis der Krise; Analysekapitel untersuchten, ob Veränderungen im Verhalten der Anleger Abwärtsrisiken für die globale Finanzstabilität darstellen, und boten Richtlinien für die praktische Umsetzung makroprudenzieller Politikmaßnahmen. Das Thema des GFSR vom April 2012 war das Bemühen um dauerhafte Stabilität mit einer Analyse der Rolle sicherer Vermögensgüter als Eckpfeiler der Finanzstabilität und einer Bewertung der finanziellen Auswirkungen des Langlebigkeitsrisikos. Der FM beobachtet und analysiert die neuesten Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Finanzen, aktualisiert Berichte zu fiskalischen Auswirkungen der globalen Wirtschaftssituation und mittelfristigen Haushaltsprojektionen und bewertet Politikmaßnahmen, die Tragfähigkeit für Staatshaushalte schaffen sollen. Die Ausgabe des FM vom September 2011 befasste sich mit dem Thema, wie fiskalische Herausforderungen angegangen werden können, um wirtschaftliche Risiken zu verringern, und enthielt Analysen von fiskalischer Abwertung, Privatisierungen (privatization episodes), Schuldenüberwachung sowie Bestandsanpassungen; die Ausgabe vom April 2012 untersuchte, wie fiskalpolitische Risiken ausgeglichen werden können, und enthielt Erörterungen von Analysen zu fiskalischen Multi-

plikatoren, Haushaltsanpassungsplänen und Auswirkungen von Krisen auf die Finanzen von subnationalen Regierungen. In Kapitel 2 findet sich ein Überblick über die im WEO, GFSR und FM im GJ 2012 behandelten Themen.

Die globale Krise machte eine verstärkte Analyse der Verknüpfungen zwischen Sektoren (z.B. Real-, Finanz- und Fiskalsektor) und Ländern notwendig. Daher unternahm der IWF eine Anzahl von Schritten, die dazu führen sollten, dass seine Überwachungstätigkeit die Verflechtungen der Weltwirtschaft repliziert. 2011 wurden als Pilotprojekt erstmals „Spillover-Berichte“ erstellt, die die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der fünf größten systemrelevanten Volkswirtschaften der Welt – China, das Euro-Gebiet, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – auf ihre Wirtschaftspartner untersuchen.²⁰ Im September 2011 begann der IWF mit der Ausarbeitung eines neuen Consolidated Multilateral Surveillance Report (Konsolidierter Bericht zur multilateralen Überwachung), der die wichtigsten Mitteilungen aus den Veröffentlichungen des IWF zur multilateralen Überwachung (WEO, GFSR, FM und Spillover-Berichte) herausstellt; im darauf folgenden April wurde ein zweiter Bericht veröffentlicht. Das Exekutivdirektorium führte 2012 erstmals gemeinsame Gespräche über den WEO, GFSR und FM bei einer informellen Zusammenkunft im Januar und danach bei einer formellen Direktoriumssitzung im April.

Bilaterale Überwachung

Das Kernstück der bilateralen Überwachung (oder Überwachung einzelner Länder) durch den IWF ist die Artikel-IV-Konsultation (siehe Web Box 3.2), die für jedes Fondsmitglied laut Artikel IV des IWF-Übereinkommens normalerweise regelmäßig durchgeführt wird. Der IWF nimmt im Rahmen dieser Konsultationen eine gründliche Bewertung maßgeblicher Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, Aussichten und Politikmaßnahmen für jedes seiner Mitgliedsländer vor und stellt aufgrund seiner Analyse eine offene Politikberatung bereit. Im Lauf des GJ 2012 wurden

insgesamt 122 Artikel-IV-Konsultationen durchgeführt (siehe Web Table 3.1). In der überwiegenden Mehrheit dieser Fälle (107 oder 88 Prozent im GJ 2012, siehe Web Table 3.1) sind der Stabsbericht sowie weitere Analysen im Zusammenhang mit der Konsultation auch auf der Website des IWF veröffentlicht. Das Exekutivdirektorium prüft die Umsetzung der bilateralen Überwachung des Fonds alle drei Jahre im Rahmen des Triennial Surveillance Review.

Triennial Surveillance Review von 2011

Im Oktober 2011 schloss das Exekutivdirektorium eine umfassende Überprüfung der Überwachungstätigkeit des IWF – das Triennial Surveillance Review – und des rechtlichen Rahmens für die Überwachung ab.²¹ Die Exekutivdirektoren stimmten den wichtigsten Schlussfolgerungen aus der Prüfung durch den IWF-Stab zu, insbesondere, dass seit dem TSR von 2008 wichtige Fortschritte bei der Durchführung der Überwachung erzielt worden sind, dass jedoch noch wichtige Lücken zu schließen seien. Sie stimmten dem Stab zu, dass sechs Bereichen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse: Verknüpfungen, Risikobewertungen, Finanzstabilität, außenwirtschaftliche Stabilität, das rechtliche Rahmenwerk sowie Wirksamkeit. Sie befürworteten weitgehend den von der Geschäftsführenden Direktorin aufgezeigten Plan zur Stärkung der Überwachung,²² wiesen aber auch auf andere Ansichten bei einer Reihe von Punkten hin. Sie befürworteten auch die vom Stab vorgeschlagenen operativen Prioritäten für 2011-14.

Verflechtungen. Die Exekutivdirektoren hielten es für sinnvoll, eine stärkere Verbindung zwischen den Analysen auf globaler und Länderebene herzustellen und damit die Politikempfehlungen auf bilateraler Ebene zu verbessern. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass die Analyse von Spillovers nach außen, wie sie in den Spillover-Berichten für fünf systemrelevante Volkswirtschaften zur Anwendung kam (siehe „Multilaterale Überwachung“ weiter oben in diesem Kapitel), einen wichtigen Beitrag zur Fondsüberwachung dargestellt habe und vor der Bestandsaufnahme im GJ 2013 für diese Volkswirtschaften wiederholt werden sollte. Die Exekutivdirektoren sprachen sich entschieden für einen weiteren Einsatz der länderübergreifenden Analyse aus.

Risikobewertungen. Unter den Exekutivdirektoren herrschte Einvernehmen, dass bei der bilateralen und multilateralen Überwachung den Risiken und ihren Transmissionskanälen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, ohne dass jedoch das Grundszenario vernachlässigt wird. In dieser Hinsicht unterstützten sie allgemein die Vorschläge des Stabes, einschließlich der besseren Einbeziehung der Ergebnisse aus bestehenden Instrumenten zur Risikobewertung.

Finanzstabilität. Die Exekutivdirektoren betonten die Bedeutung weiterer Fortschritte in der Überwachung des Finanzsektors. Sie

empfohlen den Einsatz eines strategischen Arbeitsplans (ein späteres Direktoriumsgespräch zu diesem Thema wird im Abschnitt „Arbeitsprogramm für Finanzsektorüberwachung“ weiter unten in diesem Kapitel behandelt) zur Förderung der Arbeit zu Finanzverflechtungen, zur Stärkung der Finanzsektoranalyse in der bilateralen Überwachung sowie zur Behandlung von Datenlücken, und sie forderten zur engen Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien auf. Für Volkswirtschaften mit systemisch relevanten Finanzsektoren oder hohen Anfälligkeiten im Finanzsektor unterstützten sie eine vermehrte Teilnahme von Finanzsektorexperten an den Missionen der Artikel-IV-Konsultationen.²³

Externe Stabilität. Die Exekutivdirektoren unterstützten Bestrebungen, die Analyse der externen Stabilität über die Wechselkurse hinaus auszudehnen, betonten aber, dass die Analyse der Wechselkurse in diesem Prozess nicht verwässert werden dürfe. Diesbezüglich herrschte weitgehendes Einvernehmen darüber, dass der Fonds regelmäßig multilateral stimmige Stabsbewertungen von Außenhandelsbilanzen veröffentlichen sollte, die auf den präzisen Wechselkursbeurteilungen der Beratungsgruppe für Wechselkursfragen (Consultative Group on Exchange Rates) aufbauen.

Rechtsrahmen. Die meisten Exekutivdirektoren hielten eine Überarbeitung des bestehenden rechtlichen Rahmens für angezeigt, um eine wirksamere Durchführung der Überwachung zu ermöglichen (im April 2012 führte das Direktorium ein Folgegespräch zur Modernisierung des rechtlichen Rahmens für die IWF-Überwachung). Die meisten Direktoren befürworteten oder waren zumindest offen gegenüber einer neuen legislativen Grundlage („integrated surveillance decision“), die sowohl bilaterale als auch multilaterale Überwachung umfassen und einen breiteren Ansatz zur globalen Stabilität widerspiegeln würde, und erwarteten weitere Arbeiten zur „integrated surveillance decision“.

Wirksamkeit. Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass sich Wirksamkeit nicht von allein einstellt. Neben Qualität sind, so die Direktoren, Offenheit, Gerechtigkeit, Anpassung der Beratung an länderspezifische Gegebenheiten sowie angemessene Folgearbeiten zu früherer Beratung der Schlüssel zu mehr Wirksamkeit. Sie begrüßten den neuen Consolidated Multilateral Surveillance Report (siehe „Multilaterale Überwachung“ weiter oben in diesem Kapitel) als nützliches Instrument, um die Diskussion unter Politikern zu fördern und die Rolle des IMFC zu stärken. Die Exekutivdirektoren teilten die Ansicht, dass der Fonds bei seiner Überwachung den Faktoren inklusives Wachstum, Beschäftigung und anderen sozialen Fragen, die erhebliche makroökonomische Auswirkungen haben, mehr Aufmerksamkeit widmen und dabei auf die Expertise anderer Institutionen zurückgreifen könnte. Sie wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, dass Stab und Länderbehörden schon vor den Artikel-IV-Konsultationsgesprächen einen

Meinungsaustausch zu den wichtigsten Themen haben. Die Exekutivdirektoren begrüßten die Veränderungen auf Organisationsebene, die vom Independent Evaluation Office (IEO – Unabhängiges Evaluierungsbüro)²⁴ zur Schließung von Lücken benannt wurden – darunter mehr Zusammenarbeit und Förderung unterschiedlicher Ansichten im Stab sowie größere Kontinuität der entsandten Teams – und forderten eine zeitnahe Umsetzung.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die Zusage der IWF-Geschäftsführung, dass die Kosten der Umsetzung der TSR-Vorschläge sich im Rahmen hielten und dass in der nächsten Haushaltsrunde entsprechende Einsparungsmöglichkeiten aufgedeckt würden, ohne dass die Qualität der Überwachung für alle Mitglieder beeinträchtigt würde.

Stärkung der Überwachung des Finanzsektors

Da negative Entwicklungen auf dem Finanzsektor rasch Krisen entfachen und verbreiten können, ist eine wirksame Finanzsektorüberwachung entscheidend. Seit der globalen Krise hat der IWF bei der multilateralen Überwachung und der Überwachung einzelner Länder sein Augenmerk zunehmend auf Finanzsektorfragen gerichtet und einen strategischen Plan für die Finanzsektorüberwachung ausgearbeitet. Es wurden zusätzliche Mittel für Forschung und Überwachung in Bezug auf Finanzmärkte und komplexe Finanzinstitutionen bereitgestellt.

Monitoring der finanziellen Vernetzung

Im Mai 2011 erörterte das Exekutivdirektorium den Fortschritt bei der Schließung von Datenlücken im Hinblick auf finanzielle Vernetzung, insbesondere in Bezug auf die Datenvorlage zu globalen systemisch wichtigen Finanzinstitutionen, die der Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board) erstellt hat.²⁵ Die Exekutivdirektoren teilten die Ansicht des IWF-Stabs, dass granularere Daten vonnöten seien, wenn der Fonds Risiken besser beurteilen und grenzüberschreitende Finanzverflechtungen in einem zunehmend integrierten globalen Umfeld besser verstehen soll. Finanzdaten auf der Basis des Wohnorts, disaggregiert nach Land, Sektor, Instrument, Fälligkeit und Währung, wurde bemerkt, würden die Identifizierung von Zinssatz- und Wechselkursrisiken, Laufzeitinkongruenzen oder Finanzierungslücken und des Potenzials für Spillovers erleichtern. Die Exekutivdirektoren forderten deshalb den Stab auf, weiter an der Schließung der entdeckten Datenlücken zu arbeiten.

Die meisten Exekutivdirektoren hielten den Stab auch zur Fortführung der engen Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des FSB an, um die Datenvorlage für global systemrelevante Finanzinstitutionen fertigzustellen, statistische Leitlinien zu entwickeln und einen geeigneten Mechanismus für den Datenaustausch unter relevanten öffentlichen Institutionen einzurichten. Gleichzeitig betonten die Exekutivdirektoren, dass Geheimhaltungs-

vorschriften und rechtliche Einschränkungen zur Weitergabe firmenspezifischer Daten in einigen Jurisdiktionen berücksichtigt werden müssten.

Die Exekutivdirektoren begrüßten Initiativen zur Verbesserung der Datenverfügbarkeit, einschließlich des Coordinated Portfolio Investment Survey (Koordinierte Erhebung über Portfolio-Investitionen) und des Coordinated Direct Investment Survey (Koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen). Sie forderten den Stab dazu auf, weitere Wege zur Senkung der Berichtslast der Mitgliedsländer zu erkunden. Sie unterstützten weiterhin die Bestrebungen des Stabs zur Ausweitung der Währungs- und Länderdaten in der Datenbank für die Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves (COFER – Währungskomposition der offiziellen Devisenreserven) bei gleichzeitiger Wahrung der geltenden Geheimhaltungsvereinbarungen. Sie begrüßten den Vorschlag zur Aufnahme bilateraler Konsultationen vor der Umsetzung etwaiger Änderungen. Sie unterstützten auch im Allgemeinen die Auslotung von Möglichkeiten zur Erzeugung von weniger stark aggregierten Daten für COFER, Wertpapiere, die in Devisenreserven gehalten werden, und Instrumente, die in Devisenreserven gehalten werden, um ein besseres Verständnis der globalen Kapitalströme und finanziellen Verflechtungen herbeizuführen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die vorgeschlagenen Verbesserungen der internationalen Bankstatistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ – Bank for International Settlements [BIS]) und merkten an, dass damit wichtige Datenlücken, die für die Überwachungstätigkeit des Fonds entscheidend sind, geschlossen werden könnten.

Das Exekutivdirektorium kam auch im März 2012 zu einem informellen Treffen zusammen, um das Thema der Vernetzung im Zusammenhang mit der Fondsarbeit zur Stärkung der Überwachung zu besprechen. Bei dieser informellen Besprechung erörterten die Direktoriumsmitglieder ein Stabspapier, das ein Rahmenkonzept zum besseren Verständnis der direkten und indirekten Länderverknüpfungen vorschlug. Die Arbeiten zu diesem wichtigen Thema dauern an.

Entwicklung makroprudenzieller Politiken

Nach einer Erörterung des Exekutivdirektoriums im April 2011 zur Aufstellung eines Regelwerks für makroprudenzielle Politiken wurden die Arbeiten im GJ 2012 an der Forschung zum und Entwicklung am Regelwerk fortgesetzt. Das Direktorium kam zur informellen Erörterung von zwei Papieren zusammen. Das erste Papier analysierte institutionelle Verfahren für makroprudenzielle Politik, legte Kriterien zur Beurteilung verschiedener Modelle fest und untersuchte ihre Stärken und Schwächen. Das zweite Papier untersuchte Erfahrungen der Länder mit der Anwendung makroprudenzieller Instrumente und beurteilte ihre Wirksamkeit; es kam zu dem Schluss, dass die meisten makro-



Links Ein Bauer in Momirak, Tadschikistan, drischt seine Getreide-
ernte. **Rechts** Ein Bananenverkäufer schiebt seinen Wagen eine
beliebte Straße entlang in Niamey, Niger.

prudenziellen Instrumente zur Dämpfung des prozyklischen Verhaltens auf dem Finanzsektor ihre Wirkung zeigten.

Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Bei der Erörterung eines IWF-Stabpapiers über die Wirksamkeit des IWF-Programms zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (anti-money laundering and combating the financing of terrorism – AML/CFT)²⁶ im Juni 2011 wiesen die Exekutivdirektoren darauf hin, dass die Arbeit des IWF erheblich zur engagierten Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beigetragen habe. (Siehe Kasten 3.4 zu den Hauptpunkten der AML/CFT-Bestrebungen in zwei Ländern mit IWF-gestützten Programmen.) Sie hielten es für angezeigt, Wege zur Stärkung der AML/CFT-Beurteilung zu erkunden, einschließlich der Möglichkeit gezielter, risikobasierter Beurteilungen durchzuführen. Sie kamen überein, dass unter einem Regelwerk für risikobasierte Beurteilungen die erste AML/CFT-Beurteilung für ein Mitglied umfassend ausfallen würde, während Folgebeurteilungen sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren würden, in denen die größte Gefahr bestünde, dass Geldwäsche und/oder Terrorismusfinanzierung auftreten könnten, ohne entdeckt oder sanktioniert zu werden. Sie waren zudem der einhelligen Meinung, dass ein Wechsel zu zielgerichteten und risikobasierten AML/CFT-Reports on the Observance of Standards and Codes (Berichte zur Einhaltung von Standards und Kodizes)²⁷ mit der Standard setzenden Financial Action Task Force (FATF – Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung“) und anderen Stakeholdern abgesprochen werden müsse. Insbesondere die Methodik für die Durchführung dieser Beurteilungen und die Kriterien für die Auswahl der zu beurteilenden Themen im Hinblick auf bestimmte Länder müssten in Zusammenarbeit mit der FATF und FATF-ähnlichen regionalen Organen sowie anderen Stakeholdern ausgearbeitet werden. Die meisten wollten die obligatorische Verknüpfung der AML/CFT-Beurteilungen mit jeder Beurteilung im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP –

Programm zur Bewertung des Finanzsektors) beibehalten.

Die Exekutivdirektoren unterstützten auch weiterhin die Zusammenarbeit des Fonds mit der FATF, einschließlich des Vorgehens der International Cooperation Review Group gegen Jurisdiktionen, die die Zusammenarbeit verweigern. Im Einklang mit den in der Direktoriumpfung der Initiative zu Standards und Kodizes²⁸ gegebenen Leitlinien kamen die Exekutivdirektoren überein, dass der Stab weiterhin bei der International Cooperation Review Group mitwirken, „seine guten Dienste“ anbieten und relevante Informationen zu den überprüften Mitgliedsländern mit deren Zustimmung bereitstellen sollte, ohne sich aber an koerziven Maßnahmen zu beteiligen. Die Exekutivdirektoren merkten an, dass die Mitwirkung des Stabes in diesen Fällen nicht als Befürwortung etwaiger öffentlicher Aussagen über nicht kooperierende Jurisdiktionen zu verstehen sei.

Die Mehrheit der Direktoren befürwortete die im Papier umrissenen Ansätze und Überlegungen zur Behandlung von AML/CFT-Fragen und damit verwandten Vortaten im Zusammenhang mit modularen Bewertungen zur Finanzstabilität unter dem FSAP und der bilateralen Überwachung. Zudem befürwortete die Mehrzahl der Exekutivdirektoren die fortlaufende Berücksichtigung von AML/CFT-Fragen auf freiwilliger Basis in den Artikel-IV-Konsultationen. Sie merkten an, dass die nächste Prüfung des AML/CFT-Programms voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren abgeschlossen wird.

Arbeitsprogramm für Finanzsektorüberwachung

Wie bereits oben im Kapitel bei der Diskussion des Triennial Surveillance Review von 2011 erwähnt, bestand eine der wichtigsten Empfehlungen in der Ausarbeitung eines Strategieplans zur Förderung der Finanzstabilität. Als erster Schritt zur Entwicklung eines derartigen Plans erörterte das Exekutivdirektorium im April 2012 ein Arbeitsprogramm zur Finanzsektorüberwachung, das vom IWF-Stab ausgearbeitet worden war.²⁹

Die Exekutivdirektoren befürworteten die wesentlichen Elemente des Arbeitsplans, der unmittelbare Prioritäten zur Eindämmung der gegenwärtigen Krise sowie mittelfristige Prioritäten in zwei weit gefassten Bereichen enthält: Stärkung der Überwachung zu systemischen Risiken sowie Auswertung von Ländereferenzen zur Ableitung bester Praktiken für widerstandsfähige Finanzsysteme. Sie teilten die Auffassung des Stabes, dass als unmittelbare Priorität die Wiederherstellung der Finanzstabilität, insbesondere im Euro-Gebiet, angegangen werden müsse und Übertragungswirkungen in andere Regionen einzugrenzen seien. Sie betonten jedoch, dass es für den IWF ebenso wichtig sei, weiterhin in allen Mitgliedsländern und Regionen mitzuwirken, die sich politischen Herausforderungen stellen müssen, so auch in Schwellenmärkten und einkommensschwachen Ländern.

Im Zusammenhang mit den mittelfristigen Prioritäten unterstrichen die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit, globale systemische Risiken besser zu verstehen und effektiver zu überwachen, widerstandsfähigere und das Wachstum besser fördernde Finanzsysteme aufzubauen und die Fähigkeit der Mitgliedsländer zu stärken, Krisen vorzubeugen und sie zu bewältigen. Sie unterstützten deshalb Bestrebungen, die Analysen zur Vernetzung der Finanzsektoren nachzubessern, die Verknüpfungen zwischen Finanzwelt und Realsektor besser zu verstehen zu lernen, Anfälligkeiten in Banken und anderen Institutionen zu bewerten sowie die Entwicklung (deepening) des Finanzsektors zu fördern. Sie unterstützten darüber hinaus die Bestrebungen des Fonds, gemeinsam mit anderen Stakeholdern Datenlücken zu schließen und die Risiken, die von globalen, systemrelevanten Institutionen und Märkten ausgehen, zu überwachen.

Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass die Einbindung weiterer globaler Stakeholder, einschließlich nationaler Behörden, für die Ausarbeitung eines Strategieplans wichtig ist. Dabei sollte sich der Fonds auf sein Mandat und seine

Kernkompetenzen konzentrieren, bemerkten sie, und bedarfsweise die Sachkenntnis anderer globaler Stakeholder heranziehen. Sie drängten darauf, dass der Plan konkrete Maßnahmen mit klaren Prioritäten und Umsetzungsfristen sowie eine Abschätzung des Ressourcenbedarfs enthält.

Fiskalpolitik

Modernisierung des Rahmens für die Analyse von Fiskalpolitik und Tragfähigkeit von Staatsschulden

Mit dem Hinweis darauf, dass die jüngste globale Krise die Notwendigkeit für eine stärkere Ausrichtung auf die Tragfähigkeit von Staatsschulden in Ländern mit Marktzugang, vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, verdeutlicht hatte, erörtere das Exekutivdirektorium im August 2011 ein IWF-Stabspapier zur Modernisierung des Analyserahmens für Fiskalpolitik und Tragfähigkeit von Staatsschulden.³⁰ Die Exekutivdirektoren befürworteten im Allgemeinen die Vorschläge des Stabes, einigen Elementen mehr Beachtung zu schenken, wie dem Erfordernis realistischer Basisannahmen, der Höhe der Staatsverschuldung als einer der Auslöser für tieferegehende Studien, der Analyse fiskalischer Risiken, Anfälligkeiten im Zusammenhang mit dem Schuldenprofil sowie der Behandlung von Haushaltssaldo und Staatsverschuldung. Sie befürworteten im Allgemeinen auch einen mehr risikobasierten Ansatz bei der Bewertung der Schuldentragfähigkeit in Ländern mit Marktzugang, bei dem die Tiefe der Analyse den identifizierten landesspezifischen Anfälligkeiten entsprechen würde. Allerdings sprachen sie sich auch für einen angemessenen Grad an Standardisierung aus, um länderübergreifend Fairness und Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Die meisten Exekutivdirektoren hielten es für angebracht, einen Bezugspunkt von 60 Prozent für das Verhältnis von Verschuldung zum BIP als wichtigen Auslöser für strengere Analysen von

Links Ein Mann repariert das Dach eines Gebäudes in Cité Soleil, Haiti. **Rechts** Eine Batikverkäuferin in Banjul, Gambia, hält ihre Ware feil.



Schuldenanfälligkeiten zu benutzen. Sie forderten Flexibilität und Urteilsvermögen und ein breiter angelegtes Indikatorenset für die Entscheidung, ob tiefgreifende Analysen durchzuführen seien. So merkten die Exekutivdirektoren an, dass das Vorhandensein anderer Anfälligkeiten, die sich aus dem Profil der Schulden oder allgemeineren fiskalischen Risiken ergeben, selbst in den Ländern eine strengere Analyse erforderlich machen könnten, in denen die Verschuldung unter dem Bezugspunkt liegt.

Es herrschte Einvernehmen unter den Exekutivdirektoren, dass die Behandlung von Haushaltssaldo und Staatsverschuldung ausgeweitet werden sollte, so dass die Regierung im Ganzen einbezogen wird. Die Direktoren fanden, dass die Bewertung des Ausgabendrucks für Renten und Gesundheitswesen und, wo vorhanden, von Nettoschuldenwerten zur Ergänzung der Bruttoschuldenanalyse nützlich sei. Die meisten von ihnen unterstützten im Großen und Ganzen eine Aufnahme der Eventualverbindlichkeiten in die Schuldentragfähigkeitsanalyse. Die Exekutivdirektoren wünschten mehr Beachtung der Schuldenstruktur und Liquiditätsindikatoren in der Analyse und waren der einhelligen Meinung, dass die im Stabspapier erörterten indikativen Richtwerte von Wert sein könnten. Sie merkten zudem an, dass die Analyse weitere landesspezifische Faktoren, wie etwa die Kapazität des Marktes zur Schuldenabsorption, berücksichtigen sollte.

Managen von globalen Wachstumsrisiken und Rohstoffpreisschocks: Anfälligkeiten und politische Herausforderungen für einkommensschwache Länder

Im November 2011 erörterte das Exekutivdirektorium einen Bericht des IWF-Stabs zu Anfälligkeiten und Politikherausforderungen, mit denen einkommensschwache Länder in einem äußerst unsicheren globalen Umfeld konfrontiert sind.³¹ Die Exekutivdirektoren begrüßten, dass die meisten einkommensschwachen Länder sich rasch von der globalen Krise erholt hatten. Mit Blick auf die Zukunft warnten die Exekutivdirektoren jedoch, dass die Abwärtsrisiken für das globale Wachstum zugenommen hatten, während die Kapazität vieler einkommensschwachen Länder, weitere Schocks aufzufangen, erst wieder aufgebaut werden müsste. Daher äußerten sie sich besorgt, dass viele einkommensschwache Länder seit der Krise weniger gut auf den Umgang mit externen Schocks vorbereitet wären.

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass in den meisten einkommensschwachen Ländern der Spielraum für den Einsatz eines fiskalischen Stimulus gegen eine starke Abschwächung des globalen Wachstums geringer sei als vor der Krise, weil fiskalische Puffer aufgebraucht und die Hilfsmittelausstattung begrenzt wäre. Dennoch befanden sie, dass Länder mit ausreichendem fiskalischem Freiraum ihr Ausgabenniveau beibehalten sollten,

Kasten 3.4

Der Einsatz von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche in fondsgestützten Programmen: Afghanistan und Griechenland

Seit stärkere Anti-Geldwäsche-Kontrollen die Folgen kriminellen Verhaltens^a verhindern und abmildern können, enthalten die fondsgestützten Programme in Afghanistan und Griechenland Auflagen zur Bekämpfung der Geldwäsche (AML).

In Afghanistan folgte der Untergang der Kabul Bank (im Juli 2010 die größte Bank des Landes) auf ein mutmaßliches massives betrügerisches Kreditvergabesystem an der Bank nahestehende Nutznießer. Sollten kriminelle Handlungen nachgewiesen werden, wäre der Verlust von mehr als 900 Mio. US\$ (5 Prozent des BIP und mehr als 50 Prozent der Staatseinnahmen für 2010) eines der größten kriminellen Bankverlustgeschäfte in Relation zum BIP in der Geschichte. Im Zusammenhang mit dem durch die Extended Credit Facility (Fazilität für erweiterten Kredit) des IWF-gestützten Programm mit Afghanistan stärken die Behörden neben anderen Maßnahmen die Gesetzgebung des Landes in den Bereichen Bankwesen und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT). Maßnahmen zur Governance der Wirtschaft, die derzeit unternommen werden, umfassen die Einhaltung von AML/CFT, die Priorisierung von Eignung

und angemessener Prüfung von Personen, die Finanzinstitutionen besitzen und kontrollieren, sowie die Stärkung des Aufsichtsregelwerks und der Unabhängigkeit der Aufsicht. Es werden zudem Schritte zur Wiedererlangung der gestohlenen Gelder der Kabul Bank unternommen, um die Kosten der Krise für den Fiskus in Grenzen zu halten.

Im Oktober 2011 beschlossen die griechischen Behörden im Sinne einer intensiveren Bekämpfung der Steuerhinterziehung die Aufrüstung bestehender AML-Instrumente; sie verpflichteten Finanzinstitutionen, Transaktionen, die mutmaßlich Erlöse von Steuerhinterziehungen betreffen, an Griechenlands Financial Intelligence Unit zu melden. Nachdem die Zentralstelle für die Bekämpfung der Geldwäsche im März 2012 mit der Einfrierung von Vermögenswerten begann, die angeblich im Zusammenhang mit der Geldwäsche dieser Erlöse standen, wurden zwei AML-Maßnahmen eingeführt, die den Informationsfluss von Finanzinstitutionen und Finanzämtern an die Financial Intelligence Unit verbessern sollen.

^a Weitere Informationen über die Fondsarbeit zu AML/CFT-Fragen finden sich auf der Website des IWF unter www.imf.org/external/np/leg/amlcft/eng/.

um eine Verschlimmerung der negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eines derartigen Schocks zu verhindern. Zudem erwogen die meisten Exekutivdirektoren, dass in Ländern mit moderater Inflation die Geld- und Wechselkurspolitik aktiv zur gegenzyklischen Unterstützung eingesetzt werden könnte. Wenn die Flaute jedoch mittelfristig anhalten sollte, könnte eine weitere Anpassung der makroökonomischen Politikmaßnahmen notwendig werden.

Im Allgemeinen befürworteten die Exekutivdirektoren im Fall von Rohstoffpreisschocks eine pragmatische Politikreaktion, die je nach fiskalischem Freiraum eventuell gezielte Maßnahmen zum Schutz der Armen einschließen könnte. Sie unterstrichen, dass die zentrale Herausforderung der Politik für einkommensschwache Länder in der Notwendigkeit bestünde, auch weiterhin die makroökonomischen Puffer wieder aufzubauen und dabei gleichzeitig den dringenden Ausgabenbedarf für Armutsbekämpfung und Wachstum zu decken. Sie erklärten, dass diese Herausforderung schwierige Kompromisse notwendig machen könnte und dass die unterschiedlichen Länderverhältnisse einen allgemeingültigen (one-size-fits-all) Politikansatz ausschließen.

Überwachung der externen Stabilität und der Wechselkurse

Das Triennial Surveillance Review vom Oktober 2011 zeigte Fortschritte bei der Stärkung der Fondsüberwachung, aber insbesondere aus der Sicht der Mitglieder und außenstehender Nutzer auch wesentliche Lücken, einschließlich Lücken, die sich auf die Analyse der externen Stabilität bezogen. Der Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin vom April 2012 fordert, dass der IWF multilaterale Stimmigkeit in die Analyse der externen Stabilität bringt mit einem neuen Bericht über den externen Sektor, der untersucht wird, wodurch Ungleichgewichte und und einige der damit verbundenen Risiken für die externe Stabilität hervorgerufen werden. Ein wichtiger Bestandteil dieses Berichts werden voraussichtlich die Bewertungen des Außenbeitrags sein, und eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe hat damit begonnen, die Methodik für diese Bewertungen zu entwickeln (die Nachfolgegruppe der Consultative Group on Exchange Rates methodology), die sich auf Leistungsbilanzen, Wechselkurse und Nettoauslandsaktiva konzentrieren werden. Im März 2012 fand eine informelle Direktoriumssitzung zu Methodik und Verfahrensweise des Berichts über den externen Sektor statt, und im GJ 2013 wird dazu voraussichtlich eine formelle Direktoriumserörterung stattfinden.

Kapitalströme

Das Exekutivdirektorium setzte im GJ 2012 – auf der Basis der Erfahrungen mit den Ländern – seine frühere Arbeit zur Formulierung eines umfassenden, flexiblen und ausgewogenen Ansatzes zur Steuerung von Kapitalströmen fort. Frühere Arbeiten waren auf die Politiken der Empfängerländer fokussiert und behandelten

die Umstände, in denen Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen (capital flow management measures) angemessen wären.

Multilaterale Aspekte der Wirkungen von Politiken auf Kapitalströme

Im November 2011 erörterte das Exekutivdirektorium ein Papier des IWF-Stabs zu den multilateralen Aspekten der Wirkungen von Politiken auf Kapitalströme.³² Unter Bezugnahme auf die Tatsache, dass Politiken sowohl der Ursprungs- als auch der Empfängerländer eine Rolle spielen, wenn von Kapitalströmen Nutzen gezogen und gleichzeitig ihre Risiken begrenzt werden, stimmten die Exekutivdirektoren mit dem Stab darin überein, dass nationale Entscheidungsträger den multilateralen Auswirkungen ihrer Politiken mehr Aufmerksamkeit schenken sollten, einschließlich im Hinblick auf prudenzielle Regelwerke und Geldpolitik. Sie waren der einhelligen Meinung, dass verbesserte nationale prudenzielle Regelwerke allen Ländern und dem globalen System als Ganzem zugutekommen. Sie merkten an, dass die Fertigstellung und vollständige Umsetzung der derzeit in Arbeit befindlichen regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Reformen auf nationaler wie internationaler Ebene sowie die Ausarbeitung neuer makroprudenzieller Regelwerke die Gelegenheiten für Arbitrage verringern und grenzüberschreitende Risiken mindern könnten.

Die meisten Exekutivdirektoren verwiesen darauf, dass es angesichts des komplizierten Übertragungsvorgangs nur begrenzte Unterstützung für die These gibt, dass die größeren Zentralbanken die multilateralen Auswirkungen ihrer Geldpolitik proaktiv ausloten könnten. Nach Ansicht der meisten Direktoren legt das neu erwachte Interesse an Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen nahe, dass deren multilaterale Auswirkungen Aufmerksamkeit verlangen; denn Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen könnten multilateral übertragen werden, indem sie Kapitalströme in Länder mit ähnlichen Eigenschaften erhöhen oder senken. Nach Auffassung der meisten Exekutivdirektoren hat ein gemäßigter Einsatz von Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen geringe Auswirkungen auf den Risikogehalt von Kapitalströmen und die globale Stabilität insgesamt; allerdings merkten sie an, dass derartige Maßnahmen zu einer Eskalation globaler Kosten führen würden, wenn sie in zu großer Zahl oder zu stark angewendet würden.

Liberalisierung von Kapitalströmen und Steuerung der Abflüsse

In einer Sitzung des Exekutivdirektoriums im April 2012 zur Liberalisierung von Kapitalströmen und Steuerung von Abflüssen teilten die Direktoren die Beobachtungen des IWF-Stabs, dass eine vollständige Liberalisierung nicht jederzeit für alle Länder erstrebenswert sei und dass das richtige Maß an Liberalisierung in einem Land von seinen spezifischen Umständen abhängt, insbesondere dem Grad seiner institutionellen und

finanziellen Entwicklung.³³ Sie bemerkten, dass es kein Allgemeinrezept für die Liberalisierung von Kapitalströmen gibt. Sie betonten die Notwendigkeit eines umsichtigen Liberalisierungsansatzes, der die Kapazität der Institutionen und des Marktes zur Absorption der Kapitalströme und Steuerung von Risiken in einer zunehmend integrierten Finanzwelt berücksichtigt. Die meisten Exekutivdirektoren sahen in den vom Stab vorgeschlagenen Ansätzen zur Liberalisierung von Kapitalströmen und zum Einsatz von Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen, mit denen Abflüsse gesteuert werden können, eine allgemein angemessene Grundlage zur Ausarbeitung eines umfassenden institutionellen Ansatzes, der in die Politikerörterungen mit den Mitgliedsländern einfließen kann.

Die meisten Exekutivdirektoren betonten, dass den multilateralen Auswirkungen der Kapitalstromliberalisierung genaue Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Nach ihrer Beobachtung könnte eine von großen, systemrelevanten Schwellenmarktwirtschaften durchgeführte Liberalisierung erhebliche multilaterale Auswirkungen haben, einschließlich durch höhere Bruttokapitalströme, Umleitung von Kapitalströmen in andere Länder oder aus anderen Ländern, Folgen für die Finanzstabilität und höhere Wechselkursflexibilität. Viele Exekutivdirektoren betonten, dass geeignete makroökonomische, Struktur- und Finanzsektorpolitiken die erste Verteidigungslinie gegen übermäßige, volatile Kapitalabflüsse sind. Eine Anzahl anderer Direktoren wollten den Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen eine bedeutendere Rolle zuweisen, namentlich als Bestandteil des ständigen Instrumentariums, der wirksam zum Einsatz gebracht werden könnte in Fällen, in denen makroökonomische oder andere Politiken nicht ausreichen.

Die Exekutivdirektoren erkannten an, dass die während der Sitzung besprochenen Vorschläge regelmäßig geprüft werden müssten in dem Maß, wie das Verständnis der zugrundeliegenden Fragen zunimmt. Es wurde angemerkt, dass ein späteres, vom IMFC beantragtes Papier einen umfassenden, ausgewogenen und flexiblen Ansatz zur Steuerung von Kapitalflüssen auf der Basis der Erfahrungen mit den Ländern darstellen werde.

Risikobewertung und Risikosteuerung

In der Folge der Finanzkrise verschärfte der IWF seine Risikobewertungen. 2009 führte der IWF die Frühwarnübung ein – zur Identifizierung und Beurteilung von Risiken mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber potentiell starken Auswirkungen für die Weltwirtschaft – und entwickelte zudem analytische Regelwerke, die auf die Bewertung von Anfälligkeiten und aufkeimenden Risiken in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Schwellenmarktwirtschaften und einkommensschwachen Ländern zugeschnitten sind. Die Übung wird (in Zusammenarbeit mit dem FSB) in der Regel zweimal jährlich durchgeführt; nach Erörterungen im Exekutivdirektorium und mit dem FSB werden die Ergebnisse der Übung während Frühjahrstagung und Jahresversammlung leitenden Beamten vorgelegt. In engem Zusammenhang mit der

Frühwarnübung steht die Frühwarnliste (Early Warning List), eine Destillation der bei der Arbeit im Zusammenhang mit dieser Übung beobachteten wesentlichen Risiken, Anfälligkeiten und Tendenzen, die dem Exekutivdirektorium des IWF und den Mitgliedern des FSB zur Verfügung gestellt wird.

Die Anfälligkeitsübungen des IWF für fortgeschrittene und aufstrebende Volkswirtschaften (Vulnerability Exercises for Advanced Economies and Emerging Economies) sind eine kritische Komponente der breiter angelegten Forschung und Analyse, die in die quantitativen Ergebnisse der Frühwarnübung einfließt. Diese Anfälligkeitsübungen nutzen Informationen aus unterschiedlichen Modellen als Input zur Bewertung regionaler und globaler Anfälligkeiten gegenüber verschiedenen Arten von Schocks. Aufgrund ihrer länderspezifischen Eigenschaften fließen die Ergebnisse in die Frühwarnübung ein, werden aber nicht an das Exekutivdirektorium des IWF oder den FSB weitergegeben.

Die Rolle des SZR

Im Oktober 2011 erörterte das Exekutivdirektorium Kriterien zur Ausweitung des SZR-Währungskorbs, ein wesentliches Element des Arbeitsprogramms zur Bewertung des SZR und zur Reform des internationalen Währungssystems.³⁴ Die meisten Exekutivdirektoren waren der Ansicht, dass die bestehenden Kriterien für die Zusammenstellung des SZR-Währungskorbs nach wie vor angemessen seien. Sie betonten, dass der Standard für die Aufnahme in den SZR-Korb nicht herabgesetzt werden dürfe. Sie begrüßten als einen nützlichen Schritt, dass der IWF-Stab im Zusammenhang mit der regelmäßigen Überprüfung der Bewertung des SZR-Korbs Indikatoren für das Kriterium der freien Handelbarkeit³⁵ vorgelegt hat. Sie betonten, dass die Indikatoren nicht rein mechanisch eingesetzt werden sollten und dass letzten Endes die Bestimmung der freien Verwendbarkeit auf der im IWF-Übereinkommen dargelegten Definition einer frei verwendbaren Währung beruhen müsse. Eine Anzahl von Exekutivdirektoren unterstrichen auch, dass es wichtig sei zu erlauben, dass Änderungen im Währungskorb mit den Entwicklungen im internationalen Währungssystem Schritt halten können.

Die meisten Exekutivdirektoren waren der Meinung, dass ein größenbezogenes Kriterium immer noch eine wichtige Rolle für die Aufnahme in den SZR-Korb spielt. Sie räumten ein, dass die Ergänzung des bestehenden Exportkriteriums um Finanzzuflüsse zwar grundsätzlich wünschenswert sei, doch die meisten bevorzugten zum gegenwärtigen Zeitpunkt, vorbehaltlich weiterer Verbesserungen bei den Daten der „financial accounts“, die Beibehaltung von Exporten als einziges Größenkriterium.

Das Exekutivdirektorium überprüft den SZR-Korb sowie Währungs-Kandidaten für den Korb und ihre Gewichtungen alle fünf Jahre. Die nächste Überprüfung wird voraussichtlich spätestens 2015 durchgeführt.

4 KAPAZITÄTSAUFBAU FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM



KAPAZITÄTSAUFBAU FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM



UNTERSTÜTZUNG FÜR EINKOMMENSCHWACHE LÄNDER

Angesichts niedrigerer Haushaltspuffer als vor der Krise 2008 und ungewisser Aussichten auf künftige Unterstützung durch Geber blieben einkommensschwache Länder während des GJ 2012 äußerst anfällig gegenüber globalen Schocks. Der IWF arbeitete an mehreren Fronten, um einkommensschwache Länder bei der Bewältigung dieser und anderer laufender Herausforderungen zu unterstützen. Neben der konzessionären Finanzhilfe, die der Fonds im Lauf des Jahres einkommensschwachen Ländern gewährte, und den zusätzlichen konzessionären Mitteln, die er durch die Windfall-Profitte aus dem Goldverkauf sichern konnte (siehe Kapitel 3), sowie neuen Kreditvereinbarungen, die zur Unterstützung der Finanzhilfe für einkommensschwache Länder unterzeichnet wurden (siehe Kapitel 5), griff das Exekutivdirektorium im Lauf des Jahres eine Reihe von Themen auf, die vor allem einkommensschwache Länder betreffen. Schuldenfragen wurden anlässlich der Direktoriumsüberprüfungen der HIPC-Initiative und MDRI und des „IMF-World Bank debt sustainability framework for low-income countries“ (von IWF und Weltbank aufgestelltes Regelwerk zur Schulden Tragfähigkeit für einkommensschwache Länder) erörtert. Des Weiteren untersuchte das Direktorium Wege zum Managen von globalen Wachstumsrisiken und Rohstoffpreisschocks in diesen Ländern.

Die Initiativen für Heavily Indebted Poor Countries und Multilateral Debt Relief

Der umfassende, von IWF und Weltbank gemeinsam betriebene Ansatz zum Schuldenabbau soll sicherstellen, dass kein armes Land an einer Schuldenlast zu tragen hat, die es nicht bewältigen kann. Die beiden Organisationen riefen dazu 1996 die Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC – Initiative für hochverschuldete arme Länder) ins Leben. Seither arbeitet die internationale Finanzgemeinschaft, darunter multilaterale Organisationen und Regierungen, gemeinsam am Abbau der Auslandsschulden der am stärksten verschuldeten armen Länder auf ein tragfähiges Niveau.

Die Hilfe aus der HIPC-Initiative ist an die Erfüllung bestimmter Kriterien geknüpft: Das Land muss (1) zur Finanzhilfe aus dem PRGT (siehe Kapitel 3) berechtigt sein, (2) eine nicht mehr tragfähige Schuldenlast aufweisen, die mit herkömmlichen Entschuldungsmechanismen nicht behoben werden kann, (3) einen Leistungsnachweis zu Reformen und solider Politik im Rahmen eines fondsgestützten Programms erbringen und (4) in einem breit gefassten, partizipatorischen Prozess eine Strategie zur Armutsbekämpfung ausgearbeitet haben. Wenn ein Land alle Anforderungskriterien sowie bestimmte Bedingungen erfüllt, entscheiden die Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank

förmlich über die Berechtigung des Landes auf Schuldenerleichterung, und die internationale Gemeinschaft setzt sich für einen Abbau der Schulden auf ein als tragfähig erachtetes Niveau ein. Diese erste Stufe in der HIPC-Initiative wird „decision point“ (Entscheidungszeitpunkt) genannt. Sobald ein Land seinen Entscheidungszeitpunkt erreicht, kann es erste überbrückende Hilfeleistungen für seinen fälligen Schuldendienst bekommen.

Um den im Rahmen der HIPC-Initiative zur Verfügung stehenden vollen und unwiderruflichen Schuldenabbau zu erhalten, muss ein Land zusätzliche Kriterien erfüllen: Es muss (1) gute Leistungen in einem fondsgestützten Programm erbringen, (2) wichtige, zum Entscheidungszeitpunkt vereinbarte Reformen zufriedenstellend umsetzen sowie (3) ein Poverty Reduction Strategy Paper (Strategiedokument zur Armutsbekämpfung) übernehmen und dessen Strategie mindestens ein Jahr lang umsetzen. Sobald ein Land alle diese Kriterien erfüllt hat, kann es seinen „completion point“ (Abschlusszeitpunkt) erreichen, zu dem es die vollständige, zum Entscheidungszeitpunkt zugesicherte Schuldenerleichterung bekommen kann.

Mit Stand vom 30. April 2012 hatten 36 der 39 Länder, die zur Unterstützung im Rahmen der HIPC-Initiative berechtigt oder potenziell berechtigt sind, ihren jeweiligen Entscheidungszeitpunkt erreicht; 32 Länder unter ihnen waren an ihrem Abschlusszeitpunkt angelangt. Insgesamt wurden im Rahmen des Poverty Reduction and Growth–Heavily Indebted Poor Countries Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum und für hoch verschuldete arme Länder)³⁶ 2,5 Mrd. SZR nach der HIPC-Initiative für diese 36 Länder bereitgestellt, von denen 30 in Afrika liegen.

2005 wurde die HIPC-Initiative durch die Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI – Multilaterale Entschuldungsinitiative) ergänzt, um die Fortschritte in Bezug auf die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen weiter voranzubringen. Die MDRI gewährt 100-prozentige Schuldenerleichterung auf berechnete Schulden von drei multilateralen Institutionen – IWF, Weltbank und African Development Fund (Afrikanischer Entwicklungsfonds) – für Länder mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 380 US\$ sowie mit Ende 2004 ausstehenden Schulden gegenüber dem IWF, die zu Hilfe aus dem PRGT berechtigt sind; Länder, die Anrecht oder potenzielles Anrecht auf Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative haben, müssen zudem den HIPC-Abschlusszeitpunkt erreicht haben. 2007 beschloss die Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank) ebenfalls, den fünf hoch verschuldeten armen Ländern in der Westlichen Hemisphäre weitere Schuldenerleichterung zu gewähren. Alle Länder, die den Abschlusszeitpunkt unter der HIPC-Initiative erreichen, und Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 380 US\$ und ausstehenden Schulden gegenüber dem IWF Ende 2004 kommen für Schuldenerleichterung durch den IWF im Rahmen der MDRI infrage. Das Exekutivdirektorium verlangt

zudem, dass die Länder ihre Verpflichtungen gegenüber dem IWF pünktlich einhalten und zufriedenstellende Leistungen in der makroökonomischen Politik, bei der Umsetzung einer Armutsbekämpfungsstrategie und dem Management der Staatsausgaben vorweisen, um sich für die MDRI zu qualifizieren.

Die Schuldenerleichterung nach der MDRI deckt den gesamten Schuldenstand gegenüber dem IWF von Ende 2004, der zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Land für die Hilfe qualifiziert, noch aussteht. Für die Erleichterung von Schulden aus Auszahlungen, die nach dem 1. Januar 2005 stattfanden, gibt es keinen Mechanismus. Insgesamt stellte der IWF unter der MDRI Schuldenerleichterung in Höhe von 2,3 Mrd. SZR bereit, einschließlich Schuldenerleichterung für zwei Länder, die nicht unter HIPC fallen. Obwohl Afghanistan, Haiti und Togo den Abschlusszeitpunkt unter der HIPC-Initiative erreicht haben, hatten diese Länder keine MDRI-berechtigten Schulden beim IWF und haben deshalb im Rahmen dieser Initiative keine Schuldenerleichterung vom IWF bekommen.³⁷

Vorschläge für die Zukunft von HIPC-Initiative und MDRI

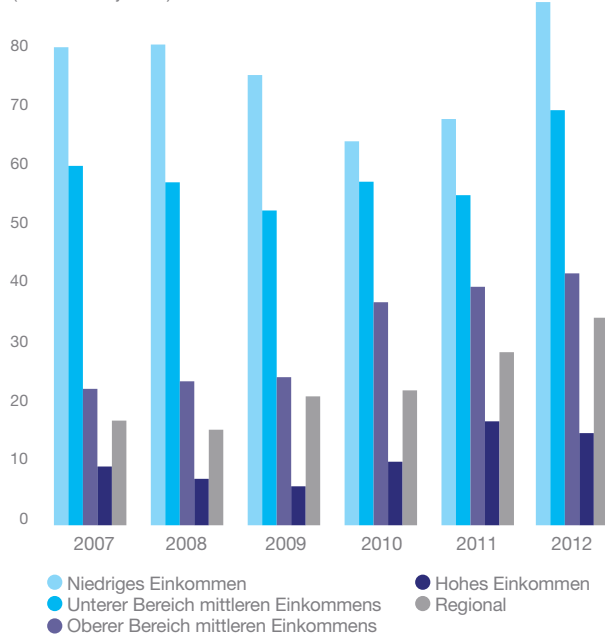
Im November 2011 erörterte das Exekutivdirektorium den Umsetzungsstatus von HIPC-Initiative und MDRI sowie Vorschläge für deren künftige Entwicklung.³⁸ Die Exekutivdirektoren befanden, dass die Ziele der Initiativen im Großen und Ganzen erreicht wurden. Sie stellten fest, dass die meisten HIPC-Länder sich für Schuldenerleichterung qualifiziert und den Abschlusszeitpunkt erreicht hatten. Dennoch, so die Direktoren, standen viele dieser Länder auf ihrem Weg zu den Millennium-Entwicklungszielen weiteren Herausforderungen gegenüber, und in einigen Ländern bestand immer noch eine hohe Überschuldungsgefahr.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass für eine vollständige Umsetzung der Initiativen einigen Fragen fortgesetzte Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Es seien nachhaltige Anstrengungen notwendig, um die verbleibenden sieben Länder,³⁹ insbesondere diejenigen, die den Entscheidungszeitpunkt noch nicht erreicht haben, an den Abschlusszeitpunkt heranzuführen. Die volle Beteiligung aller Kreditgeber – insbesondere eine Anzahl kleinerer, multilateraler Kreditgeber, bilaterale Kreditgeber, die nicht dem Pariser Club angehören, sowie private Kreditgeber – musste noch gewonnen werden. Die Einschränkung der Häufigkeit und Auswirkungen von Klagen kommerzieller Kreditgeber gegen HIPC-Länder war nach wie vor wichtig. Schließlich müssen weitere Mittel mobilisiert werden, um ausreichende Schuldenerleichterung für alle verbleibenden HIPC-Länder zu erwirken, auch für jene, die hartnäckige Rückstände gegenüber internationalen Finanzinstitutionen aufweisen.

Die Exekutivdirektoren unterstützten einen Vorschlag zur Verschlinkung der Fortschrittsberichte unter der HIPC-Initiative und MDRI. Die meisten von ihnen kamen überein, dass der

Schaubild 4.1**Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2007 – 2012 nach Einkommensgruppen**

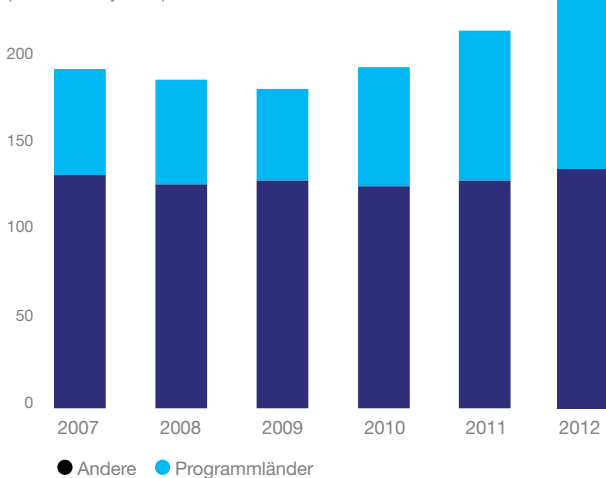
(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.2**Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2007 – 2012 nach Länderstatus**

(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Hinweis: Die Daten schließen die vom IWF-Institut gewährte Ausbildung nicht ein.

jährliche Bericht über den Stand der Implementierung abgeschafft werden solle. Die meisten Exekutivdirektoren waren der Meinung, dass die wichtigsten Informationen – Ausgaben für Schuldendienst und Armutsbekämpfung, Kosten für Schuldenerleichterung, Beteiligungsquoten der Gläubiger und Klagen gegen HIPC-Länder – weiterhin auf den Websites von IWF und Weltbank zur Verfügung gestellt und regelmäßig aktualisiert werden sollten.

Die Exekutivdirektoren begrüßten einen Vorschlag zur intensiveren Überwachung und Berichterstattung zur Schuldsituation in allen einkommensschwachen Ländern, einschließlich HIPC-Ländern, im Rahmen eines regelmäßig verfassten Berichts, der die jährlichen Analysen zur Schuldentragfähigkeit sowie andere relevante Informationen heranzieht. Sie hielten dies für wichtig angesichts der beträchtlichen Anzahl von einkommensschwachen Ländern mit Ratings, die notleidende Kredite und hohe Überschuldung anzeigen, und des zunehmenden Einsatzes nichtkonzessionärer Darlehen in einer Anzahl dieser Länder. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit weiterer konzessionärer Mittelvergabe, um die Entwicklungspläne der Länder zu unterstützen.

Die Exekutivdirektoren kamen überein, die Schuldsituation zum Jahresende 2010 als weiteres Kriterium für das Anrecht auf Unterstützung im Rahmen der HIPC-Initiative aufzunehmen und auf der Basis dieses Kriteriums die Liste der berechtigten und potenziell berechtigten Länder weiter einzuzugrenzen. Die meisten Exekutivdirektoren unterstützten diesen Vorschlag in dem Gedanken, dass diese kleine Änderung Moral Hazard reduzieren und einen besseren Abschluss für die HIPC-Initiative bringen würde. Die Exekutivdirektoren stimmten im Allgemeinen dem Vorschlag zu, Rücküberweisungen nicht in die Beurteilung der Rückzahlungsfähigkeit der HIPC-Länder einzuschließen. Sie merkten an, dass eine derartige Änderung möglicherweise Länder, die nach den gegenwärtigen Regeln anspruchsberechtigt sind, disqualifizieren könnte oder den Unterstützungsbetrag für künftige HIPC-Länder im Vergleich zu dem, was HIPC-Länder mit früherem Abschlusszeitpunkt erhalten haben, verringern könnte.

Überprüfung des Joint IMF–World Bank Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries

Im Februar 2012 wurde das Joint IMF–World Bank Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries⁴⁰ überprüft. Die Exekutivdirektoren bemerkten, dass die bisherige Erfahrung mit dem Regelwerk den Eindruck vermittelt habe, dass es relativ gut funktioniert und seine Hauptziele erreicht hätte. Sie waren dennoch der Meinung, dass einige geringfügige Verbesserungen angesichts der sich ändernden Umstände in einkommensschwachen Ländern notwendig seien, um die Stärke und Relevanz des Regelwerks auch in Zukunft zu gewährleisten.

Die meisten Exekutivdirektoren waren der Meinung, dass die indikativen politikabhängigen Schwellenwerte, die das Regelwerk einsetzt, im Großen und Ganzen immer noch gültig sind. Die Exekutivdirektoren betonten, dass bei der Betrachtung von Fällen, in denen Rücküberweisungen mit einbezogen werden sollten, und bei der allgemeineren Begutachtung von Verstößen gegen Auslandsverschuldungsgrenzen Urteilsvermögen nötig sei. Sie unterstützten einen Vorschlag, alle anderen Schwellenwerte auf

ihrem damals aktuellen Niveau zu belassen, und empfahlen, dass Änderungen am Regelwerk den Länderbehörden erläutert und der Bevölkerung sorgfältig mitgeteilt werden müssten.

Mit Verweis auf die wachsende Rolle der Inlandsschulden einiger einkommensschwachen Länder hielten die Exekutivdirektoren im Allgemeinen eine intensivere Analyse der gesamten Staatsverschuldung und fiskalischer Anfälligkeiten, so auch aus Eventualverbindlichkeiten, für angezeigt. Die meisten Exekutivdirektoren befürworteten vorgeschlagene Richtwerte für die gesamte Staatsverschuldung, um besser entscheiden zu können, wann tiefgreifende Analysen vorgenommen werden sollten, einschließlich in Gesprächen mit den Länderbehörden, sie warnten aber gleichzeitig vor einem rein mechanischen Einsatz solcher Richtwerte. Die Exekutivdirektoren waren sich einig darüber, dass landesspezifische Informationen bei der Bewertung von Überschuldungsrisiken systematischer berücksichtigt werden sollten, und sprachen sich diesbezüglich allgemein für mehr Konsistenz in der Beurteilung aus. Sie begrüßten einen Plan zur Entwicklung klarerer Anleitungen für den Stab und begrüßten Analysearbeiten zu Alternativansätzen, die die gegenwärtige Methodik ergänzen könnten.

Die Exekutivdirektoren begrüßten im Allgemeinen die Bestrebungen das Analyse-Template zur Schuldentragfähigkeit zu vereinfachen, wodurch die Länderbehörden in die Lage versetzt würden, ihre eigenen Schuldentragfähigkeitsanalysen einfacher durchführen zu können, wobei sie ihre Kapazitäten schrittweise aufbauen und den Politikdialog zu Schuldenfragen vertiefen würden. Sie unterstützten zudem einen Vorschlag, alle drei Jahre vollständige gemeinsame Schuldentragfähigkeitsanalysen durchzuführen, mit kleineren Aktualisierungen in den Zwischenjahren, dabei aber gleichzeitig die Flexibilität zu bewahren, vollständige Analysen zu erstellen, wenn die Umstände dies erforderten, einschließlich solcher Situationen, die einen Antrag auf Fondsmittel veranlassen.

KAPAZITÄTSAUFBAU IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN

Der Kapazitätsaufbau setzt sich aus technischer Hilfe und Ausbildung zusammen und ist neben Überwachung und Finanzierung eines der drei Kerngebiete des Fonds. Er unterstützt die strategischen Prioritäten des Fonds, indem er die Kapazitäten der Mitglieder in den Bereichen Fiskalisches, Recht, Geld- und Finanzmärkte sowie Statistik stärkt.

Nachdem das Exekutivdirektorium im November 2011 einen Bericht der Task Force on the Fund's Technical Assistance Strategy (Arbeitsgruppe zur Strategie des Fonds zur technischen Hilfe) erörterte, gab der IWF Anfang 2012 bekannt, dass er zwei bestehende Organisationseinheiten des Fonds – das IMF Institute und das Office of Technical Assistance Management – zu einer neuen Abteilung zusammenlegen wolle, deren Fokus auf der

Unterstützung der Mitgliedsländer beim Kapazitätsaufbau und bei der Entwicklung ihrer maßgeblichen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen liegen würde. Das neue Institute for Capacity Development nahm Anfang des GJ 2013 seine Arbeit auf. Es wird dazu beitragen, die Strategie des Fonds zum Kapazitätsaufbau weiter abzustimmen und zu aktualisieren, und es wird dem Direktorium regelmäßig Überprüfungsberichte vorlegen, Partnerschaften zu Gebern und anderen wichtigen Stakeholdern vertiefen, Synergien zwischen regionalen Ausbildungszentren und regionalen Zentren für Technical Assistance erkunden und nutzen, eine Ausbildung entwickeln und anbieten, die den Bedürfnissen der Mitgliedsländer und des IWF-Stabs Rechnung trägt, vermehrt innovative Ausbildungsmethoden einsetzen sowie eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Technical Assistance

Die Nachfrage nach Technical Assistance durch den IWF war auch im GJ 2012 wieder hoch, und dank Geberbeiträgen konnte der IWF rund 17 Prozent mehr TA vor Ort als im GJ 2011 anbieten und die meisten seiner Mitglieder bedienen. Mehr als 60 Prozent der TA ging in diesem Jahr an Länder mit niedrigem Einkommen und an Länder im unteren Bereich mittleren Einkommens (siehe Schaubild 4.1), aber die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise führten auch zu mehr Nachfrage in Ländern im oberen Bereich mittleren Einkommens. Länder mit IWF-gestützten Programmen erfuhren ebenfalls höheren Bedarf an TA (siehe Schaubild 4.2), und die TA für fragile Staaten stieg erheblich an und machte fast 20 Prozent der gesamten TA des IWF aus.

Obwohl die Bereitstellung der TA in allen Bereichen anstieg, war die Nachfrage im Zusammenhang mit fiskalischen Themen besonders hoch, entfiel darauf doch mehr als die Hälfte der TA im GJ 2012 (siehe Schaubilder 4.3 und 4.4). Afrika war mit rund 40 Prozent weiterhin die größte Empfängerregion von IWF-TA.

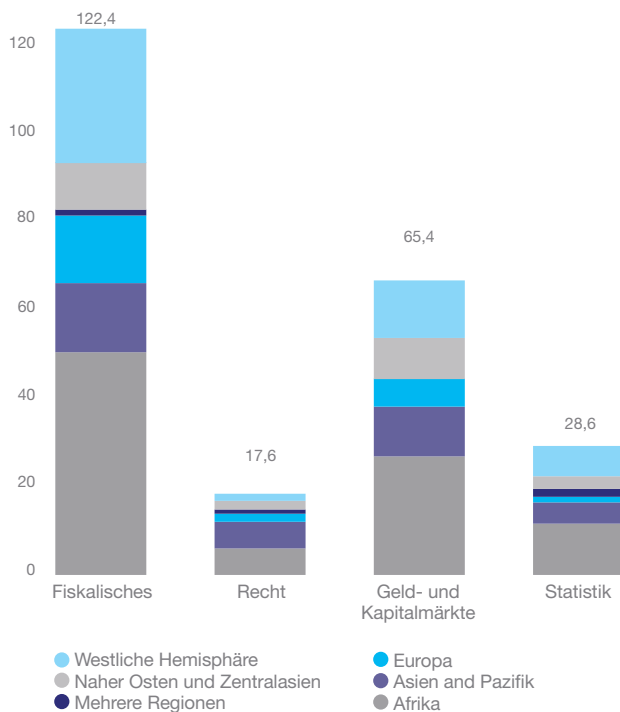
Beratung im Zusammenhang mit TA

Im GJ 2012 reagierte die TA im fiskalischen Bereich auf neue, krisenbezogene Nachfrage bei gleichzeitiger Unterstützung laufender Reformen, die Krisenländern bei der Umsetzung ihrer Anpassungsprogramme helfen sollen. Die TA des Fonds unterstützte zudem die Umwandlung fiskalischer Regelungen und Institutionen, insbesondere in Reaktion auf die anhaltenden Wirtschaftsprobleme in Europa und die geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten, während die Nachfrage nach TA zu herkömmlichen Fiskalfragen konstant blieb.

Bei der fiskalischen TA in herkömmlichen Bereichen war die Nachfrage nach steuerpolitischer Beratung besonders hoch, insbesondere zu Steuerregelungen in Bezug auf natürliche Ressourcen und Steuerlückenanalyse. Im Rahmen eines Diagnose-Instrumentariums zu öffentlichen Einnahmen, das der Fonds

Schaubild 4.3**Bereitstellung von Technical Assistance im GJ 2012 nach Fächern und Regionen**

(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

derzeit entwickelt, wurde als eines der Elemente ein Instrument für fiskalische Informationen zu öffentlichen Einnahmen eingeführt. Das Instrument ist darauf ausgelegt, die Festlegung von Richtwerten für öffentliche Einnahmen für 100 Länder, hauptsächlich solche mit niedrigem Einkommen und solche im unteren Bereich mittleren Einkommens, zu unterstützen. Ein weiteres Element der Instrumentariums, die Lückenanalyse, wurde während des Jahres zur Analyse von Mehrwertsteuerlücken in Mitgliedsländern eingesetzt. Es gab ebenfalls hohe Nachfrage nach Unterstützung bei der Rationalisierung von Regierungsausgaben, bei der Stärkung von Rentensystemen, beim Aufbau mittelfristiger fiskalischer Regelwerke, die Haushaltsvollzug und Ausgabenkontrollen straffen und Geld- und Schuldenmanagement verbessern sollen, sowie bei der Stärkung von Steuer- und Zollverwaltungen.

In den Bereichen der Geld- und Finanzpolitik erzeugte die Krise ebenfalls neue Nachfrage nach TA, einschließlich von fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Maßgebliche TA-Einsätze konzentrierten sich auf die Entwicklung von regulatorischer Reform, auf Einlagensicherungs-Mechanismen, makroprudenzielle Politikregelwerke, systemisches Liquiditätsmanagement, Krisenbeilegung und Ausstiegsstrategien sowie die Steuerung der Bilanzrisiken auf dem öffentlichen Sektor.

Das traditionelle Kerngebiet der TA für die Geld- und Finanzsektoren bestand in der Beratung der Zentralbanken zu Geldoperationen und Geldpolitik sowie in der Entwicklung von Finanzaufsicht und -regulierung. So bildeten insbesondere die Stärkung der Kapazitäten und Regelwerke der Bankenaufsicht das Fundament der TA-Arbeit in zwei mehrjährigen Regionalprojekten und in mehr als 20 einzelnen Länderprojekten. Ein beträchtlicher Teil der TA wurde zudem für die Verbesserung von Regelwerken zur Finanzstabilität bereitgestellt, insbesondere in Afrika.

Die TA zu rechtlichen Fragen konzentrierte sich auf die Bereiche AML/CFT, Finanzsektor und Bankwesen sowie Besteuerung. Die Nachfrage nach TA zu AML/CFT, die in erster Linie über den entsprechenden thematischen Treuhandfonds bereitgestellt wird, überstieg die Personalressourcen im vierten Jahr in Folge. Die Finanzsektor-TA konzentrierte sich auf Fragen der Gesetzgebung zum Zentralbankwesen, auf Bankenregulierung und -aufsicht, Zahlungssysteme, Regulierung der Märkte für Derivate sowie Devisenfragen. Die Haushaltssektor-TA konzentrierte sich auf die Themen Haushaltsgesetze und einen breiten Fragenbereich zu Steuern und Steuerverfahren in verschiedenen Ländern.

Im GJ 2012 wurde die Unterstützung der Länder zur Erstellung und Verbreitung von makroökonomischen und Finanzstatistiken fortgesetzt. Es wurden drei neue Projekte, die vom Japan Administered Account for Selected IMF Activities (Konto unter japanischer Verwaltung für ausgewählte IWF-Tätigkeiten) finanziert werden, auf den Weg gebracht; sie dienen der verbesserten Erstellung von Realsektorstatistiken in neun osteuropäischen Ländern, der verbesserten Erstellung von Regierungsfinanzstatistiken in Asien und im Pazifikraum und unterstützen interessierte Länder bei der Verbesserung ihrer Praktiken zur Datenverbreitung und Teilnahme am General Data Dissemination System (Allgemeines Datenweitergabesystem) des IWF. Die Fortschritte an einem Projekt, das vom Department for International Development des Vereinigten Königreichs gesponsert wird, gingen ebenfalls weiter; hierbei geht es um die Förderung besserer Wirtschaftsdaten in Afrika, wobei drei afrikanische Länder Ende 2011 der Öffentlichkeit erstmals Quartalsdaten zum BIP bereitstellten. Die TA im Rahmen dieses Projekts war auch entscheidend für die Teilnahme von Mauritius am Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard) des IWF (siehe „Die Datenweitergabestandards des IWF“, weiter unten in diesem Kapitel). In der Zwischenzeit wurden am Singapore Training Institute zwei neue Kurse zum Thema Statistik eingeführt, die das Verständnis der Mitgliedsländer über finanzielle Verflechtungen vertiefen sollen.

Mittelbeschaffung zur Unterstützung der IWF-TA

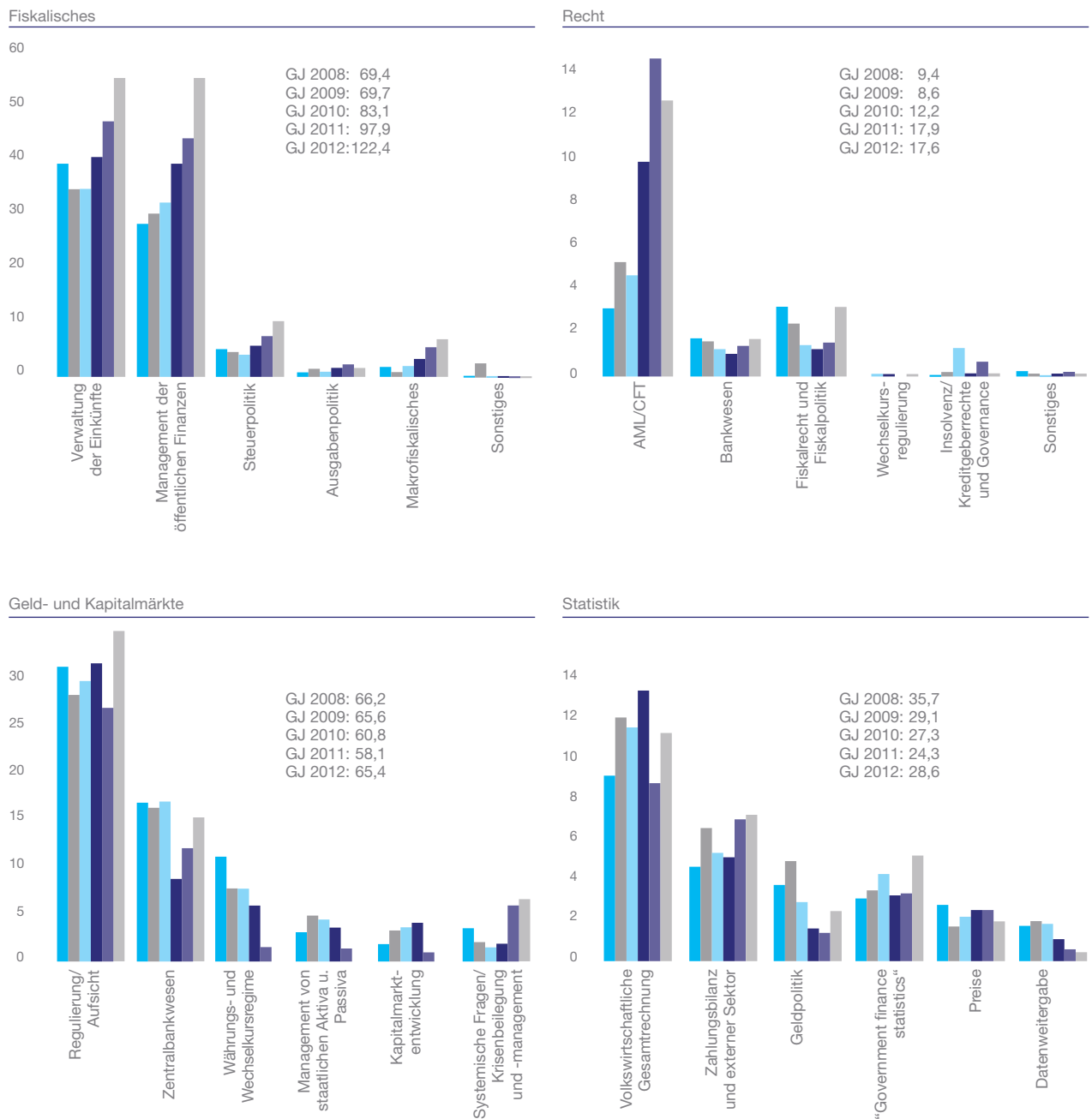
Geberbeiträge erlaubten es dem IWF effizient auf die steigende Nachfrage nach TA zu reagieren in einer Zeit, zu der seine eigenen Mittel eingeschränkt waren (siehe Schaubild 4.5). Im

Schaubild 4.4

Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2008 – 2012 nach Fächern und Thematik

(In Personenjahren)

● GJ 2007 ● GJ 2008 ● GJ 2009 ● GJ 2010 ● GJ 2011 ● GJ 2012



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Hinweis: AML/CFT: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.



Links Die Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Nemat Shafik spricht am Treffen der Donor Consultative Group bei der Frühjahrstagung 2012 in Washington, D.C. **Rechts** Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Min Zhu (links) und die Direktorin der Afrika-Abteilung Antoinette Sayeh (Mitte links) weihen gemeinsam mit dem Governor der Bank of Mauritius Rundheersing Bheenick (Mitte rechts) sowie Vize-Premierminister und Minister für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung Xavier-Luc Duval (rechts, das Band durchtrennend) das AFRITAC South in der Bank of Mauritius ein.

GJ 2012 überstieg die extern finanzierte TA 107 Mio. US\$ (74 Mio. US\$ im GJ 2011) und bestritt damit rund 40 Prozent des IWF-Erats für Kapazitätsentwicklung und mehr als 70 Prozent für die Hilfe vor Ort. Die Anzahl der Geber, einschließlich Empfängerländern, die zu den regionalen Zentren für Technical Assistance beitragen, stieg von 50 im GJ 2008 auf über 75 im GJ 2012. Die größten Geber für Maßnahmen der TA mit Zusagen von etwa 30 Mio. US\$ oder mehr über einen Zeitraum von fünf Jahren sind Japan, das Vereinigte Königreich, Kanada, die Europäische Union, die Schweiz und Australien.

Bilaterale Partnerschaften

In bilateralen Partnerschaften finanzieren Geber landesspezifische oder Mehrländerprojekte. Als größter Geber für die IWF-TA steuerte Japan in den GJ 1990-2012 annähernd 46 Prozent der

externen Finanzierung bei (siehe Kasten 4.1). Im GJ 2012 wurde die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Rahmen bilateraler Vereinbarungen intensiver, wie auch die strategische Partnerschaft im Allgemeinen. Inzwischen arbeitet der IWF weiterhin eng mit anderen langjährigen Partnern zusammen, wie Norwegen, die Niederlande, Frankreich, Belgien und Neuseeland, die in schwierigen Zeiten fortführen die IWF-TA trotz angespannter Haushaltslage zu unterstützen. Der IWF arbeitet auch an der Vertiefung der Beziehungen zu Gebern wie Korea und am Aufbau von Partnerschaften mit neuen Gebern wie China.

Hebelung der Gebermittel

Zwei wichtige Initiativen – „regional technical assistance centers“ (RTAC – regionales Zentrum für Technical Assistance) und „topical trust funds“ (TTF – thematischer Treuhandfonds) – haben

Kasten 4.1

Japans Beitrag zur Technical Assistance des IWF

Japan ist seit 1990 der führende Partner des IWF bei der Finanzierung des IWF-Programms der Technical Assistance (TA) und der größte einzelne Geber zu den TA- und Ausbildungsmaßnahmen des IWF. Die Beiträge Japans in den GJ 1990-2012 belaufen sich auf rund 433,5 Mio. US\$, davon 30,8 Mio. US\$ allein im GJ 2012, einschließlich 22,9 Mio. US\$ für Programme und Projekte im Rahmen der TA, 2,7 Mio. US\$ für die Tätigkeit des Regionalbüros Asien und Pazifik und 5,2 Mio. US\$ für zwei Stipendienprogramme. Das Japan Subaccount unter dem Framework Administered Account for Selected Fund Activities (Rahmen-Verwaltungs-Konto für ausgewählte Fondsaktivitäten) ist das gegenwärtige Vehikel für die Beiträge Japans.

In Anbetracht der Tatsache, dass Kapazitätsaufbau Zeit braucht, beschloss Japan im GJ 2010, den herkömmlichen Projektansatz durch einen Programmansatz zu ersetzen. Infolgedessen überspannen die Programme, die durch das Japan Sub Account finanziert werden, jetzt in der Regel drei Jahre und decken gewöhnlich mehrere Länder und TA-Themen ab. Mit Stand vom Ende des GJ 2012 wurden achtzehn laufende Programme finanziert – mit einem Gesamtbudget von 55,3 Mio. US\$ – in der Erwartung, dass die Ergebnisse für die Empfänger bedeutender und dauerhafter sein werden.

es dem IWF in den letzten Jahren möglich gemacht, die Mittel mehrerer Geber zusammenzulegen, um seine Fachkenntnis näher an die Nutzer zu bringen, durch die RTACs, und Spezialgebiete zu behandeln, durch die TTFs.

Die RTACs gestatten dem IWF, die TA auf den spezifischen Bedarf einer Region zuzuschneiden, die Koordination mit anderen Hilfsorganisationen zu vertiefen und schneller zu reagieren, wenn neue Bedürfnisse entstehen. Heute gibt es acht RTACs, von denen die Hälfte in Afrika liegt, während sich die restlichen Zentren auf die Karibik, Mittelamerika, den Pazifikraum und den Nahen Osten verteilen.

Dank der starken Unterstützung durch Geber haben die RTACs in den bedienten Regionen sehr viel erreicht. Das East Africa Regional Technical Assistance Center (East AFRITAC – Regionales Zentrum für Technical Assistance in Ostafrika) wurde als erstes Zentrum seiner Art in Afrika eingerichtet und feierte im GJ 2012 sein zehnjähriges Bestehen. Der IWF konnte im GJ 2012 auch sein Netz von RTACs ausdehnen. Im Juni 2011 öffnete das AFRITAC South in Mauritius seine Pforten; es bedient Länder im südlichen Afrika bei anfänglicher Unterstützung von der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank), Australien, Brasilien, Kanada, dem Vereinigten Königreich, der Europäischen Investitionsbank (European Investment Bank), der Europäischen Union, Mauritius als Gastgeberland und einigen Empfängerländern. Ein weiteres RTAC (AFRITAC West 2) wird voraussichtlich 2013 in Westafrika eröffnet, um die nicht französischsprachigen Länder in der Region zu bedienen; damit wird die Abdeckung von Afrika südlich der Sahara mit RTACs abgeschlossen sein. Es sind Initiativen zur Mittelbeschaffung im Gange, um die fortlaufende Tätigkeit der gegenwärtigen RTACs in Reaktion auf die erhöhte Nachfrage nach TA zu unterstützen.

Die drei bestehenden TTFs ergänzen die RTACs, indem sie die spezielle Expertise des IWF einsetzen, um den Mitgliedern bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, bei der Verbesserung von Steuerpolitik und -verwaltung und bei der Besteuerung und dem Management des Reichtums an natürlichen Ressourcen zu helfen. Der erste TTF für AML/CFT nahm seine Arbeit im Mai 2009 auf und bietet Unterstützung zur Verbesserung der AML/CFT-Regelungen der Mitglieder. Die Rechtsabteilung des IWF stellt die meiste Technical Assistance für AML/CFT bereit, und die führenden Geber für diesen Treuhandfonds sind die Schweiz, Norwegen, Kanada und das Vereinigte Königreich. Eine vor kurzem durchgeführte externe Evaluierung kam zu dem Schluss, dass das Management des thematischen Treuhandfonds für AML/CFT in kurzer Zeit viel erreicht habe, da die Ergebnisse bei weitem über das hinausgehen, was man nach nur zweieinhalb Jahren Laufzeit des Programms hätte erwarten können. Die Empfehlungen enthielten Vorschläge zur Ausgestaltung von Projekten und Programmen sowie zu Management und Überwachung, einschließlich Informationsmanagementsystemen und ergebnisbasierten Managements.

Der zweite und dritte TTF stellen Technical Assistance zur Verwaltung der Steuerpolitik und zum Management des Reichtums an natürlichen Ressourcen bereit. Der erstere, der im Mai 2011 aktiv wurde, bedient hauptsächlich Länder mit niedrigem Einkommen und Einkommen im unteren bis mittlerem Bereich mit dem Ziel, die inländischen Ressourcen zu mobilisieren, um die Entwicklung zu unterstützen und die Abhängigkeit von externer Hilfe zu reduzieren. Der letztere, der auch im Mai 2011 startete, richtet sich an 51 Länder, die beträchtliche bekannte oder voraussichtliche Kohlenwasserstoff- und Mineralressourcen haben. Viele Geber unterstützen beide TTFs; die wichtigsten Geber sind Australien, Belgien, Deutschland, die Europäische Union, Kuwait, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Oman und die Schweiz.

Der IWF bemüht sich darüber hinaus um die Beschaffung von Mitteln für drei weitere geplante Treuhandfonds: jene für den Süd-Sudan, für nachhaltige Schuldenstrategie und für Ausbildung in Afrika.

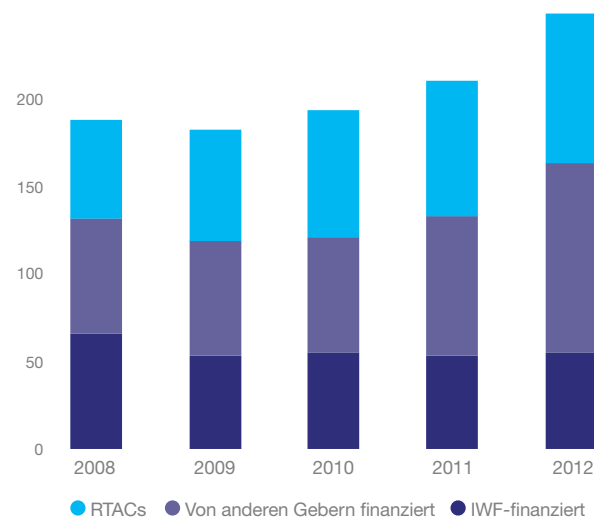
Treffen der Donor Consultative Group

In Reaktion auf das starke Interesse aufseiten der Geber an verstärkter Koordination und strategischer Beratung veranstaltete der IWF während der Frühjahrstagung 2012 das erste Treffen der Donor Consultative Group (Beratungsgruppe der Geber). Zu den Teilnehmern zählten rund 50 Vertreter von knapp 30 derzeitigen und potenziellen Gebervertretungen und anderen Entwicklungspartnern. Im Mittelpunkt des Treffens standen die IWF-Strategie zur Kapazitätsentwicklung, regionale Prioritäten

Schaubild 4.5

Bereitstellung von Technical Assistance in den GJ 2008 – 2012 nach Finanzierungsquelle

(In Personenjahren)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Hinweis: Daten enthalten nicht die vom IWF-Institut bereitgestellte Ausbildung.

Tabelle 4.1**Ausbildungsprogramm des IWF-Instituts,
GJ 2008 – 2012**

	2008	2009	2010	2011	2012
HAUPTSITZ					
Kurswochen	78	54	58	50	60
Teilnehmerwochen	2813	1974	1992	1861	2271
REGIONALE AUSBILDUNGSZENTREN					
Kurswochen	172	158	163	178	195
Teilnehmerwochen	5280	4737	5067	5329	5819
ÜBERSEE					
Kurswochen	35	42	36	36	46
Teilnehmerwochen	1071	1211	1012	1012	1239
FERNLEHRGÄNGE					
Kurswochen	18	16	18	21	18
Teilnehmerwochen	675	570	646	796	601
INSGESAMT					
Kurswochen	303	270	275	284	319
Teilnehmerwochen	9838	8491	8717	9003	9930

Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

in Afrika und im Nahen Osten, Leistungsmessung, der geplante Treuhandfonds des IWF zu Schuldenstrategien und Maßnahmen zur Mittelbeschaffung. Die Vertreter der Geber begrüßten die jüngsten Fortschritte des IWF bei der Einführung eines ergebnisbasierten Regelwerks zur Planung und Überwachung der Wirksamkeit von Initiativen zum Kapazitätsaufbau. Unter den Teilnehmern herrschte Einvernehmen darüber, dass Geber und der IWF mindestens alle zwei Jahre, möglicherweise sogar jährlich zu einer Erörterung von Strategiefragen zusammenkommen sollten.

Befragung der Geber

Der Stab des IWF führte im September 2011 eine Befragung der Geber durch. Die Geber bewerteten die IWF-TA als im Allgemeinen effektiv und hochwertig, und die Mehrzahl der Geber stellte den Fachleuten der IWF-TA ein besseres Zeugnis aus als anderen Anbietern. Sie sahen jedoch auch Raum, die Nachfassaktionen zur TA zu verbessern, mit anderen Anbietern mehr zusammenzuarbeiten, sich mehr an Ergebnissen zu orientieren und die Sichtbarkeit der Geber gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Wirksamkeit und Sichtbarkeit der TA verbessern**Überprüfung der TA-Strategie des Fonds**

Im November 2011 überprüfte das Exekutivdirektorium die TA-Strategie des Fonds. Es wurde ein IWF-Stabspapier vorgelegt, das ein Modell „FINE“ vorschlug: Die TA muss auf das zentrale

Makromandat des Fonds fokussiert sein (*focused*), mit Überwachung und Programmaufgaben des IWF integriert werden (*integrated*), schnell reagieren können (*nimble*), da die globale Krise die Wichtigkeit einer schnellen Reaktion klar herausgestellt hat, und wirksam sein (*effective*), indem sie ergebnisorientierte, an neuesten Erkenntnissen ausgerichtete Beratung bietet, die die sich entwickelnden Bedürfnisse der Mitgliedsländer erfüllt. Es wurden auch eine Anzahl von Bereichen benannt, in denen wesentliche Änderungen vonnöten sind, wie zum Beispiel flexiblere Personalpolitiken, bessere Informationsarbeit über die TA für Mitglieder und die allgemeine Öffentlichkeit sowie die Nutzung von Synergien zwischen TA und Ausbildung.

TA-Seminar

Mit dem Ziel, der TA-Arbeit des Fonds mehr Sichtbarkeit zu verschaffen, wurde während der Jahresversammlung im September 2011 das erste abteilungsübergreifende Seminar über IWF-TA veranstaltet. Stabsmitarbeiter des IWF illustrierten anhand von Beispielen der Arbeit zum Kapazitätsaufbau, wie IWF-TA und -Ausbildung die Bekämpfung von Krisen und den Aufbau von Institutionen für die Zukunft unterstützen können, und hochkarätige Redner und Diskussionsteilnehmer aus den Empfängerländern schilderten ihre Erfahrungen mit IWF-TA.

Ausbildung

Die Ausbildung für Beamte in den Mitgliedsländern ist ein wesentlicher Bestandteil der IWF-Arbeit zum Kapazitätsaufbau. In Kursen und Seminaren geben die Mitarbeiter des IWF ihr Wissen zu einer Vielzahl von Themen weiter, die für eine wirksame makroökonomische und finanzielle Analyse und Politikgestaltung entscheidend sind, einschließlich Kursen zur Erstellung makroökonomischer Statistiken und zu verschiedenen fiskalischen, monetären und rechtlichen Fragen. Ein Großteil der Ausbildung wird über ein vom IWF-Institut organisiertes Programm (in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen)⁴¹ bereitgestellt und findet in der Hauptsache am Hauptquartier des IWF, in den sieben regionalen Ausbildungszentren in aller Welt und per Fernunterricht statt.

Ein Hauptziel war auf mittlere Sicht der Wiederaufbau des Ausbildungsvolumens mit Unterstützung von Gebern, nachdem im GJ 2009 aufgrund der Neustrukturierung des IWF Kürzungen vorgenommen worden waren. Dies wurde im GJ 2012 mit der Unterstützung externer Geber und Ausbildungspartner erreicht. Das IWF-Institut zeichnete für Ausbildung in Rekordhöhe – fast 10.000 Teilnehmerwochen – verantwortlich (siehe Tabelle 4.1) und 4750 Beamte nahmen an der Ausbildung Teil (ein Anstieg von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Ausbildung für die Länder der Arabischen Liga erhielt durch die Eröffnung des neuen IMF–Middle East Center for Economics and Finance (IWF-Zentrum für Wirtschaft und Finanzen im Nahen Osten) im Mai 2011 in Kuwait erheblichen Aufschwung. Das IWF-



Links Erntearbeiter in einer Teeplantage auf Mauritius. **Rechts** Eine Büroarbeiterin verfolgt Sendungen an einem Hafen in Georgetown, Guyana.

Institut stärkte weiter die Bewertung der Ausbildung und gab damit den Gebern zusätzliches Feedback (siehe Kasten 4.2).

Der Lehrplan wird ständig an die Prioritäten des IWF und die sich entwickelnden Bedürfnisse der Mitgliedsländer angepasst; zu diesem Zweck wurde im GJ 2012 zusätzliche Ausbildung angeboten, zu Themen wie makroökonomische Diagnostik und Finanzsektorfragen.

INITIATIVEN ZU DATEN UND DATENSTANDARDS

Die Standards des IWF für Datenweitergabe

Datenweitergabestandards erhöhen die Verfügbarkeit zeitnaher und umfassender Statistiken und tragen insofern zur Verfolgung einer soliden makroökonomischen Politik bei. Zu den Schritten, die der IWF zur Erhöhung von Transparenz und Offenheit unternommen hat, gehört die Aufstellung und Stärkung von Datenweitergabestandards, die Ländern als Leitfadern dienen können. Der Special Data Dissemination Standard (SDDS – spezieller Datenweitergabestandard) wurde im März 1996 aufgestellt und will Mitgliedern Anleitung zur öffentlichen Bekanntgabe ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten geben. Das General Data Dissemination System (GDDS – Allgemeines Datenweitergabesystem), das im darauffolgenden Jahr eingerichtet wurde, bietet ein Regelwerk, das Ländern bei der Entwicklung ihrer statistischen Systeme helfen soll, sodass sie umfassende und genaue Statistiken für Politikentscheidungen und Analyse erstellen können. Die Teilnahme an SDDS und GDDS ist freiwillig; viele Länder nutzen die Teilnahme am GDDS als ersten Schritt zu einer Teilnahme am SDDS.⁴²

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Mauritius, das Westjordanland und Gaza kamen im GJ 2012 zum SDDS,

sodass sich die Anzahl der teilnehmenden Volkswirtschaften auf 71 erhöht hat. Burundi, Dschibuti, Guyana, Malediven, Montenegro, Papua-Neuguinea und die Salomonen schlossen sich alle zwischen Juni 2011 und Februar 2012 dem GDDS an,⁴³ wodurch die Anzahl der GDDS-Teilnehmer auf 103 gestiegen ist (darin nicht enthalten sind Volkswirtschaften, die vom GDDS zum SDDS graduiert haben).⁴⁴ Ausführliche Informationen zu den statistischen Produktions- und Weitergabepraktiken dieser Länder finden sich auf dem Dissemination Standards Bulletin Board des IWF, das Zugang zu den Webseiten von SDDS, GDDS und Data Quality Reference gewährt.⁴⁵

Im Rahmen des Eighth Review of the Fund's Data Standards Initiatives (Achte Überprüfung der Datenstandardinitiativen des Fonds) (siehe nächster Abschnitt) billigte das Exekutivdirektorium die Einführung des „SDDS Plus“, der allen SDDS-Teilnehmern offen steht, sich aber speziell an Volkswirtschaften mit systemisch wichtigen Finanzsektoren richtet. SDDS Plus schließt Standards für neun zusätzliche Datenkategorien ein, deren vollständige Berücksichtigung ein interessiertes Land bis Ende 2019 zusichert. Diese Datenkategorien beziehen sich auf die vier makroökonomischen Sektoren: real („sectoral balance sheets“ [Sektorbilanzen]), fiskalisch („general government operations“ [allgemeine Regierungsabläufe] und „general government gross debt“ [allgemeine Bruttostaatsverschuldung]), finanziell („other financial corporations' survey“ [Survey über andere Finanzkorporationen]), „financial soundness indicators“ [Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors] und „debt securities“ [Schuldverschreibungen]) und extern (Coordinated Portfolio Investment Survey, Coordinated Direct Investment Survey und COFER). Die Teilnahme an SDDS Plus ist freiwillig, aber wenn sich ein Land dazu entschließt, verpflichtet es sich dazu, die strengsten Datenverbreitungs- und Datenqualitätsstandards im Rahmen der Datenstandardinitiativen des Fonds zu befolgen.

Kasten 4.2

Bewertung der Wirksamkeit der Ausbildung durch das IWF-Institut

Das IWF-Institut (das jetzt zum Institute for Capacity Development gehört) setzt eine Reihe von Monitoring- und Bewertungsmethoden ein, um sicherzustellen, dass seine Programme den Ausbildungsbedarf der Mitgliedsländer erfüllen. Diese Methoden schließen ein (1) quantitative wie qualitative Bewertungen der Ausbildung durch die Teilnehmer am Ende eines jeden Kurses, (2) Beiträge von den Partnern des Instituts an den regionalen Ausbildungszentren, (3) Brainstorming-Veranstaltungen mit leitenden Beamten der beteiligten Länder, (4) eine Dreijahreserhebung unter den Sponsoren der Teilnehmer sowie (5) Folgebefragungen ein Jahr bis achtzehn Monate nach einer repräsentativen Auswahl von Kursen, um zu bewerten, ob der Ausbildungsnutzen anhält. Die Befragungen werden von einer international anerkannten, unabhängigen Marktforschungsfirma durchgeführt, um die Anonymität der Antworten zu gewährleisten. Im GJ 2012 führte das Institut seine erste Tracer-Studie durch, um die längerfristige Wirkung der Ausbildungskurse auf die Arbeit und berufliche Entwicklung der Teilnehmer und ihre Behörden festzustellen. Das durch alle diese Bewertungen im GJ 2012 gewonnene Feedback war sehr positiv.

Die letzte Dreijahresbefragung wurde Anfang 2012 von Harris Interactive durchgeführt. Harris berichtete, dass 98 Prozent der antwortenden Behörden Zufriedenheit mit der Ausbildung am Institut äußerten – die höchste Zustimmung überhaupt – und 77 Prozent der Befragungsteilnehmer ihre Zufriedenheit mit „hoch“ bewerteten (Harris hält „hohe Zufriedenheit“ bei mehr als 67 Prozent für besonders bemerkenswert). Darüber hinaus sagten 92 Prozent der Befragungsteilnehmer, dass ihre Mitarbeiter die Ausbildung durch den IWF höher einschätzten als die von anderen Anbietern zu ähnlichen Themen. Die Mehrheit der befragten Behörden ging von einem steigenden Bedarf an IWF-Kursen in den nächsten fünf Jahren (2012-2016) aus. Die

Befragung verzeichnete auch robuste Nachfrage über Themengebiete hinweg.

Im Jahresverlauf wurden Folgebefragungen durchgeführt, um die Nachhaltigkeit des Ausbildungsergebnisses festzustellen. Es wurden Fragebögen an die Ausbildungsteilnehmer geschickt, und an die Vorgesetzten in ihren Behörden, die ihre Teilnahme an der Ausbildung unterstützt hatten. Die Fragebögen enthielten mehrere Fragen über die Art und Weise, wie die Ausbildung des IWF zum Kapazitätsaufbau in den Mitgliedsländern beiträgt. Die Teilnehmer und ihre Vorgesetzten in den acht Folgebefragungen bestätigten mit überwältigender Mehrheit, dass die Ausbildung den Teilnehmern geholfen habe, ihre Arbeit besser zu machen (98 Prozent) und ihr Vorgehen bei Ausgestaltung und Umsetzung von Politiken verbesserte (95 Prozent). Zudem bestätigten die Befragungsteilnehmer, dass das vermittelte Wissen an die Kollegen weitergegeben wurde (96 Prozent) und dass die Karrierechancen der Kursteilnehmer sich infolge ihrer Fortbildung am Institut verbessert hätten (90 Prozent). Das positivste Feedback zu den meisten Fragen kam von den Vorgesetzten der Kursteilnehmer.

Die erste Absolventenstudie wurde unter Beamten durchgeführt, die mehr als einen Kurs am Joint India-IMF Training Program (gemeinsames Ausbildungsprogramm von Indien und IWF) besucht hatten. Die Rücklaufquote war beeindruckend, und die Beamten bestätigten mit überwältigender Mehrheit, dass sich ihre Arbeitsleistung infolge der erhaltenen Ausbildung verbessert hat und sie die gewonnenen Erkenntnisse an ihre Kollegen weitervermittelt hätten. Viele Teilnehmer gaben spezifische Beispiele dafür, in welcher Weise die Ausbildung sich direkt auf ihre Arbeit oder Institution ausgewirkt hat.

Der Eighth Review of the Fund's Data Standards Initiatives

Der Eighth Review of the Fund's Data Standards Initiatives wurde im Februar 2012 abgeschlossen.⁴⁶ Bei seiner Erörterung erwogen die Exekutivdirektoren Vorschläge zur weiteren Verbesserung des SDDS und die Schaffung von SDDS Plus als eine neue Stufe im Rahmen dieser Initiativen, da eine Notwendigkeit besteht, Datenlücken zu schließen, um zu versuchen Finanzkrisen zu verhindern und abzumildern. Sie brachten ihre allgemeine Zufriedenheit mit den Entwicklungen in den Datenstandardinitiativen seit dem Seventh Review im Dezember 2008 zum Ausdruck.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich weithin für die vorgeschlagenen Verbesserungen des SDDS aus. Sie begrüßten das erwartete Aufrücken weiterer Länder vom GDDS in den SDDS, wie nationale Statistiksysteeme besser wurden, räumten aber auch ein, dass Fortschritte in diesem Bereich wahrscheinlich eher langsam vor sich gehen würden. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Bedeutung fortlaufender Informationsarbeit und richtig priorisierter Technical Assistance.

Die Exekutivdirektoren unterstützten im Allgemeinen konkrete Vorschläge zu den Datenkategorien und Modalitäten des SDDS Plus, die seit dem Interim Report über den Eighth Review im Februar 2011 ausgearbeitet wurden. Sie stellten befriedigt fest,

dass die vorgeschlagenen Datenkategorien und die Modalitäten in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen und Kapitalmärkten erarbeitet worden waren und dass sie das Feedback von SDDS-Teilnehmern und einigen GDDS-Teilnehmern berücksichtigten.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass es wichtig sei auch weiterhin eng mit nationalen Behörden und maßgeblichen internationalen Organen zusammenzuarbeiten – insbesondere dem FSB, der BIZ und der Inter-Agency Group on Economic and Financial Statistics – für die Lösung etwaiger verfahrenstechnischer und operativer Fragen, die in der Zukunft auftreten könnten. Die Exekutivdirektoren waren allgemein der Ansicht, dass die nächste Überprüfung der Data Standard Initiatives des Fonds in ungefähr zwei Jahren stattfinden sollte.

Weitere datenbezogene Maßnahmen

Die globale Krise unterstrich die entscheidende Rolle, die Daten bei der Krisenbereitschaft und -prävention spielen. Im GJ 2012 setzte der IWF seine laufenden Bemühungen fort, die Qualität der Daten, die ihm von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, zu stärken und den Zugang zu den Daten, die er erzeugt und verwaltet (darunter erstmals eine mobile Anwendung für Statistikdaten des IWF; siehe Kasten 4.3), zu verbessern.

Im Lauf des Jahres wurde der Verbesserung oder Erhöhung des Online-Zugriffs erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet. Kasten 4.4 verweist auf die Aufnahme einer Online-Version für die Herausgabe von *Public Sector Debt Statistics: Guide for Compilers and Users* (Statistiken zu Schulden des öffentlichen Sektors: Ein Leitfaden für Ersteller und Benutzer). Im Juli 2011 gab der IWF die Ergebnisse des zweiten jährlichen Financial Access Survey (Survey zum Zugang zu Finanzdiensten) über die Datenbank

für Online-Erhebungen heraus, die Schlüsselindikatoren zur geografischen und demografischen Reichweite finanzieller Dienstleistungen enthält, einschließlich der zugrundeliegenden Daten.⁴⁷ Etwa 140 Länder nahmen an der Befragung von 2011 teil, die neue Daten zu ausstehenden Einlagen und Haushaltsdarlehen enthielt; die Befragungs-Website enthält jetzt die jährlichen Daten für ungefähr 160 Teilnehmer über einen siebenjährigen Zeitraum hinweg (2004-10), einschließlich der Daten für alle Länder der G20. Die unterstützenden Software-Tools wurden ebenfalls aufgerüstet. Ebenfalls im Juli 2011 gab der IWF in Form einer Online-Datenbank die erweiterten Ergebnisse seines 2009 durchgeführten Coordinated Direct Investment Survey heraus, ein weltweiter Survey zu bilateralen ausländischen Direktinvestitionspositionen; im darauffolgenden Dezember wurden die Ergebnisse des Survey von 2010 veröffentlicht.⁴⁸ Länderbeteiligung und geografische Ausführlichkeit nehmen mit der Zeit zu, und die Veröffentlichung vom Juli 2011 dehnte die Surveydaten auf Aserbaidschan, Bhutan, China, Ghana, Israel, Jordanien, Kuwait, Mauritius, Moldau, Paraguay, die Russische Föderation und Samoa aus; neue Survey-Teilnehmer für die Ausgabe vom Dezember 2011 waren Aruba, Brasilien, Georgien, Indien, e.J.R. Mazedonien, Montenegro, Seychellen und Uruguay. Für die Dezemberausgabe wurde die Survey-Website auch neu gestaltet, um den Zugang der Nutzer zu den Datenberichten zu erleichtern, anhand von verbesserter Navigation, Datenauswahl- und Display-Eigenschaften. Die Anbietung von Metadaten wurde auch verbessert, sowohl in Bezug auf die Detailliertheit der Information als auch die Anzahl der Berichtersteller für Metadaten.

Im November 2011 wurden die Ergebnisse des Coordinated Portfolio Investment Survey von 2010 – der Eigenkapitalpositionen und Schuldtitel zum Ende 2010 für 73 teilnehmende Volkswirtschaften erfasst – veröffentlicht, und erstmals ersetzt



Links Ein Fischer in der Nähe von Villeta, Paraguay, wirft sein Netz aus. **Rechts** Eine Arbeiterin in einer Fabrik im russischen Jekaterinburg, in der Edelmetalle für Industrieanwendungen aufbereitet werden.



eine neue Online-Datenbank, die moderne Technologien zur Bereitstellung von Daten und Metadaten nutzt, das bisherige Tabellenformat.⁴⁹ Gleichzeitig mit der Einführung der verbesserten Datenbank wurde die Survey-Website neu gestaltet, so dass sie verbesserte Navigationsfunktionen bietet, so wie andere spezialisierte Datenbanken des IWF. Dynamische Datenauswahl- und Display-Eigenschaften ermöglichen dem Benutzer jetzt einen rascheren Zugriff auf die Datenberichte.

Anfang Mai 2011 veranstalteten die Abteilung Statistik des IWF und die Development Economics Data Group (Gruppe für Daten der Entwicklungsökonomik) der Weltbank gemeinsam eine globale Konferenz zur Förderung und Ausdehnung der Umsetzung der Standards des Statistical Data and Metadata Exchange (SDMX – Austausch von statistischen Daten und Metadaten).⁵⁰ Die Konferenz brachte mehr als 200 leitende Beamte, Statistiker und Fachleute der Informationstechnologie aus 90 Ländern zusammen; sie tauschten sich über Strategien zur SDMX-Implementierung aus und nahmen an einem Workshop zum Kapazitätsaufbau teil, der auf nationale Behörden ausgerichtet war, die SDMX noch nicht umgesetzt haben. Während der Konferenz gab der IWF eine neue App für iPhone und iPad heraus, die auf der Grundlage von SDMX-Standards Datentabellen und Charts von der Website für Principal Global Indicators wiedergibt.⁵¹

Als Teil der Umsetzung des “System of National Accounts for G-20 and advanced economies” (System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen für G20- und fortgeschrittene Volkswirtschaften) von 2008 brachte der IWF Ende April 2012 eine Vereinbarung über das Daten-Template für sektorale Konten zum Abschluss, die ab 2014 zum Tragen kommt.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER GRUPPE DER ZWANZIG UND ANDEREN ORGANISATIONEN

Der IWF arbeitet mit einer Anzahl anderer Organisationen zusammen, die sich ebenfalls globalen Wirtschaftsthemen widmen. Von besonderer Bedeutung sind die Zusammenarbeit mit den fortgeschrittenen und aufstrebenden Marktwirtschaften der G20 (G-20 Group of advanced and emerging market economies) und die gemeinschaftliche Arbeit im Zusammenhang mit regionalen Finanzierungsvereinbarungen, vor allem in Europa.

Zusammenarbeit des IWF mit der G20

Die Zusammenarbeit des IWF mit der G20 vertiefte sich mit dem Beginn der globalen Finanzkrise, als die konzertierte Aktion der G20 entscheidend war für die Vermeidung noch größerer wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Auf Antrag der Staats- und Regierungschefs der G20 bietet der IWF technische Analyse zur Stützung des Mutual Assessment Process (MAP – Verfahren der gegenseitigen Bewertung), über den die Länder der G20 Ziele für die Weltwirtschaft, die dazu notwendigen Politiken und die Fortschritte auf dem Weg zu diesen gemeinsamen Zielen definieren. Der IWF-Stab war ursprünglich – in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen – beauftragt zu untersuchen, ob die von den einzelnen Ländern der G20 verfolgten Politiken insgesamt mit den Wachstumszielen der G20 in Einklang standen. Danach stellte der Stab technische Unterstützung bei der Erarbeitung indikativer Richtlinien (Richtwerte, gegen die ausgewählte Indikatoren bewertet werden) bereit, um externe Ungleichgewichte zu bewerten, und eine

Kasten 4.3

Mobile Anwendungen für Statistikdaten des IWF

Im Rahmen der Bestrebungen des Fonds, den Zugang zu statistischen Daten zu erleichtern, gab der IWF im Herbst 2011 eine neue mobile Anwendung (App) heraus, die den Benutzern von mobilen Endgeräten (z.B. iPad, iPhone, iTouch und Android) den Zugang zu einem breiten Angebot an Statistikdaten des IWF gewährt. Die kostenlose App, IMF eLibrary, ist in soziale Netzwerktools integriert und ermöglicht den Benutzern Datenberichte und Anmerkungen miteinander auszutauschen.

Die App gibt Benutzern Zugang zu einem breiten Angebot an statistischen Datensätzen, einschließlich einer Auswahl aus den International Financial Statistics. Darüber gibt sie Zugang zu den neuesten Ausgaben nichtstatistischer Publikationen des IWF wie *World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report*, *Fiscal Monitor* und den Berichten des *Regional Economic Outlook*.

Benutzer können aus einem breiten Angebot an Datenbanken, die der IWF unterhält, sehr leicht Schlüsselindikatoren aufrufen, einschließlich International Financial Statistics, Direction of Trade Statistics, Government Finance Statistics, International Reserves, Coordinated Portfolio Investment Survey, Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves, Coordinated Direct Investment Survey und Financial Soundness Indicators. Datenzugang besteht in der Form von Standardberichten, und die Daten können tabellarisch oder grafisch dargestellt werden.

Die App beruht auf den Standards des Statistical Data and Metadata Exchange für den Zugriff auf die zugrundeliegenden Daten.

Kasten 4.4**Public Sector Debt Statistics: Guide for Compilers and Users**

Angesichts des gestiegenen Interesses an Statistiken zu Schulden des öffentlichen Sektors hat der IWF ein koordiniertes Programm entwickelt mit einem statistischem Leitfaden (Guide), einer Datenbank, regionalen Seminaren und Technical Assistance, um die Verbesserung dieser Statistiken zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit der mehrere Institutionen übergreifenden Task Force on Finance Statistics veröffentlichte der IWF im Dezember 2011 *Public Sector Debt Statistics: Guide for Compilers and Users*; dazu gibt es auch eine Online-Version^a, und Übersetzungen sind in Arbeit. Der *Guide* soll zur Standardisierung der Klassifizierung von Schuldverbindlichkeiten auf dem öffentlichen Sektor und zu international stärker vergleichbaren Daten zu öffentlichen Schulden beitragen. Er ergänzt die Datenbank World Bank–IMF Public Sector Debt Statistics, die für 54 Länder freien Zugang zu den Statistiken über Schulden des öffentlichen Sektors bietet.

Der *Guide* ist ein wichtiges Referenzwerk für nationale Ersteller und Benutzer, bietet er doch ein umfassendes begriffliches Regelwerk für die Messung von Brutto- und Nettoverschuldung

^a Der Guide ist verfügbar unter www.tffs.org/PSDStoc.htm.

des öffentlichen Sektors und aller dazugehörigen Komponenten. Diese Anleitung kann über die verschiedenen Komponenten des öffentlichen Sektors hinweg und über die verschiedenen Verbindlichkeiten hinweg, die die Schulden des öffentlichen Sektors ausmachen, angewendet werden. Der *Guide* bietet eine Struktur zur Klassifizierung der Schuldverbindlichkeiten nach Instrument und Sektor des Gegenwerts zum Schuldinstrument. Er enthält auch wertvolle Ratschläge zu praktischen Problemen bei der Erfassung von Schulden des öffentlichen Sektors, einschließlich Zahlenbeispielen.

An der Task Force on Finance Statistics sind unter dem Vorsitz des IWF mehrere Institutionen beteiligt: die Bank für Internationalen Zahlenausgleich, das Commonwealth Secretariat, die Europäische Zentralbank, das Statistikamt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Sekretariat des Pariser Clubs, die Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung sowie die Weltbank.

Beurteilung der auf dem Weg zu den gemeinsamen Zielen erreichten Fortschritte.

Die Zusammenarbeit mit der G20 geht über das MAP hinaus in andere Bereiche, einschließlich der G-20 Data Gaps Initiative (Initiative der G20 zu Datenlücken), die die Schließung der in der globalen Krise aufgedeckten Datenlücken zum Ziel hat, und eines G20-Berichts zu den Auswirkungen regulatorischer Reformen auf Schwellenmarkt- und Entwicklungsländer.

Direktoriumsüberprüfung der bei der Mitarbeit des Fonds am MAP gewonnen Erfahrungen

Das Exekutivdirektorium überprüfte im Juni 2011 die Rolle des IWF im MAP.⁵² Die Exekutivdirektoren befürworteten die Weiterführung des Fondseinsatzes in diesem Bereich, die nach ihrer Beobachtung erhebliche Synergien mit der Überwachungstätigkeit des Fonds – hauptsächlich auf multilateraler Ebene – aufweist. Die Exekutivdirektoren hielten es für wichtig, als Teil des Triennial Surveillance Review im Oktober 2011 die Implikationen einer breiteren Zusammenarbeit von G20 und IWF für die Überwachungstätigkeit des Fonds zu überprüfen.

Die Exekutivdirektoren stellten einhellig fest, dass sich das MAP zwar weiterentwickelt habe, der Beitrag des Fonds an der Übung jedoch im Rahmen des im Dezember 2009 verabschiedeten

Regelwerks geblieben ist. In diesem Zusammenhang stellten sie fest, dass die rechtliche Form der Fonds-Beteiligung als Technical Assistance sich nicht geändert hätte. Die Exekutivdirektoren schlossen sich der Beobachtung in einem IWF-Stabsbericht an, der die Grundlage für die Erörterung bildete, dass die Beteiligung des Exekutivdirektoriums an dieser Arbeit die Eigenverantwortung der G20 im Zusammenhang mit MAP berücksichtigen und die Unabhängigkeit von IWF-Stabsanalysen und Beiträgen wahren sollte. Sie schätzten zeitnahe Briefings durch den Stab zu seiner diesbezüglichen Arbeit.

Die Exekutivdirektoren besprachen auch die finanziellen Auswirkungen der Beteiligung des Fonds am MAP. Die meisten von ihnen merkten an, dass zusätzliche Kosten, die teilweise durch neue Priorisierung und Umverteilung bestehender Mittel aufgefangen wurden, im Hinblick auf den Nutzen zu sehen seien, den diese Arbeit für die Mitglieder des Fonds im Allgemeinen bringt, einschließlich der Synergien mit der Überwachungstätigkeit des Fonds.

Beteiligung an regionalen Finanzierungsvereinbarungen

Die Teilnahme des IWF an der Unterstützung für EU-Mitglieder mit Zahlungsbilanzbedarf zu Beginn der globalen Finanzkrise (Lettland, Rumänien und Ungarn) führte zu einer Vertiefung

der Zusammenarbeit zwischen IWF und EU-Institutionen, insbesondere mit der Europäischen Zentralbank im späteren Verlauf der Krise, als Euro-Länder (Griechenland, Irland und Portugal) IWF-Hilfe beantragten (siehe Kasten 3.1). Diese vertiefte Zusammenarbeit zwischen IWF, Europäischer Kommission und der Europäischen Zentralbank in Programmländern wurde als „Troika“ bekannt. Obwohl der IWF seine Arbeit eng mit den anderen Vertretern der Troika koordiniert, werden die Entscheidungen des Fonds zu Mittelvergabe und Politikberatung letzten Endes unabhängig von der Troika im Exekutivdirektorium getroffen. Aufbauend auf der jüngsten Erfahrung zur Mittelvergabe in Zusammenarbeit mit EU-Institutionen, erkundet der IWF Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen regionalen Finanzierungsvereinbarungen.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Der IWF ist auch Mitglied des Financial Stability Board, in dem Regierungsbeamte vertreten sind, die in den wichtigsten internationalen Finanzzentren, internationalen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, internationalen standardsetzenden Organen, Fachausschüssen der Zentralbanken und internationalen Finanzinstitutionen für Finanzstabilität verantwortlich sind. Die beiden Gruppen arbeiten zweimal im Jahr bei den Early Warning Exercises und der Early Warning List zusammen (siehe „Risikobewertung und Risikomanagement“ in Kapitel 3). Der IWF ist nicht nur Mitglied des FSB, sondern auch in seinem Lenkungsausschuss vertreten und an verschiedenen Arbeitsgruppen beteiligt, dem Standing Committee on the Assessment of Vulnerabilities und dem Standing Committee on Standards Implementation, welches sich die Arbeit des IWF im Rahmen des Financial Sector Assessment Program und der Reports on the Observance of Standards and Codes zunutze macht. Der IWF arbeitet im Zusammenhang mit der G-20 Data Gaps Initiative auch mit dem FSB zusammen; im GJ 2012 gaben die beiden Organisationen einen gemeinsamen Fortschrittsbericht zur Umsetzung von zuvor identifizierten Maßnahmen zur Schließung von Datenlücken heraus, die durch die globale Krise offenkundig geworden waren.⁵³

IWF und Weltbank arbeiten regelmäßig und auf vielen Ebenen gemeinsam an der Unterstützung der Mitgliedsländer. In HIPC-Initiative und MDRI (siehe weiter oben in diesem Kapitel) arbeiten sie gemeinsam an der Senkung der externen Schuldenlast der am höchsten verschuldeten armen Länder. Mit dem gemeinsamen Ansatz der beiden Organisationen zum Poverty

Reduction Strategy Paper – ein ländergeführter Plan zur Verknüpfung von nationalen Politiken, Geberunterstützung und Entwicklungsergebnissen, die zur Senkung der Armut in einkommensschwachen Ländern notwendig sind – arbeiten sie zusammen, um die Armut zu verringern. Ihr gemeinsamer *Global Monitoring Report* bewertet den Fortschritt auf dem Weg zu den Millennium-Entwicklungszielen; die Ausgabe 2012 widmete sich dem zentralen Thema Nahrungsmittelpreise und Ernährung. Im Rahmen des Financial Sector Assessment Program arbeiten die beiden Organisationen auch zusammen, um dafür zu sorgen, dass die Finanzsektoren in den Mitgliedsländern widerstandsfähig und gut reguliert sind. Ein gemeinsames Programm von IWF und Weltbank zu Technical Assistance, das von der Canadian International Development Agency finanziert wird, läuft derzeit in Karibikländern.

Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und den Vereinten Nationen deckt eine Reihe von Bereichen gegenseitigen Interesses ab, einschließlich der Zusammenarbeit in Steuerfragen und Statistikdiensten der beiden Organisationen sowie wechselseitiger Teilnahme und Mitarbeit an regelmäßigen Treffen und besonderen Konferenzen und Veranstaltungen. In den vergangenen Jahren arbeitete der IWF mit der Internationalen Arbeitsorganisation an Fragen zu Beschäftigung und „social protection floors“, mit dem Children’s Fund der Vereinten Nationen an Fiskal- und Sozialpolitik, mit dem Environment Programme der Vereinten Nationen an Fragen zu einer umweltverträglichen Wirtschaft („green economy“) und mit dem World Food Program an sozialen Sicherheitsnetzen und frühen Anfälligkeitsbewertungen.

Der IWF nimmt an der Deauville-Partnerschaft Arabischer Länder in der Übergangszeit, regionaler Partnerländer, der Group of Eight und regionaler wie internationaler Finanzinstitutionen teil, die im Mai 2011 ins Leben gerufen wurde. Die regionalen und internationalen Finanzinstitutionen, die an der Partnerschaft beteiligt sind, erklärten sich im September 2011 bereit, eine gestiftete Koordinierungsplattform für die Deauville-Partnerschaft einzurichten; damit sollen eine wirksame Unterstützung der Partnerländer sichergestellt, der Informationsaustausch, das gegenseitige Verständnis und der operative Dialog unter den Partnerländern gefördert, die Überwachung und Berichterstattung über gemeinsame Maßnahmen zur Unterstützung der Partnerschaft koordiniert und darüber hinaus Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu Finanzhilfe, technischer Hilfe, politischer und analytischer Arbeit gefunden werden.

5 GOVERNANCE, FINANZEN UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



GOVERNANCE, FINANZEN UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



QUOTEN- UND GOVERNANCEREFORM

Quotenzzeichnungen (siehe Web Box 5.1) bestreiten einen großen Anteil der Fondsmittel. Der Gouverneursrat des IWF führt in regelmäßigen Abständen (mindestens alle fünf Jahre) allgemeine Quotenüberprüfungen durch und gibt dem IWF damit die Möglichkeit, die Angemessenheit der Quoten im Hinblick auf den Mittelbedarf seiner Mitglieder und seiner Fähigkeit, diesen Bedarf zu erfüllen, zu beurteilen; ferner können die Quoten der Mitglieder geändert werden, wenn sich ihre relative Stellung in der Weltwirtschaft verlagert; somit wird sichergestellt, dass der Mechanismus, den das internationale Finanzsystem zur Entscheidungsfindung einsetzt, mit der wandelbaren Struktur der Weltwirtschaft Schritt halten kann. Die letzte dieser Überprüfungen, das Fourteenth General Review of Quotas (Vierzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung), wurde im Dezember 2010 abgeschlossen.

Fortschritt bei der Quoten- und Governancesreform von 2010

Im Dezember 2010 billigte der Gouverneursrat eine Quoten- und Governancereform in Zusammenhang mit der Fertigstellung des Fourteenth General Review und schlug eine Änderung des IWF-Übereinkommens zur Reform des Exekutivdirektoriums vor. Das Reformpaket wird nach seiner Verabschiedung durch die Mitglieder die Quoten auf ungefähr 476,8 Mrd. SZR (etwa 739,0 Mrd. US\$)

verdoppeln, wird mehr als 6 Prozent der Quotenanteile auf die Volkswirtschaften dynamischer Schwellenmärkte und Entwicklungsländer und von überrepräsentierten auf unterrepräsentierte Länder (d.h. über dem vom IMFC 2009 festgelegten Ziel von 5 Prozent liegende) übertragen und wird die Quotenanteile und Stimmrechte der ärmsten Mitglieder beschützen. Durch diese Verlagerung werden sich Brasilien und Indien zu den zehn größten Anteilseignern des Fonds gesellen, zu denen ebenfalls die USA, Japan, China, Frankreich, Deutschland, Italien, die Russische Föderation und das Vereinigte Königreich gehören. Die Reform von 2010 sieht außerdem ein Exekutivdirektorium vor, das sich ausschließlich aus gewählten Mitgliedern zusammensetzt; die kombinierte Vertretung der fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas im Direktorium wird sich um zwei Exekutivdirektorensitze verringern, und um die Vertretung von Mehrländergruppen zu stärken, gibt es weitere Möglichkeiten zweite Stellvertretende Exekutivdirektoren zu ernennen. Eine umfassende Prüfung der Quotenformel wird im Januar 2013 abgeschlossen, und die Fertigstellung des Fifteenth General Review of Quotas wird auf Januar 2014 vorverlegt werden. Eine Vergleichstabelle der Quotenanteile vor und nach der Umsetzung der Reformen kann auf der Website des IWF eingesehen werden.⁵⁴

Zwei Bedingungen müssen erfüllt werden, damit die Quotenerhöhungen in Kraft treten können: (1) die vorgeschlagene Änderung zur Reform des Exekutivdirektoriums muss in Kraft treten, was die Billigung der Änderung durch drei Fünftel der Mitglieder mit

insgesamt 85 Prozent der gesamten Stimmrechte des Fonds erfordert, und (2) Mitglieder mit insgesamt mindestens 70 Prozent der gesamten Quoten mit Stand vom 5. November 2010 müssen der Erhöhung zustimmen. Bei seiner Billigung der Reform befürwortete das Exekutivdirektorium auch einen Terminplan, demzufolge die Anpassung und Erhöhung der Quoten sowie die vorgeschlagene Änderung zur Reform des Exekutivdirektoriums bis zur Jahresversammlung 2012 in Kraft treten sollen.

Im Dezember 2011 und März 2012 prüfte das Exekutivdirektorium die Fortschritte bei der Umsetzung des Quotenreformpakets von 2010. Die Exekutivdirektoren wurden anlässlich der beiden Überprüfungen informiert, dass die rechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Reformen noch nicht erfüllt waren. Dies war auch Ende des GJ 2012 der Fall: 100 Mitglieder mit 57,93 Prozent der Quoten mit Stand vom 5. November 2010 hatten ihren vorgeschlagenen Quotenerhöhungen unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung zugestimmt; 75 Mitglieder, die 46,85 Prozent der gesamten Stimmrechte vertreten, hatten die vorgeschlagene Änderung zur Reform des Exekutivdirektoriums akzeptiert. Im Rahmen der Fortschrittsüberprüfungen drängte die Geschäftsführende Direktorin die übrigen Länder dazu, die notwendigen legislativen Schritte und andere rechtliche Maßnahmen rasch durchzuführen, damit dieses wichtige Übereinkommen innerhalb der vereinbarten Frist umgesetzt werden kann.

Überprüfung der Quotenformel

Wie zuvor bemerkt, hat die Quoten- und Verwaltungsreform von 2010 eine umfassende Prüfung der Quotenformel bis Januar 2013 sowie den Abschluss des Fifteenth General Review of Quotas bis Januar 2014 vertlangt. Als ersten Schritt in diese Richtung nahm das Exekutivdirektorium im März 2012 formelle Gespräche zur Prüfung der Formel auf, mit der die Quoten der Mitglieder festgelegt werden.⁵⁵

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Bedeutung einer Einigung auf eine Quotenformel, die die relative Stellung der einzelnen Mitgliedsländer in der Weltwirtschaft besser widerspiegelt, für künftige Erörterungen beim Fifteenth General Review. Es herrschte Einvernehmen unter den meisten Exekutivdirektoren, dass die Grundsätze für die Reform der Quotenformel 2008 im Allgemeinen nach wie vor relevant seien: Die Formel soll einfach und transparent sein, den vielfältigen Rollen der Quoten Rechnung tragen, für die Mitglieder allgemein akzeptable Ergebnisse erzielen und auf der Grundlage von zeitnahen, hochwertigen und allgemein verfügbaren Daten umgesetzt werden können.

Die Exekutivdirektoren sahen generell das BIP als umfassendsten Wert für die Größe einer Volkswirtschaft, weshalb es auch weiterhin die größte Gewichtung in der Quotenformel beibehalten sollte.⁵⁶ Dabei gab es unterschiedliche Meinungen zur relativen Bedeutung von Markt- gegenüber Kaufkraftparität-BIP in der gemischten BIP-Variablen. Viele Exekutivdirektoren merkten an, dass Offenheit

ein Messwert für die Integration des Mitglieds in die Weltwirtschaft ist und eine wichtige Variable in der Quotenformel bleiben soll. Viele dieser Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, Möglichkeiten zu einer besseren Erfassung von finanzieller Offenheit auszuloten.

Die Exekutivdirektoren nahmen die Ergebnisse des IWF-Stabs zur Kenntnis, dass es kaum empirische Nachweise für eine Beziehung zwischen der Variabilität von laufenden Einnahmen und Nettokapitalflüssen und der möglichen Nachfrage nach Fondsmitteln gibt. Die meisten Exekutivdirektoren waren der Ansicht, dass Reserven weiterhin ein wichtiger Indikator bleiben für die Finanzstärke und die Fähigkeit eines Mitglieds, einen Beitrag zu den Finanzen des Fonds zu leisten. Viele Exekutivdirektoren unterstützten oder waren zumindest nicht gegen weitere Untersuchungen zu der Möglichkeit, finanzielle Beiträge von Mitgliedern zum Fonds in die Quotenformel aufzunehmen, entweder anstelle von oder in Ergänzung zu den Reserven. Andere Exekutivdirektoren sahen dagegen in der Aufnahme freiwilliger finanzieller Beiträge in die Formel einen Bruch mit der Rolle des Fonds als quotenbasierte Institution.

In Anbetracht des schwierigen Kompressionkompromisses von 2008,⁵⁷ mit dem die Rolle, die volkswirtschaftliche Größe in der Formel spielt, zum Schutz der Stimmen kleinerer Mitglieder und einkommensschwacher Länder eingeschränkt wird, sprachen sich viele Exekutivdirektoren für die Beibehaltung des Kompressionsfaktors aus.

RESSOURCEN, EINKOMMEN UND HAUSHALT

Kreditvereinbarungen

New Arrangements to Borrow

Zur Ergänzung seiner Quotenmittel unterhält der IWF zwei ständige Kreditlinien, die General Arrangements to Borrow (GAB – Allgemeine Kreditvereinbarungen) von 1962 sowie die New Arrangements to Borrow (Neue Kreditvereinbarungen) von 1998. Unter diesen Vereinbarungen stehen eine Anzahl von Mitgliedsländern oder ihre Institutionen bereit dem IWF durch Aktivierung der Vereinbarungen weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das NAB wurde im GJ 2011 mit neuen Teilnehmern erweitert und aufgestockt, um die verfügbaren Ressourcen zur Mittelvergabe zu erhöhen. Im GJ 2012 sagte die Nationalbank Polens 2,5 Mrd. SZR (3,9 Mrd. US\$) für das NAB zu. Die insgesamt unter dem NAB verfügbaren Mittel beliefen sich mit Stand vom 30. April 2012 auf annähernd 370 Mrd. SZR (574 Mrd. US\$).

Nach der Ratifizierung der Erweiterung durch die NAB-Teilnehmer trat das erweiterte NAB im März 2011 in Kraft, und es wurde erstmals im April 2011 für die längste zulässige Laufzeit von sechs Monaten aktiviert.⁵⁸ Da diese Aktivierung im September 2011

sich dem Ende ihrer Laufzeit näherte, billigte das Direktorium eine weitere sechsmontatige Aktivierungsperiode zum 1. Oktober 2011; darauf billigte es eine zusätzliche sechsmontatige Aktivierungsperiode mit Start am 1. April 2012. Zwischen der ersten Aktivierung und dem 30. April 2012 wurden im Rahmen fondsgestützter Programme Zusagen für 53 Mrd. SZR (82,15 Mrd. US\$) erteilt, während sich die unter dem NAB erfolgten Ziehungen, mit einbezogenen bilateralen Forderungen, auf 39,8 Mrd. SZR (61,69 Mrd. US\$) beliefen.

Vorgeschlagener Abbau des NAB

Im Zusammenhang mit dem Übereinkommen vom Dezember 2010, die Quotenmittel des IWF im Rahmen des Fourteenth General Review zu verdoppeln, wurde vereinbart, das NAB dementsprechend abzubauen; dies führt zu einer Verlagerung der Kreditvergabemittel des Fonds vom NAB zu Quoten, ohne aber die Vergabekapazität insgesamt zu senken. Dieser sogenannte Rollback erforderte die Genehmigung durch das Exekutivdirektorium, die im Dezember 2011 erteilt wurde; die Genehmigung schloss notwendige technische Entscheidungen zur Umsetzung des Rollback ein. Der Rollback erfordert nun die Zustimmung von Teilnehmern, die 85 Prozent der gesamten Kreditvereinbarungen unter dem NAB repräsentierten, einschließlich aller Teilnehmer, deren Kreditvereinbarung abgebaut wird. Sobald die notwendigen Einwilligungen eingeholt sind, tritt der Rollback für jeden NAB-Teilnehmer am selben Tag in Kraft wie die Quotenerhöhung des betreffenden Mitglieds im Rahmen des Fourteenth General Review.

Bilaterale Vereinbarungen

Im Rahmen der internationalen Bestrebungen, die Angemessenheit der globalen Ressourcen, die zur Vorbeugung und Bekämpfung von globaler wirtschaftlicher Stabilität verfügbar sind, zu stärken, sagten eine Anzahl von IWF-Mitgliedsländern, darunter die Euro-Länder, weitere Unterstützung für das GJ 2012 im Rahmen bilateraler Darlehen und Vereinbarungen zum Kauf von Schuldscheinen zu. Die Mitglieder des Euroraums sagten im Dezember 2011 150 Mrd. € (ca. 200 Mrd. US\$) zu;⁵⁹ weitere Zusagen im April 2012 von Japan (60 Mrd. US\$), Republik Korea (15 Mrd. US\$), Saudi-Arabien (15 Mrd. US\$), Vereinigtem Königreich (15 Mrd. US\$), Schweden (mindestens 10 Mrd. US\$), Schweiz (10 Mrd. US\$), Norwegen (6 Mrd. SZR, ca. 9,3 Mrd. US\$), Polen (6,27 Mrd. €, ca. 8 Mrd. US\$), Australien (7 Mrd. US\$), der Dänischen Nationalbank (5,3 Mrd. €, ca. 7 Mrd. US\$),⁶⁰ Singapur (4 Mrd. US\$) sowie von der Tschechischen Republik (1,5 Mrd. €, ca. 2 Mrd. US\$), und Zusagen von China, Russland, Brasilien, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand und anderen Ländern brachten die Gesamtsumme zum Ende des Geschäftsjahres auf 430 Mrd. US\$.⁶¹ Sollte die Verwendung dieser Ressourcen notwendig werden, kommen angemessene Vorkehrungen zur Risikoabminderung sowie eine angemessene Lastenverteilung unter den offiziellen Gläubigern nach Maßgabe des Exekutivdirektoriums zum Tragen.

Vereinbarungen zur Unterstützung der Kreditvergabe an einkommensschwache Länder

Nach einer Reform seiner konzessionären Kreditvergabefazilitäten begann der IWF 2009 eine Kampagne zur Mittelbeschaffung, um weitere bilaterale Darlehensressourcen und Subventionsbeiträge zur Stützung der konzessionären Mittelvergabe unter dem PRGT aufzutun. In den GJ 2010 und 2011 wurden Kreditvereinbarungen oder Vereinbarungen zum Kauf von Schuldscheinen mit 12 Mitgliedern geschlossen. Im GJ 2012 unterzeichnete der IWF eine weitere bilaterale Kreditvereinbarung mit der Saudi Arabian Monetary Authority (Zentralbank Saudi-Arabiens) über die Bereitstellung von 500 Mio. SZR (775 Mio. US\$), womit sich die weiteren, für die konzessionäre Vergabe verfügbaren Mittel Ende des GJ 2012 auf insgesamt 9,46 Mrd. SZR erhöhten.

Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Überprüfung der Gebühren und Fälligkeiten des Fonds

Einkommen

Seit seiner Gründung nutzt der IWF hauptsächlich seine Kreditvergabe zur Finanzierung seiner Verwaltungsausgaben. Die Reform des Einkommensmodells des Fonds, die vom Gouverneursrat im Mai 2008 gebilligt wurde, gestattet dem IWF die Ausweitung seiner Einkommensquellen durch die Schaffung einer Dotation, die im Rahmen des Investment Account aus den Erlösen vom Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des Fonds finanziert wird (siehe „Goldverkauf“ weiter unten), die Erweiterung der Investitionsbefugnis des Fonds, um einen höheren Return On Investment zu erzielen, und die Wiedereinführung der Praxis, dass der Fonds die Kosten für die Verwaltung des PRGT erstattet bekommt.

Die Ausweitung der Investitionsbefugnis des Fonds erforderte eine Änderung des IWF-Übereinkommens; nachdem eine ausreichende Mehrheit der Mitglieder die Änderung ratifiziert hatten, trat sie im Februar 2011 in Kraft. Die Änderung erlaubt es dem IWF, die Bandbreite der Instrumente, in die der Fonds investieren darf, laut den vom Exekutivdirektorium festzulegenden Regeln und Vorschriften auszudehnen. Im März 2011 wurde Bargeld im Gegenwert der Erlöse aus dem Goldverkauf – 6,85 Mrd. SZR – vom General Resources Account auf das Investment Account überwiesen und angelegt. Die im überarbeiteten Einkommensmodell des IWF anvisierte Dotation soll eingerichtet werden, sobald das Exekutivdirektorium neue Regeln und Vorschriften für die erweiterte Investitionsbefugnis verabschiedet hat, nach denen diese Dotation dann zulässig ist.

Gebühren

Die Haupteinkommensquellen des IWF sind nach wie vor seine Finanzierungstätigkeiten und seine Investitionen. Wie in Kapitel 3

beschrieben, umfasst der Grundgebührensatz (der Zinssatz auf IWF-Mittel) den SZR-Zinssatz plus einen in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Das Exekutivdirektorium kam überein, den Aufschlag für den Gebührensatz für die GJ 2013 und 2014 gegenüber dem GJ 2012 unverändert bei 100 Basispunkten zu belassen. Der Aufschlag wurde im Rahmen einer neuen Regelung zur Festlegung des Grundgebührensatzes bestimmt, die das Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedet hatte.⁶² Die ab dem GJ 2013 gültige neue Regelung ist ein wichtiger Schritt zur vollständigen Umsetzung des revidierten Einkommensmodells, nach welchem der Aufschlag die Vermittlungskosten des IWF im Zusammenhang mit der Mittelvergabe deckt und einen Aufbau von Reserven erlaubt. Zudem umfasst die neue Regelung eine Überprüfung, die sicherstellen soll, dass der Gebührensatz in sinnvollem Verhältnis zu den langfristigen Konditionen auf dem Kreditmarkt steht. In Übereinstimmung mit dem vom Direktorium gestützten Grundsatz eines stabilen und vorhersehbaren Aufschlags wird dieser Aufschlag ab GJ 2013-14 für einen Zeitraum von jeweils zwei Geschäftsjahren festgelegt.

Bei großen Kreditsummen (mehr als 300 Prozent der Quote eines Mitglieds) in den Kredittranchen⁶³ und unter erweiterten Vereinbarungen werden volumenabhängige Aufschläge („level-based surcharges“) von 200 Basispunkten erhoben. Der IWF erhebt auch zeitabhängige Aufschläge („time-based surcharges“) von 100 Basispunkten auf den Einsatz großer Kreditsummen (mit derselben Grenze wie oben), die mehr als 36 Monate lang überfällig sind.

Neben den regelmäßig fälligen Gebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Bearbeitungsgebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem General Resources Account wird eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Beträge, die unter Vereinbarungen aus dem GRA erhältlich sind, wie etwa Stand-By Arrangements sowie Vereinbarungen der Extended, Flexible Credit Line und Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zuteilungsfähige Beträge bis zu 200 Prozent der Quote eines Mitglieds, 30 Basispunkte auf zugesagte Beträge über 200 Prozent und bis zu 1000 Prozent der Quote und 60 Basispunkte auf zugesicherte Beträge über 1000 Prozent der Quote. Wenn der Kredit in Anspruch genommen wird, werden die Gebühren im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen zurückerstattet. Der IWF erhebt auch Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite angeht, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerposition im GRA, die sogenannte Reservetranchenposition („reserve tranche position“). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des

SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Vergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der wiederum dem aktuellen Zinssatz für IWF-Darlehen entspricht.

Das Exekutivdirektorium kam 2009 überein, die Kreditvergabe-kapazität des IWF im Zuge seiner unmittelbaren Reaktion auf die weltweite Finanzkrise durch Kreditaufnahmen zu erhöhen. Mit Stand vom 30. April 2012 hatte der IWF 40,05 Mrd. SZR an ausstehenden Krediten im Rahmen bilateraler Darlehen und Vereinbarungen zum Kauf von Schuldscheinen sowie unter dem erweiterten und aufgestockten NAB (siehe auch „Kreditvereinbarungen“, weiter oben in diesem Kapitel).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze des IWF werden nach einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der Mitte der 1980er Jahre aufgestellt wurde und die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Gläubiger- und Schuldner-Mitgliedern verteilt. Vierteljährliche Zinsgebühren, die sechs Monate oder länger überfällig (unbezahlt) sind, werden durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes wieder eingeholt (Lastenausgleichsberichtigungen), um den entgangenen Ertrag auszugleichen. Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der überfälligen Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2012 lag die Anpassung für überfällige vierteljährliche Zinsgebühren im Durchschnitt bei weniger als 1 Basispunkt, was den Anstieg der ausstehenden IWF-Kredite infolge der weltweiten Krise und einen ähnlichen Anstieg in den Reservetranchenpositionen der Mitglieder widerspiegelt. Der berichtete Gebühren- und Vergütungssatz lag im GJ 2012 bei durchschnittlich 1,30 bzw. 0,30 Prozent.

Nettoertrag

Im GJ 2012 verzeichnete der IWF einen Nettoertrag von 1,5 Mrd. SZR, was in erster Linie auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabe-tätigkeit zurückzuführen ist. Der Ertrag aus Investitionen lag bei 169 Mio. SZR, was einer Rendite abzüglich Gebühren von 126 Basispunkten entspricht.

Goldverkauf

Wie vorher in diesem Kapitel erwähnt, umfasst das 2008 verabschiedete neue Einkommensmodell für den IWF die Einrichtung einer Dotation im Investment Account des IWF, die mit den Erlösen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird; dabei ist beabsichtigt, durch Investition dieser Ressourcen Einkommen zur Unterstützung des IWF-Haushalts zu generieren und gleichzeitig den langfristigen Realwert der Dotation aufrechtzuerhalten. Das Exekutivdirektorium kam im Juli 2009 überein, dass der Erlös aus dem Goldverkauf teilweise auch für eine Aufstockung der Mittel des IWF zur konzessionären

Kreditvergabe an einkommensschwache Länder eingesetzt werden soll. Das Direktorium genehmigte den Verkauf von 403,3 Tonnen Gold im September 2009, was einem Achtel der gesamten Goldbestände der Institution entsprach.

Die Goldverkäufe wurden im Oktober 2009 aufgenommen und im Dezember 2010 abgeschlossen und erwirtschafteten einen Gesamterlös von 9,54 Mrd. SZR. Davon entfielen 2,69 Mrd. SZR auf den Buchwert des Goldes und 6,85 Mrd. SZR auf den Gewinn. Alle Verkäufe basierten auf Marktpreisen, die höher ausfielen als man zu dem Zeitpunkt, als das neue Einkommensmodell verabschiedet wurde, angenommen hatte. Die Finanzierung der Dotation mit Golderlösen in Höhe des damals anvisierten Betrags und die Aufstockung der Mittel für die konzessionäre Kreditvergabe in der im Juli 2009 vereinbarten Höhe rechneten mit einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 935 US\$ pro Unze. Der tatsächliche Verkaufspreis lag im Durchschnitt bei 1.144 US\$ pro Unze, was zu zusätzlichen „Windfall“-Profiten aus den Goldverkäufen führte.

Verwendung der Erlöse aus den Goldverkäufen

In einem ersten Gespräch über die Verwendung der Erlöse aus den Goldverkäufen⁶⁴ kamen die Exekutivdirektoren überein, dass mindestens 4,4 Mrd. SZR (6,8 Mrd. US\$) der Erlöse, wie schon erwähnt, für die Finanzierung einer Dotation auf dem Investment Account des IWF verwendet würden. Die Exekutivdirektoren bekräftigten zudem ihre Unterstützung für eine Strategie, einen Teil

der Erlöse zu verwenden, um 0,5-0,6 Mrd. SZR an Ressourcen, gemessen am Nettogegenwartswert von Ende 2008, für Subventionen für den PRGT zu generieren. Zu diesem Zweck billigte das Direktorium im Februar 2012 eine Ausschüttung an alle Mitglieder des IWF von Reserven in Höhe von 0,7 Mrd. SZR (1,1 Mrd. US\$), die aus einem Teil der Windfall-Profite aus den Goldverkäufen resultierten (siehe „Konzessionäre Mittelvergabe“ in Kapitel 3), in der Erwartung, dass die Empfängerländer die ausgeschütteten Mittel dem PRGT zur Verfügung stellen würden.⁶⁵

Im September 2011 führte das Exekutivdirektorium ein Folgegespräch über die Verwendungsmöglichkeiten der verbleibenden Windfall-Profite von 1,75 Mrd. SZR (2,7 Mrd. US\$), die als allgemeine Reserve geführt wurden.⁶⁶ Viele Exekutivdirektoren unterstützten weiterhin die Verwendung von Mitteln aus den Windfall-Profiten der Goldverkäufe im Rahmen einer Strategie zur Unterstützung von einkommensschwachen Ländern. Insbesondere befürworteten viele Direktoren – oder waren offen für – die Verwendung dieser Mittel, um die Kapazitäten des PRGT zur Bereitstellung konzessionärer Hilfe an einkommensschwache Länder aufzustocken. Viele Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, die verbleibenden Windfall-Profite angesichts der erhöhten Kreditrisiken den Risikorücklagen des Fonds zuzuschlagen, oder waren gewillt, diese Möglichkeit in Erwägung zu ziehen. Eine Anzahl von Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus oder würden in Erwägung ziehen, die verbleibenden Windfall-Profite in die Dotation des Fonds einzuzahlen, wodurch, wie vom neuen Einkommensmodell vorgesehen, insbesondere angesichts der

Kasten 5.1

Gebäuderenovierungen

Die wichtigsten mittelfristigen Kapitalausgaben des IWF betreffen die Sanierung und Renovierung im Hauptquartier (HQ1) und Concordia-Gebäude. Nach einer Reihe von Beratungsgesprächen mit dem Haushaltsausschuss bezüglich der Renovierungsoptionen für beide Gebäude billigte das Exekutivdirektorium Mittel zur Finanzierung der Projekte sowie projektspezifische Kontrollregelwerke zu Governance und Finanzkontrolle (über die standardmäßigen Governance- und Kontrollmaßnahmen des Fonds hinausgehend), die Projektprüfungsteams und – für HQ1 – einen externen Gutachter umfassen. Beide Projekte wurden vom Exekutivdirektorium im Rahmen des mittelfristigen Haushalts GJ 2012-2014 gebilligt.

HQ1. Untersuchungen ergaben im GJ 2011, dass weite Gebäude- teile und wichtige Systeme, die nahezu 40 Jahre alt sind, das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht oder bereits überschritten haben. Es sind daher beträchtliche Investitionen für den Ersatz wichtiger Gebäudesysteme notwendig, um Sicherheit, Energieeffizienz sowie eine rationellere Nutzung der Büroflächen zu erreichen. Nach Beurteilung verschiedener Ansätze wurde der kostengünstigste Ansatz – die Renovierung von jeweils zwei Stockwerken gleichzeitig – gebilligt, obwohl dadurch die Mitarbeiter des IWF

stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. Im GJ 2012 billigte die Geschäftsführung den Konzeptentwurf des Architekten für die Renovierung, der den geschäftlichen Erfordernissen des IWF entspricht und die Funktionstüchtigkeit des Gebäudes für zwei Jahrzehnte sichern wird. Die Sanierungs- und Renovierungsarbeiten werden ab 2013 über vier Jahre hinweg durchgeführt.

Concordia-Gebäude. In Übereinstimmung mit dem vom IWF-Stab und im GJ 2011 gebilligten Ansatz begannen die Renovierungsarbeiten am 46 Jahre alten Concordia-Gebäude im GJ 2012; damit sollen Struktur- und Systemprobleme angegangen und das Gebäude auf einen modernen Stand gebracht werden; die Wiedereröffnung ist für das Frühjahr 2013 geplant. Das 81 Jahre alte Bond-Gebäude wurde im Januar 2012 an den Höchstbietenden für rund 22 Mio. US\$ verkauft; der Nettoerlös aus dem Verkauf wurde dem General Resources Account gutgeschrieben. Die beiden Gebäude gehörten zur Wohneinrichtung Concordia, in der vorwiegend Teilnehmer an den Kursen des ehemaligen IWF-Instituts (jetzt Teil des Institute for Capacity Development, siehe Kapitel 4) untergebracht wurden.

Tabelle 5.1**Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2011 – 2015**

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2011		GJ 2012		GJ 2013	GJ 2014	GJ 2015
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
VERWALTUNGS-AUSGABEN							
Personal	739	757	820	799	836	847	854
Reisekosten	104	94	112	105	118	121	122
Gebäude und sonstige Ausgaben	169	169	181	178	181	180	182
Jahrestagungen	—	—	—	—	6	—	—
Rücklagen für Eventualfälle	—	—	11	—	17	17	13
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, BRUTTO							
	1013	1021	1123	1082	1159	1164	1171
Einnahmen ¹	-122	-104	-138	-136	-161	-168	-169
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, NETTO							
	891	917	985	947	997	997	1002
Vortrag ²	62	...	34	...	41		
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, NETTO (EINSCHLIESSLICH VORTRAG)							
	953	917	1019	947	1038	997	1002
KAPITAL-AUSGABEN							
Gebäude und Informationstechnik	48	54	162	44	388	35	35

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ Einschließlich geberfinanzierter Maßnahmen, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.² Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehenden Regeln.

unsicheren Renditeperspektiven eine nachhaltige und breit gestreute Einkommensbasis sichergestellt wäre.

Die Exekutivdirektoren räumten ein, dass eine Wahl unter diesen Hauptmöglichkeiten die Implikation von Trade-offs in den Finanzpolitiken mit sich bringen würde. Einige Direktoren sprachen sich für eine Mischlösung aus, wobei allerdings die Fortschritte in Richtung der jeweiligen Ziele geschmälert würden. Mangels Konsenses zum Zeitpunkt der Erörterung sprachen sich die meisten Exekutivdirektoren für einen phasenweisen Ansatz aus, bei dem die verbleibenden Windfall-Profiten in der allgemeinen Reserve des Fonds bleiben und zwischenzeitlich auf dem Investment Account investiert, aber nicht zu den Risikorücklagen zählen würden; dies wurde in dem Verständnis vereinbart, dass das Direktorium nach Ablauf eines Jahres über die letztendliche Verwendung der Windfall-Profiten entscheiden würde. Dieser Ansatz würde Zeit bringen für mehr Klarheit, was die globalen Aussichten, die Einkommensposition und die Kreditrisiken des Fonds sowie die Entwicklung der Nachfrage nach konzessionären Mitteln anbetrifft. Eine Anzahl von Exekutivdirektoren hätten eine unverzügliche Entscheidung über die Verwendung der Windfall-Profiten bevorzugt.

Die Exekutivdirektoren werden die Optionen zur Verwendung der verbleibenden Windfall-Profiten weiter erkunden. Es wurde beschlossen, die Windfall-Profiten zwischenzeitlich auf dem Investment Account zu belassen und in kurzfristige Einlagen zu investieren.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Im April 2011 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die GJ 2012-14 Nettoverwaltungsausgaben für das GJ 2012 von insgesamt 985 Mio. US\$ sowie eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.123 Mio. US\$ (siehe Tabelle 5.1).⁶⁷ Darüber hinaus billigte das Direktorium einen Vortrag von bis zu 34 Mio. US\$ nicht verbrauchter Mittel aus dem GJ 2011. Es billigte zudem Kapitalausgaben von 162 Mio. US\$, die größtenteils für Renovierungen am Concordia-Gebäude und zur Aufnahme detaillierter Planungsarbeiten für die Renovierung des sehr alten Gebäudes am Hauptquartier vorgesehen sind (siehe Kasten 5.1).

Die Arbeit des IWF während des GJ 2012 wurde von der anhaltenden globalen Krise beeinflusst, und der gebilligte Haushalt war auf die Bereitstellung ausreichender Mittel ausgerichtet, damit die Organisation die Bedürfnisse ihrer Mitglieder erfüllen kann. Im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr, das die letzte Phase des dreijährigen Umstrukturierungs- und Downsizing-Bemühungen des Fonds darstellte, wurde der Haushalt real um 3 Prozent erhöht; damit sollen Änderungen auf den Kerngebieten des Fonds finanziert werden, die weit über die gegenwärtige Krise hinaus aufrechterhalten werden sollen, zum Beispiel Arbeit zur Krisenprävention, länderübergreifende Analyse sowie Überwachung des Finanzsektors. Innerhalb des gebilligten Rahmens enthält der mittelfristige Haushalt für die GJ 2012-2014 auch 53 Mio. US\$ zu vorüber-

Tabelle 5.2**Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben**

(Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2012		947
Zeitliche Verschiebungen:		
Kosten für Renten und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses		-28
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre		46
Nicht im Verwaltungshaushalt enthaltene Beträge		
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß International Financial Reporting Standards als Ausgaben verbuchte Posten		7
Gewinn aus dem Verkauf von Anlagevermögen		-20
Rückerstattung an die Allgemeine Abteilung (von Post-Catastrophe Debt Relief Trust und Abteilung Sonderziehungsrechte)		-4
IM GEPRÜFTEN ABSCHLUSSBERICHT AUSGEWIESENE VERWALTUNGSAUSGABEN, INSGESAMT		948
MERKPOSTEN:		
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)		613

Quellen: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen US\$/SZR-Wechselkurs während des GJ 2012 von ungefähr 1,55.

Tabelle 5.3**Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art**

(Millionen SZR; mit Stand vom 30. April 2012)

	Insgesamt	Nach Art		
		Allgemeine Abteilung (einschl. Structural Adjustment Facility)	Trust Fund	Poverty Reduction and Growth Trust
Simbabwe	85,9	–	–	85,9
Somalia	232,8	224,6	8,2	–
Sudan	982,6	901,4	81,2	–
Insgesamt	1301,2	1125,9	89,4	85,9

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

gehenden, krisenbezogenen Ausgaben, die im GJ 2011 aus nicht ausgegebenen Mitteln bestritten wurden, die aus dem GJ 2010 vorgetragen und für Ausgaben im GJ 2011 freigegeben wurden.

Die angefallenen Nettoverwaltungsausgaben für das GJ 2012 beliefen sich auf 947 Mio. US\$ und lagen damit um 38 Mio. US\$ unter der gebilligten Grenze, was hauptsächlich auf Personalausgaben zurückzuführen war, die geringer ausfielen als geplant; es gab einige Verzögerungen bei der Besetzung neuer Stellen, die im Rahmen des Haushalts für das GJ 2012 gebilligt worden waren. Die tatsächlichen Kapitalausgaben für Informationstechnik (IT) und die Ausgaben für Einrichtungen entsprachen im Großen und Ganzen dem Budget. Die Ausgaben für den Kapitalhaushalt werden für einen Zeitraum von drei Jahren gebilligt, wobei die Ausgaben im ersten Jahr normalerweise proportional geringer ausfallen, weil die meisten Projekte über einen längeren Zeitraum andauern. Im Fokus der IT-Investitionen standen die

Verbesserung von Informations- und Datenmanagement, IT-Sicherheit, betriebliche Effizienz sowie der Ersatz veralteter oder nicht mehr gestützter Technologien.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und nicht nach der Einnahmen-/Ausgabenrechnung von Haushaltsauslagen verbucht. Diese Standards verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Sozialleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. Tabelle 5.2 zeigt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungshaushalts des GJ 2012 in Höhe von 947 Mio. US\$ und den auf den International Financial Reporting Standards basierenden Verwaltungsausgaben von 613 Mio. SZR (948 Mio. US\$), die im geprüften Finanzausweis des IWF erscheinen.

Im April 2012 billigte das Exekutivdirektorium den Haushalt für das GJ 2013 mit Nettoverwaltungsausgaben von 997 Mio. US\$ und einer Obergrenze für Bruttoverwaltungsausgaben von 1.159 Mio. US\$ sowie einem Vortrag nicht ausgegebener Mittel aus dem GJ 2012 in Höhe von 41 Mio. US\$. Die Grenze für die Nettoverwaltungsausgaben im GJ 2013 bleibt gegenüber dem Vorjahr real unverändert. Der Kapitalhaushalt wurde auf 388 Mio. US\$ festgesetzt, um notwendige Investitionen in Einrichtungen und IT bestreiten zu können. Das Exekutivdirektorium befürwortete auch einen vorläufigen Haushaltsentwurf für die GJ 2014-2015.

Der mittelfristige Haushalt für die GJ 2013-2015 will ein Gleichgewicht zwischen dem anhaltenden Druck auf den IWF im Zusammenhang mit seiner aktiven Rolle zur Wiederherstellung der globalen Finanzstabilität und dem Wunsch schaffen, die aus der abgeschlossenen Umstrukturierung resultierenden Einsparungen nicht zu verlieren. Die vorübergehenden, krisenbezogenen Mittel, die im GJ 2012 gebilligt worden waren, bleiben im neuen Haushalt konstant. Gleichzeitig werden neue Erfordernisse durch eine Kombination von Umverteilungen, Verschlinkungen und Neuausrichtungen bestimmter multilateraler Überwachungsprodukte (sowohl Fokus als auch Frequenz) und weitere Effizienzmaßnahmen angegangen (zum Beispiel die Zusammenlegung von zwei Abteilungen, siehe „Kapazitätsaufbau in den Mitgliedsländern“, Kapitel 4); damit soll nicht zuletzt sichergestellt werden, dass die Mittel für die Überwachung nicht systemrelevanter Fälle nicht umverteilt werden.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen von 1.305 Mio. SZR Ende April 2011 auf 1.301 Mio. SZR Ende April 2012 (Tabelle 5.3). Auf Sudan entfielen rund 75,5 Prozent der verbleibenden Rückstände, während Somalia und Simbabwe mit 17,9 bzw. 6,6 Prozent zu Buche schlugen. Alle Rückstände gegenüber dem IWF mit Stand vom Ende April 2012 waren längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig); ein Drittel entfiel auf überfällige Tilgung, die anderen beiden Drittel auf überfällige Gebühren und Zinsen. Mehr als vier Fünftel betrafen Rückstände gegenüber dem GRA, der Rest gegenüber dem Treuhandfonds und dem PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Durch die allgemeine SZR-Zuteilung im August 2009 konnten alle hartnäckigen Fälle in der SZR-Abteilung mit ihren Zahlungen auf dem Laufenden bleiben.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um die langfristigen Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres hatten Somalia und Sudan abermals keine Berechtigung zur Nutzung von Mitteln aus dem GRA. Simbabwe darf erst dann Mittel aus dem GRA in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung

mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der technischen Hilfe und die Streichung von der Liste PRGTberechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawes Rückständen gegenüber dem PRGT weiterhin bestehen. Im April 2012 beschloss das Exekutivdirektorium, die technische Hilfe für Simbabwe in bestimmten Bereichen fortzuführen.

Prüfungsverfahren

Das Prüfungsverfahren des IWF beruht auf einer externen Prüfungsgesellschaft, einer Innenrevision und einem unabhängigen External Audit Committee (EAC – Externer Rechnungsprüfungsausschuss), das nach der Satzung des Fonds die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Das EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Die EAC-Mitglieder sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, aus dem öffentlichen Sektor oder von Universitäten mit.

Das EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Es kommt jedes Jahr in Washington, D.C., zusammen zur Durchführung eines Reviews in Jahresmitte, normalerweise Januar oder Februar, nach Abschluss der Rechnungsprüfung im Juni und, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten, im Juli. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2012 sind Arfan Ayass, Amelia Cabal (Vorsitz) und Jian-Xi Wang.

Externe Prüfungsgesellschaft

Die externe Prüfungsgesellschaft, die vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt wird, ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung, einschließlich des Prüfvermerks zu den Finanzausweisen des IWF, die gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und den Angestellten-Pensionsplan. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert das EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.



Links Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde spricht vor dem Mitarbeiterstab im Rahmen eines Town Hall Meeting. **Rechts** Frauen in Juba im Süd-Sudan feiern die Unabhängigkeit ihres Landes im Juli 2011.



Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Derzeit ist Deloitte & Touche LLP die externe Prüfungsgesellschaft des IWF. Sie stellte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk über die Finanzausweise des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2012 aus.

Büro für interne Revision und Inspektion

Die interne Revisionsfunktion obliegt dem Office of Internal Audit and Inspection (OIA – Büro für interne Revision und Inspektion), das unabhängig Untersuchungen über die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollmechanismen und der internen Governance des IWF durchführt. Die Prüfungsaufgaben des OIA umfassen den Mitarbeiterstab des Fonds und seit 2011 das Exekutivdirektorium, die Büros der Exekutivdirektoren sowie das unabhängige Evaluierungsbüro und seine Mitarbeiter.

Im GJ 2012 führte das OIA 16 Prüfungen in den folgenden Bereichen durch: Finanzprüfungen zur Angemessenheit der Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Finanzwerte und Konten des IWF, IT-Audits zur Bewertung der Angemessenheit des IT-Managements und der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen, operative und Wirksamkeitsprüfungen von Arbeitsprozessen und den damit zusammenhängenden Kontrollmechanismen sowie der Wirksamkeit der Abläufe bei der Verwirklichung der Gesamtziele des Fonds. Darüber hinaus nahm das OIA fünf beratende und Sonderprüfungen durch, um im Rahmen der Umsetzung von internen Entwicklungsprojekten zur Verschlankeung der Geschäftsprozesse beizutragen und Vorschläge und Koordinationshilfe für Sonderprüfungen des Fonds bereitzustellen. Es brachte zwei im GJ 2011 begonnene Untersuchungen zum Abschluss.

Unabhängig von seiner Funktion als interne Revision dient das OIA auch als Sekretariat to the Advisory Committee on Risk Management (Sekretariat für den Beratungsausschuss zum Risikomanagement). In dieser Kapazität koordiniert das OIA die Erstellung eines jährli-

chen Risikomanagementberichts an das Direktorium. Das OIA stellte im GJ 2012 auch technische und logistische Unterstützung für den externen Ausschuss bereit, der zur Prüfung des Regelwerks zum Risikomanagement des Fonds einberufen wurde (siehe „Risikomanagement“, im nächsten Unterabschnitt).

Nach Maßgabe der bestmöglichen Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und das External Audit Committee, womit seine Objektivität und Unabhängigkeit gewährleistet bleiben. Das Exekutivdirektorium wird über die Tätigkeit des OIA zweimal pro Jahr mittels eines Tätigkeitsberichts informiert, der Informationen zu den geplanten Rechnungsprüfungen und Prüfungen des OIA sowie die Ergebnisse und den Status von Prüfungsempfehlungen enthält, und das Direktorium erhält alle Prüfberichte zur Kenntnisnahme. Das letzte informelle Direktoriumsbriefing zu diesen Themen fand für das GJ 2012 im Januar 2012 statt. Es wurden keine wesentlichen Schwachpunkte in der internen Kontrollstruktur des Fonds aufgedeckt, der Jahresabschluss wurde benannt, die Abschlussrate der Empfehlungen im GJ 2012 lag jedoch hinter der des GJ 2011 zurück.

Risikomanagement

Im GJ 2012 wurden die Bestrebungen zur Stärkung des IWF-Regelwerks zum Risikomanagement fortgeführt. Das Advisory Committee on Risk Management (Beratungsausschuss zum Risikomanagement) bietet ein abteilungsübergreifendes Forum zur Erörterung wichtiger Vorfälle und Risiken. Wie im vorangegangenen Unterabschnitt erwähnt erstellt der Ausschuss jedes Jahr einen Bericht zum Risikomanagement, der wesentliche Risiken für den Fonds erörtert und das Direktorium informell über Problemstellungen des Risikomanagement informiert. Im Juni 2011 diskutierte das Exekutivdirektorium den 2011 Report on Risk Management (Risikomanagement-Bericht 2011). Die Exekutivdirektoren stellten eine Verlagerung des Risikoprofils des IWF vor dem Hintergrund einer unterschiedlich raschen Erholung der Weltwirtschaft fest; sie stimmten der Bewertung der im Bericht genannten Hauptrisiken und den

vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen weithin zu. Sie merkten jedoch auch an, dass die jüngsten Ereignisse den IWF in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt hätten, was das Reputationsrisiko erhöht; sie brachten daher ihr Interesse zum Ausdruck, die Ergebnisse eines einberufenen externen Gremiums zum Risikomanagement zu prüfen und zu erörtern.

Im Dezember 2010 wurde ein hochkarätig besetztes externes Gremium ernannt, um eine unabhängige und umfassende Überprüfung des IWF-Regelwerks zum Risikomanagement durchzuführen. Den Vorsitz über das Gremium führte Guillermo Ortiz, weitere Mitglieder waren Jacob A. Frenkel, Malcolm D. Knight und Thomas O'Neill. Das Gremium legte seinen Bericht im November 2011 der Geschäftsführenden Direktorin vor, und auch das Exekutivdirektorium wurde darüber in Kenntnis gesetzt. Gemäß den Bezugspunkten führte das Gremium eine Beurteilung sämtlicher Aspekte des Regelwerks unter Anerkennung der einzigartigen Rolle des Fonds im internationalen Finanzsystem durch – die Prozesse zur Erkennung, Evaluierung und Abfederung potenzieller Risiken für den IWF und seine Tätigkeit –, vor allem im Hinblick auf seine Überwachungstätigkeit und seine Aufgaben als Kreditgeber in Krisensituationen. Im Januar 2012 hatten die Exekutivdirektoren im Rahmen eines informellen Informationsgesprächs Gelegenheit, das Gremium zu seinen Ergebnissen und Empfehlungen zu befragen.

Im Nachgang zum Bericht des Gremiums richtete die Geschäftsführung im März 2012 eine Arbeitsgruppe aus leitenden Stabsmitarbeitern ein, die in ihrer persönlichen Kapazität tätig werden. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, (1) konkrete Vorschläge zu den wichtigsten Empfehlungen im Bericht des externen Gremiums zu erarbeiten und (2) zu untersuchen, welche Rolle die quantitative Analyse im Management des IWF von Finanzrisiken spielen könnte. Die Arbeitsgruppe wird sich mit externen Fachleuten auf dem privaten und öffentlichen Sektor beraten und ihre Arbeit voraussichtlich im GJ 2013 abschließen.

MITGLIEDSCHAFT

Im April 2012 trat die Republik Süd-Sudan als 188. Mitglied dem IWF bei, anlässlich der Unterzeichnung des IWF-Übereinkommens durch den Minister für Finance and Economic Planning Kosti Manibe Ngai im Rahmen einer Feierstunde in Washington, D.C.⁶⁸ Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde hieß das Land zu seiner Mitgliedschaft im IWF willkommen und betonte, dass der Fonds das Land bei der Schaffung von Grundlagen für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum nach Kräften unterstützen werde.

Süd-Sudan beantragte die Mitgliedschaft im IWF im April 2011 und der IWF begann mit der Anbahnung der Mitgliedschaft. Das Land veröffentlichte im darauffolgenden Juli eine Erklärung der Unabhängigkeit vom Sudan. Seither erhöhte der Fonds die Bereitstellung von Technical Assistance und Ausbildung für das Land und

trat in einen politischen Dialog mit den Behörden zu den Themen Steuer- und Zollverwaltung, Verwaltung der öffentlichen Finanzen und Öleinkünfte, Wechselkurspolitik, Zentralbankwesen und makroökonomische Statistiken. Der Fonds koordinierte zudem mit Gebern und den Bereitstellern von Technical Assistance, um Süd-Sudan die ersten vier Jahre seiner Mitgliedschaft mit einem zweckgebundenen Treuhandfonds von rund 11 Mio. US\$ zum Kapazitätsaufbau zu unterstützen; die Europäische Union ist hierbei der wichtigste Geber.

Die Anfangsquote Süd-Sudans im IWF wurde auf 123,0 Mio. SZR (190,7 Mio. US\$) festgelegt. Mit der Aufnahme Süd-Sudans belaufen sich die Mitgliederquoten des IWF auf insgesamt 238,12 Mrd. SZR (369,09 Mrd. US\$).

PERSONALWESEN – POLITIKEN UND ORGANISATION

Personalwesen im GJ 2012

Die Personalverwaltung des IWF muss den Fonds als wissensbasierte Institution unterstützen, deren wichtigstes Gut ihre Mitarbeiter sind. Der Erfolg der Institution hängt von ihrer Fähigkeit ab, eine bestens ausgebildete, innovative und vielfältige Belegschaft anzuwerben, zu motivieren, zu binden und zu fördern. Im GJ 2012 erzielte der Fonds beträchtliche Fortschritte in dieser Richtung, einschließlich durch fortlaufende starke Anwerbemaßnahmen und die Umsetzung wichtiger Reformen, die auf die Verbesserung von Effektivität und Effizienz der Personaldienstleistungen in der gesamten Institution abzielen.

Charakteristiken der Belegschaft

Nach Neueinstellungen in Rekordhöhe während der Jahre 2009 und 2010 normalisierte sich 2011 das Tempo der Anwerbungen beim IWF. Der Fonds stellte 153 Stabsmitarbeiter ein – im Vergleich dazu betrug zwischen 2007 und 2011 der Jahresdurchschnitt 170 Einstellungen. In Fortsetzung der Tendenz von 2010 und teilweise auch in Reaktion auf krisenbezogenen Personalbedarf wurden 53 Prozent der neuen Mitarbeiter auf befristeter Basis eingestellt (2010 waren es 42 Prozent). Diese kürzerfristigen Beschäftigungsverhältnisse geben dem Fonds größere Flexibilität, seine Belegschaft in den kommenden Jahren anzupassen. Einen hohen Anteil der Neueinstellungen machten Wirtschaftswissenschaftler in mittleren Karrierejahren mit umfassender Politikerfahrung aus (76 Prozent 2011 gegenüber 72 Prozent 2010 und 59 Prozent 2005); in vielen Fällen spiegelte dies einen Bedarf der Regionalabteilungen an Mitarbeitern mit Erfahrung im fiskalischen Bereich wider, eine Erfahrung, die notwendig ist, um den Zuwachs an Finanzierungsprogrammen und Technical Assistance des Fonds zu bewältigen.

Zum 30. April 2012 zählte der IWF 2.007 Fach- und Führungskräfte sowie 468 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung

der leitenden Mitarbeiter sowie das Organigramm des IWF sind auf den Seiten 75 und 76 dieses Berichts zu sehen.

Der IWF unternimmt die größten Anstrengungen sicherzustellen, dass die Vielfalt der Belegschaft ein genaues Bild der Mitgliedsländer wiedergibt, und wirbt Mitarbeiter aus allen Teilen der Welt an (Web-Tables 5.1 – 5.3 zeigen die Aufteilung des Stabs nach Nationalität, Geschlecht und Ländertyp).⁶⁹ Von den 188 Mitgliedstaaten, die der IWF Ende April 2012 zählte, waren 156 in der Belegschaft vertreten. Der IWF machte im Jahresverlauf Fortschritte bei der Einstellung vielfältiger Stabsmitarbeiter, aber Angebotsengpässe und Wettbewerb bleiben Herausforderungen: 41 Prozent der neuen Stabsmitarbeiter kamen aus unterrepräsentierten Regionen und 44 Prozent waren Frauen. Das Economists Program (Programm für Wirtschaftswissenschaftler) des Fonds lieferte weiterhin besonders starke Ergebnisse im Hinblick auf personelle Vielfalt: etwa 70 Prozent kamen im GJ 2012 aus unterrepräsentierten Regionen und 55 Prozent waren Frauen. Die 2011 eingeführten neuen Politikmaßnahmen führten schließlich zur Einstellung von vier weiteren Mitarbeitern aus Ostasien und dem Nahen Osten. Nachdem der Fonds die ursprünglichen Richtwerte zur Erhöhung des Frauenanteils auf Managerebene erreicht hatte, überarbeitete er diese Richtwerte 2011 und fügte einen Richtwert für die Anwerbung hinzu, um mehr Frauen auf Experten- und Führungsebene zu beschäftigen. Im Hinblick auf die Richtwerte zur regionalen Vielfalt wurde das Ziel für Fach- und Führungskräfte aus Übergangsländern 2011 erreicht, und die Arbeiten zur Erreichung der Richtwerte für andere unterrepräsentierte Regionen dauern an.

Gehaltsstruktur der Geschäftsführung

Die Vergütung der Geschäftsführung wird regelmäßig durch das Exekutivdirektorium überprüft; das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird vom Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, D.C., werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten der Managementposition gliederte sich die Gehaltsstruktur für das Management mit Stand vom 1. Juli 2011 folgendermaßen:

Geschäftsführende Direktorin	467 940 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	406 900 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	387 530 US\$

Die Vergütung der Exekutivdirektoren betrug 244.350 US\$, und die Stellvertretenden Exekutivdirektoren erhielten 211.370 US\$. Im GJ 2012 betrug das Durchschnittsgehalt für die leitenden Mitarbeiter des IWF (siehe Seite 75) 312.934 US\$. Web Table 5.4 zeigt die Gehaltsskala für die Belegschaft des IWF.

Reformen im Personalwesen

Personalumfrage

Anfang 2012 führte die Geschäftsführung des IWF einen Aktionsplan ein, um die in einer Personalumfrage des vorangegangenen Jahres identifizierten Aufgaben anzugehen. Es wurden neun fondsweite Projekte begonnen, die sich den Bereichen Karriereentwicklung, Leistungsmanagement, Führungsqualitäten und Rechenschaft widmen. Konzeptvorschläge zu den Politiken wurden Ende April 2012 fertiggestellt und werden im GJ 2013 zur vollen Implementierung kommen. Die nächste Personalumfrage wird Ende 2013 durchgeführt.

Beförderungsreform, Vergütung und Lohnnebenleistungen

2011 wurden Reformen eingeführt mit dem Ziel, Beförderungsentscheidungen im Rahmen eines strukturierten Beurteilungsprozesses zu fällen, der auf umfassenden Kompetenzregelwerken beruht und mit eindeutigen Beschränkungen der Zahl der verfügbaren Beförderungen einhergeht. Es wurde auch eine gründliche vergleichsbasierte Prüfung der Mitarbeitervergütung durchgeführt, und bei der Umsetzung bereits gebilligter Reformen zur Ruhestandsregelung für Stabsmitarbeiter wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Eine Arbeitsgruppe prüfte die Reformen zum Medical Benefits Plan (Plan für medizinische Leistungen) von 2008 und stellte fest, dass die Reformziele erreicht wurden.

Modernisierung der Personalverwaltungsdienste

Das Human Resources Department (Abteilung Personalwesen) des Fonds realisierte im Jahresverlauf effizienzbasierende Einsparungen und setzte die Verschlankeung und Automatisierung seiner Tätigkeitsfelder fort. In den Bereichen Abwesenheitsbearbeitung und Verwaltung, Lohnnebenleistungen für Mitarbeiter in Übersee sowie Leistungsüberwachung für Mitarbeiter mit Zeitverträgen wurden spezifische Rationalisierungen verwirklicht.

Direktoriumsüberprüfung des Diversity Annual Report für 2010

Jedes Jahr erstellt der Diversity Advisor des IWF einen Bericht über die Bestrebungen der Institution zur Förderung größerer Vielfalt in den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsumfeld. Der Bericht wird in Rücksprache mit dem Diversity Counsel des Fonds erstellt, ein fondsweites Vertretungsorgan, das der Geschäftsführung, Abteilungsleitern und den Diversity Reference Groups in den Abteilungen Anleitung gibt; er wird dem Exekutivdirektorium vorgelegt und in die öffentliche Website des Fonds eingestellt.⁷⁰

Im Mai 2011 erörterte das Exekutivdirektorium den Diversity Annual Report (Jahresbericht zur personellen Vielfalt) für 2010.⁷¹ Die Exekutivdirektoren erkannten den Wert personeller Vielfalt zur Verbesserung der institutionellen Qualität und Leistung an. Sie

begrüßten die wichtigen Fortschritte, die in den letzten Jahren in diesem Bereich gemacht wurden: aufbauend auf der im Verlauf der vergangenen Jahre geschaffenen Infrastruktur zur personellen Vielfalt, war insbesondere der Anteil von Mitarbeitern aus unterrepräsentierten Regionen etwas angestiegen und hatte der Frauenanteil 2010 weiter zugenommen, und es wurden mehrere neue Initiativen auf den Weg gebracht, die nachhaltigen Fortschritt in den folgenden Jahren fördern sollen.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die wichtigen verbleibenden Herausforderungen auf dem Weg zu einer personellen Vielfalt, die die Mitglieder des Fonds angemessen widerspiegeln würde. Sie nutzten die Gelegenheit, der Geschäftsführung des IWF allgemeine Anleitungen zur Organisation und Ernennung von Stabsmitarbeitern zu erteilen, wobei sie gleichzeitig die im Bericht ausgesprochenen Empfehlungen befürworteten. Sie forderten Geschäftsführung wie Mitarbeiter dazu auf, die Diversity Agenda des Fonds mit aller Kraft voranzutreiben.

Die Exekutivdirektoren begrüßten den weiter gewachsenen Anteil an Fachleuten aus Entwicklungs- und Übergangsländern auf rund 45 Prozent. Sie merkten jedoch an, dass die Anteile von Staatsbürgern aus den vier unterrepräsentierten Regionen (Afrika, Ostasien, Naher Osten und Übergangsländer) insgesamt und auch auf den höheren Mitarbeitererebenen niedrig blieben. Sie unterstützten vor kurzem übernommene Politikmaßnahmen, die mehr Anstrengungen zur Anhebung der Anteile von Staatsbürgern aus diesen Regionen forderten, vor allem in Bezug auf die Nahost-Region, deren Anteil im letzten Jahrzehnt gesunken ist.

Die Exekutivdirektoren betrachteten den Wert, den eine größere Vielfalt an Erfahrungen und Fachkenntnissen im Mitarbeiterstab für die Wirksamkeit der Belegschaft bringt, wobei sie auch auf die Evaluierung der IWF-Leistungen durch das IEO im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise verwiesen. Sie empfahlen, Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, und andere Dimensionen der Vielfalt bei der Anwerbung und Karriereentwicklung von Mitarbeitern zu berücksichtigen.

Die Exekutivdirektoren lobten das Erreichen der 20-Prozent-Marke beim Frauenanteil in Führungspositionen, merkten aber an, dass der Fonds in dieser Hinsicht hinter den meisten vergleichbaren internationalen Institutionen zurückläge. Sie sahen die Notwendigkeit gegeben, Geschlechtervielfalt in Kernfunktionen, etwa in leitenden und wirtschaftswissenschaftlichen Positionen, zu erhöhen. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die laufende IWF-Initiative zur Neufestlegung des Frauenanteils in leitenden Positionen auf ein angemessen ehrgeiziges Niveau und verwiesen auf unterstützende Arbeitsbedingungen als notwendige Voraussetzungen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die zusätzlichen Empfehlungen des Berichts für weitere Maßnahmen. Sie betonten, dass nachhaltige schnelle Fortschritte in Richtung der Vielfaltsziele des Fonds weiterhin das Engagement der Geschäftsführung sowie genaue Überwachung

und Rechenschaftsberichte für die Ergebnisse von Vorgesetzten auf allen Stufen notwendig machten. Sie forderten eine besondere Anstrengung zur Förderung der Vielfalt unter den leitenden Personalmanagern des Fonds. Sie begrüßten es, dass die Diversity Strategy Nachdruck darauf legt, das Personal aller Stufen mit dem Nutzen bekannt zu machen, den die Diversity für Unternehmen bringt, und die Praktiken des Personalmanagements mit den Zielen für Diversity in Einklang zu bringen.

Veränderungen in der Geschäftsführung

Im Mai 2011 teilte der ehemalige Geschäftsführende Direktor Dominique Strauss-Kahn dem Exekutivdirektorium seine Absicht mit, mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführender Direktor des IWF zurückzutreten.⁷² Nach dem Rücktritt des Geschäftsführenden Direktors übernahm der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor John Lipsky – der bereits angekündigt hatte, dass er keine Verlängerung seiner Amtszeit als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor beabsichtige (siehe Kasten 5.2) – vorübergehend die Geschäfte des Geschäftsführenden Direktors. Das Exekutivdirektorium begann unverzüglich mit dem Auswahlverfahren für den nächsten Geschäftsführenden Direktor⁷³ und bediente sich dabei einer offenen, leistungsorientierten und transparenten Vorgehensweise. Die vorgeschlagenen Kandidaten wurden in Bezug auf ein Anforderungsprofil bewertet, das die erwarteten Qualifikationen definierte, um eine engere Auswahl von Kandidaten ohne geografische Präferenzen zu erreichen. Die Kandidaten, die in die engere Auswahl kamen, wurden dann zu einem Gespräch mit dem Exekutivdirektorium geladen, und das Direktorium erörterte im Anschluss daran die Stärken der Kandidaten mit dem Ziel, den neuen Geschäftsführenden Direktor wie in den vorherigen Auswahlrunden in einem Konsensverfahren zu ermitteln.

Ende Juni wählte das Direktorium Christine Lagarde zur Geschäftsführenden Direktorin und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums für eine Amtszeit von fünf Jahren, die im folgenden Monat begann.⁷⁴ Mme. Lagarde ist die erste Frau an der Spitze des IWF seit der Gründung der Institution 1944.

Die französische Staatsbürgerin war seit Juni 2007 Frankreichs Finanzministerin gewesen. Davor diente sie zwei Jahre lang als französische Außenhandelsministerin. Sie kann zudem auf eine umfassende und beachtliche Karriere als Rechtsanwältin für Kartellrecht und Arbeitsrecht in der internationalen Anwaltskanzlei Baker & McKenzie zurückblicken, wo sie Partnerin war und im Oktober 1999 den Vorsitz übernahm. Sie hielt die Spitzenposition der Kanzlei bis Juni 2005, als sie auf ihren ersten Ministerposten in Frankreich berufen wurde. Sie studierte am politwissenschaftlichen Institut der Rechtsfakultät an der Universität Paris X.

Kurz nach dem Antritt ihrer Amtszeit als Geschäftsführenden Direktorin schlug Frau Lagarde die Ernennung von David Lipton zum Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor sowie die Ernennung des Sonderberaters des Geschäftsführenden Direk-

Kasten 5.2**Abschied von John Lipsky**

Nach einer beeindruckenden fünfjährigen Amtszeit als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor verließ John Lipsky im November 2011 den IWF; er war als Sonderberater der Geschäftsführenden Direktorin drei Monate länger geblieben als ursprünglich vorgesehen. Bei einer Verabschiedungsfeier im Hauptquartier des IWF zollten Exekutivdirektoren und Geschäftsführung sowie Mitarbeiter Lipsky und seinen wichtigen Beiträgen für den IWF Tribut.

Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde sprach anlässlich der Feier von den vielen Dingen im IWF, „die es ohne John Lipsky nicht geben würde“, insbesondere die Frühwarnübung, die enge Beziehung des IWF zum Rat für Finanzstabilität, die enge Zusammenarbeit mit der G20 und vor allem seine Beteiligung am Gegenseitigen Bewertungsprozess der Organisation. Der Doyen im Exekutivdirektorium A. Shakour Shaalan nannte Gründe, warum man sich „sehr gern“ an Lipsky erinnern werde, und verwies insbesondere auf seine Dienste als Amtierender Geschäftsführender Direktor, wobei er unterstrich, dass seine Führungseigenschaften und Leitung die Institution durch eine sehr schwierige Zeit geführt haben. Der ehemalige Geschäftsführende Direktor Rodrigo de Rato sagte in einer Videoansprache,

dass die Einstellung von Lipsky „eine der besten Entscheidungen“ gewesen sei, die er während seiner Zeit beim IWF getroffen habe; die Vorsitzende der Staff Association Susan George beschrieb bestimmte Gelegenheiten, bei denen Lipsky dem Mitarbeiterstab zur Seite stand. Die Staff Association überreichte Herrn Lipsky ein Spendenzertifikat in seinem Namen zum Hilfsfonds des Stabs, und die Geschäftsführende Direktorin bedachte Herrn Lipsky und seine Frau mit Blumen und einem Erinnerungsalbum sowie einem Buch mit den Reden Lipskys während seiner Zeit als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor.

Lipsky erinnerte sich, wie er 1973 zum ersten Mal den IWF betrat, und an seine Arbeit in den Abteilungen Western Hemisphere und Exchange and Trade Relations (Vorläufer der heutigen Abteilung Strategy, Policy, and Review) und als Vor-Ort-Vertreter in Chile. Er nannte seine Zeit als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor „eine fantastische Erfahrung“ und lobte den IWF-Stab in der Zeit als die fähigste Gruppe, die je für die Institution tätig war; er nannte namentlich einige Mitglieder seines persönlichen Stabs sowie seine ehemaligen und derzeitigen Kollegen in der Geschäftsführung und brachte seinen besonderen Dank zum Ausdruck.

tors Min Zhu zum Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor vor.⁷⁵ Lipton, ein amerikanischer Staatsbürger, war zu der Zeit Special Assistant to the President und Senior Director for International Economic Affairs beim U.S. National Economics Council (nationaler Wirtschaftsrat der USA) und dem U.S. National Security Council (Nationaler Sicherheitsrat der USA) im Weißen Haus. Davor war er Geschäftsführer und Leiter für Global Country Risk Management bei Citi sowie Geschäftsführer der Moore Capital Strategy Group bei Moore Capital Management. Er bekleidete auch leitende Positionen im U.S. Treasury Department und diente als Wirtschaftsberater für die Regierung von Polen, Russland und Slowenien während ihrer Übergangsphasen. Nach dem Studium an der Harvard University, das er 1982 mit dem Mastergrad und einem Doktor in Wirtschaftswissenschaften abschloss, war Lipton acht Jahre im Stab des IWF tätig, wo er an Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung in aufstrebenden Marktwirtschaften und einkommensschwachen Ländern arbeitete.

Zhu kam 2010 von der People's Bank of China (Chinesische Volksbank), wo er als Deputy Governor für internationale Angelegenheiten, Politikforschung und Kreditinformationen verantwortlich war, zum IWF. Vor seiner Tätigkeit für die chinesische Zentralbank hielt er verschiedene Positionen bei der Bank of China inne, wo er als Group Executive Vice President für Finanz- und Schatzangelegenheiten, Risikomanagement, interne Kontrolle, Recht und Compliance sowie Strategie und Forschung verantwortlich war. Zhu arbeitete auch sechs Jahre lang für die Weltbank und unterrichtete

Wirtschaftswissenschaften an der Johns Hopkins University sowie an der Universität Fudan.

RECHENSCHAFTSPFLICHT**Transparenz**

Die Transparenzmaßnahme (transparency policy) des IWF, die 1999 eingeführt und zuletzt im März 2010 überarbeitet wurde, sagt aus, dass „der Fonds die Bedeutung der Transparenz erkennt und nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellen wird, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung“. Dieses Prinzip, der Maßnahme folgend, „respektiert die freiwillige Natur der Veröffentlichung von Dokumenten, die sich auf Mitgliedsländern beziehen, und wird so angewendet werden, dass es diese sicherstellt“.⁷⁶ Das Exekutivdirektorium erhält jährlich aktuelle Informationen zur Umsetzung der Transparenzpolitik im IWF; diese Berichte sind Teil der Information, die der IWF im Rahmen seiner Transparenzbestrebungen veröffentlicht. Die Aktualisierung für 2011 steht auf der Website des IWF zur Verfügung.⁷⁷

Das Independent Evaluation Office

Das Independent Evaluation Office (IEO – Unabhängiges Evaluierungsbüro) wurde 2001 eingerichtet und evaluiert die Politik und Tätigkeit des IWF mit dem Ziel, die Transparenz und Rechenschafts-

pflcht des Fonds zu verbessern, seine Lernkultur zu stärken und die institutionellen Governance- und Aufsichtsaufgaben des Exekutivdirektoriums zu unterstützen. Gemäß seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von der Geschäftsführung des Fonds und arbeitet mit Abstand (nach dem Grundsatz „at arm's length“) vom Exekutivdirektorium, dem es seine Erkenntnisse berichtet.

Das IEO arbeitet gegenwärtig an folgenden Evaluierungen unter anderen: „International Reserves: IMF Advice and Country Perspectives“, „The Role of the IMF as Trusted Adviser“ sowie „Learning from Experience at the IMF: An IEO Assessment of Self-Evaluation Systems“. Volltexte abgeschlossener Evaluierungen, Informationen zur laufenden Arbeit, Thesenpapiere, Jahresberichte des IEO und andere Unterlagen sind auf der Website des IEO verfügbar.⁷⁸

Das IEO feierte im Dezember 2011 das erste Jahrzehnt seines Bestehens mit einer Konferenz am Hauptquartier des IWF. An der Konferenz nahmen Exekutivdirektoren, gegenwärtige und ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung, leitende Stabsmitarbeiter, externe Stakeholder sowie gegenwärtige und frühere Evaluierungsteams des IEO teil. Kasten 5.3 stellt die Höhepunkte der Konferenz heraus.

Exekutivdirektorium überprüft Berichte und Empfehlungen des IEO

Wie bereits angemerkt, arbeitet das IEO zwar unabhängig vom Exekutivdirektorium, berichtet seine Ergebnisse aber an das Direktorium, das diese dann untersucht. Im Mai 2011 beendete und veröffentlichte das IEO seine Evaluierung der Relevanz und Nutzung der Forschungsarbeit im IWF; im folgenden Monat wurde sie dann vom Exekutivdirektorium erörtert. Der Volltext der Evaluierung sowie die Zusammenfassung der dazugehörigen Erörterung im Exekutivdirektorium sind auf der Website des IEO verfügbar.

Umsetzung von IEO-Empfehlungen, die vom Direktorium befürwortet werden

Kurz nach der Erörterung eines Evaluierungsberichts des IEO im Exekutivdirektorium legt die Geschäftsführung des IWF dem Direktorium einen zukunftsgerichteten Implementierungsplan für diejenigen IEO-Empfehlungen vor, die das Direktorium befürwortet. Der Implementierungsplan ist Teil eines im Anschluss an eine externe Evaluierung des IEO aufgestellten Regelwerks, das ein

Kasten 5.3

Die Konferenz zum zehnjährigen Bestehen des Independent Evaluation Office

Anlässlich der Konferenz zum zehnjährigen Bestehen des Büros mit dem Thema „Ten Years of Independent Evaluation at the IMF: What Does It Add Up to?“ (Zehn Jahre unabhängige Evaluierung beim IWF: Was wurde erreicht?) sagte der Direktor des Independent Evaluation Office (IEO – Unabhängiges Evaluierungsbüro) Moises Schwarz, dass das IEO gegründet wurde, um die Kultur des Lernens und der Rechenschaftspflicht im IWF zu stärken und das Verständnis der Funktionsweise der Institution bei den externen Stakeholdern zu vertiefen. Diese Ziele bilden die Grundlage der Evaluierungen des IEO. In ihrer Ansprache an die Konferenz forderte die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde das IEO dazu auf, „die ehrliche, gerechte und anspruchsvolle Analyse fortzusetzen“. Sie merkte an, dass das IEO „einer Organisation, die die Wahrheit sagt, schonungslose Wahrheit bringt“ und betonte, der IWF setze auf „Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit“. Der Vorsitzende des Evaluierungsausschusses im Exekutivdirektorium, Exekutivdirektor Moeketsi Majoro, verwies auf den „lobenswerten Beitrag des IEO, der dem Fonds helfe, sein Mandat auf wirksamere Weise auszuüben“ und fügte hinzu, dass „das IEO als Aufsichtsorgan die ungeschönte Wahrheit auf den Tisch legen und dabei Erfolge ebenso wie Unzulänglichkeiten deutlich machen muss.“ Des Weiteren meinte er, dass „besseres und schnelleres Lernen entscheidend ist, wenn der IWF nicht an seiner Relevanz einbüßen will ... diejenigen, die am schnellsten auf Veränderungen reagieren“ werden überleben.

Die Konferenz bot Gelegenheit zur Betrachtung wiederkehrender Themenstellungen in den Evaluierungen des IEO. Schwartz stellte die Folgenden heraus:

- die Notwendigkeit, die Governance des IWF zu stärken sowie Aufgaben und Verantwortungsbereiche klar zu definieren – von IMFC und Direktorium bis zu Geschäftsführung und leitenden Stabsmitarbeitern;
- die zentrale Bedeutung einer besseren Gleichstellung aller Mitglieder bei der Anwendung von Politiken und der Gestaltung der Beratung;
- die Bedeutung der Schaffung von Anreizen, alternative Sichtweisen zu fördern und den Stab dabei zu unterstützen, schwierige Probleme bei den Länderbehörden, selbst in den größten Ländern, anzusprechen, sowie
- die unabdingbare Aufgabe analytische und operative Arbeit abteilungsübergreifend besser zu integrieren – und damit die Zusammenarbeit zu fördern und Grabenkämpfe und Siloverhalten abzubauen.

Die Teilnehmer gratulierten dem IEO zu seiner Arbeit und unterstrichen die Unabhängigkeit des IEO und die Qualität seiner Evaluierungsberichte als wichtigste Stärken. Sie sahen Verbesserungsmöglichkeiten in Bereichen wie der Verbreitung und Nachverfolgung von Empfehlungen. Insbesondere wurden wiederholt Schwächen im Regelwerk des IWF für die Umsetzung und das Monitoring der Nachfolgeaktionen zu den vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen genannt.

systematischeres Vorgehen und Monitoring der Umsetzung der IEO-Empfehlungen, die das Direktorium gebilligt hat, sicherstellt. Das Regelwerk schließt den Periodic Monitoring Report ein, der 2007 eingeführt wurde. Im Mittelpunkt eines jeden Periodic Monitoring Report stehen die Fortschritte bei der Umsetzung neuerer Implementierungspläne der Geschäftsführung sowie die Frage, ob die in früheren Berichten noch nicht erfüllten Empfehlungen inzwischen umgesetzt wurden.

Im September 2011 überprüfte das Exekutivdirektorium den Fourth Periodic Monitoring Report,⁷⁹ der den Umsetzungsstatus des Informationsplans der Geschäftsführung zu den Empfehlungen aus der IEO-Evaluierung über die Beteiligung des IWF an Fragen zur internationalen Handelspolitik untersucht. Er liefert zudem ein aktuelles Bild der Fortschritte bei der Verbesserung des Monitoring der Datenbank zu Fondsvereinbarungen und der Stabmobilität – Themen, die das Executive Board's Evaluation Committee im vorangegangenen Periodic Monitoring Report hervorgehoben hat. Das Direktorium schloss sich dem Ergebnis des Berichts an, dass alle wichtigen Leistungsziele im Zusammenhang mit dem Informationsplan zum Handelsmanagement entweder bereits erreicht wurden oder im Zeitplan lagen. Es wurden keine neuen Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen und es gab keine ausstehenden Leistungsziele, die im nächsten Periodic Monitoring Report überprüft werden müssten; es werden jedoch bedarfsweise weitere Updates zu allgemeineren Fragen bereitgestellt, die im Zusammenhang mit dem Fourth Report aufgekommen sind.

Ethik-Regelwerk für Stab, Geschäftsführung und Exekutivdirektorium

Das Ethik-Regelwerk des IWF enthält einen umfassenden Katalog an Regeln und Verfahrensweisen für Disziplinarmaßnahmen und wird von einer robusten Infrastruktur gestützt: dazu gehören der unabhängige Ethics Advisor, eine unabhängige Ombudsperson sowie die Integrity Hotline, über die Stab und die allgemeine Öffentlich-

keit den Missbrauch von IWF-Ressourcen oder Fehlverhalten aufseiten von Stab oder Vertragspartnern sicher und anonym melden können.

Im Mai 2011 gab der IWF eine überarbeitete Fassung der Verhaltensstandards für den Stab⁸⁰ heraus; sie ist das Ergebnis von zwei Jahren Arbeit zur Stärkung des Ethik-Regelwerks der Institution. Die überarbeiteten Verhaltensstandards führten neue Meldeerfordernisse zu engen persönlichen Beziehungen am Arbeitsplatz ein und aktualisierten die Vorschriften der Institution zu Belästigung und Diskriminierung. Sie stärkten außerdem den Schutz vor Vergeltung für Mitarbeiter, die mutmaßliches Fehlverhalten melden, und stellten gleichzeitig die Verfahrensweisen zur Durchführung und Beaufsichtigung von Ermittlungen solchen Fehlverhaltens klar. Die Arbeit zur Aktualisierung der Standards erfolgte im Rahmen weitreichender kooperativer Konsultationen innerhalb der gesamten Institution. Der Fonds richtete seine Regeln zudem an denen vergleichbarer Institutionen aus und prüfte bewährte Praktiken in verschiedenen anderen Organisationen.

Die Exekutivdirektoren haben auch einen Code of Conduct eingeführt;⁸¹ er soll Orientierung zu ethischen Standards vermitteln, die im Zusammenhang mit ihrem Status und ihrer Verantwortung für den Fonds stehen oder eine Auswirkung auf diese haben. Ein Ethics Committee des Exekutivdirektoriums untersucht Angelegenheiten, die in Beziehung zum Code of Conduct stehen. Darüber hinaus gibt das Committee den Exekutivdirektoren auf Anfrage Orientierung zu ethischen Aspekten des Verhaltens ihrer Stellvertreter, Berater und Assistenten.

Einbindung externer Stakeholder

Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Einbindung von „civil society organisations“ (CSO – zivilgesellschaftliche Organisation) und Jugendführern, Gewerkschaften, Parlamentariern, Universitätsgelehrten und Denkfabriken verfolgt

Kasten 5.4

IWF startet arabischen Blog

Im Rahmen seiner Bestrebungen, die Öffentlichkeitsarbeit im Nahen Osten zu intensivieren, startete der IWF im Oktober 2011 seinen Blog in arabischer Sprache, The Economic Window (النافذة الاقتصادية).^a Der Blog ergänzt den Blog des IWF in englischer Sprache, iMFDirect – das Weltwirtschaftsforum des Fonds – und den Blog in spanischer Sprache, Diálogo a Fondo; der IWF betreibt auch einen Blog zum Spezialthema Public Financial Management. Der neue arabische Blog will die interaktive Debatte fördern und Analysen und mögliche Lösungen zu Wirtschaftsfragen im Nahen Osten und in Nordafrika bieten und dabei gleichzeitig arabische Kommentare und Forschung zu

globalen Themen bereitstellen. In den ersten sieben Monaten seines Bestehens erfreute sich der Blog einer beachtlichen Anzahl von Lesern und veröffentlichte er mehr als 60 Beiträge, einschließlich drei Blog-Posts der Geschäftsführenden Direktorin und vier des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors Nemat Shafik. Ende des GJ 2012 hatte der Blog Leser in 52 Ländern, darunter Ägypten, Algerien, Jordanien, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Er wurde im Nahen Osten und Nordafrika gut aufgenommen, und die Inhalte wurden von führenden arabischen Blogs und Nachrichtenseiten wiedergegeben.

^a Der Blog ist zu finden unter <http://blog-montada.imf.org>.

der IWF zweierlei Ziele: Erstens will er externe Organisationen hören, um ihre Bedenken und Perspektiven besser zu verstehen und die Relevanz und Qualität der politischen Beratung durch den Fonds zu verbessern; zweitens soll das Verständnis über die Ziele und Arbeitsweise des IWF in der Gesellschaft vertieft werden. Bei der Öffentlichkeitsarbeit des Fonds werden zunehmend neue Wege eingeschlagen, wie etwa Social Media (siehe Kasten 5.4), Videos und Podcasts.

Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsführung des IWF

In dem Maß, in dem die Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit des IWF während der Krise und in der Folgezeit gewachsen sind, hat die Geschäftsführung in den letzten Jahren eine zunehmend wichtige Rolle bei den Outreach-Bemühungen des IWF gespielt. Neben den spezifischeren Outreach-Zielen, die weiter unten umrissen werden, bietet die Öffentlichkeitsarbeit von Geschäftsführung und leitenden Stabsmitarbeitern des IWF die Gelegenheit, in allgemeinen Zügen die strategische Vision der Organisation und die wichtigsten politischen Prioritäten für die Mitgliedschaft insgesamt vorzustellen; politischen Entscheidungsträgern Unterstützung zu geben für schwierige nationale Reformen, die sowohl inländische als auch globale Vorteile bringen; mehr über Themen zu lernen, die wichtige Stakeholder in Mitgliedsländern betreffen, einschließlich nichttraditioneller Wählergruppen, mit dem Ziel, Analyse und

Politikberatung des Fonds zu verbessern und die Entschlossenheit des Fonds zu verstärken, den Mitgliedern die von ihnen benötigte Unterstützung zu gewähren, insbesondere den von der Krise am schwersten betroffenen.

Die Geschäftsführende Direktorin reiste im GJ 2012 in alle fünf Regionen und traf dort mit Staatschefs und anderen wichtigen Stakeholdern in den Mitgliedsländern zusammen, in dem Bestreben mit Medien, Gewerkschaften, CSOs, Parlamentariern und Repräsentanten der Wirtschaft in Kontakt zu treten. Desgleichen reisten der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor und die Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren im Jahresverlauf ausgiebig und nutzten zahlreiche Gelegenheiten die Outreach-Ziele des IWF zu fördern.

Einbindung der Gewerkschaften

Die Zusammenarbeit von IWF und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO – International Labor Organization [ILO]) wurde angesichts der anhaltenden Krise in Europa im GJ 2012 vertieft. In der gemeinsamen Social Protection Floor Initiative (Initiative zu einer sozialen Grundsicherung), die sich derzeit in El Salvador, Mosambik und Vietnam in der Pilotphase befindet, bestimmt die IAO, was zusätzlich zu den bestehenden Mechanismen für soziale Sicherheit notwendig ist für die Schaffung eines

Kasten 5.5

Konferenz zur Reform des öffentlichen Gesundheitswesens in Asien

Die Reform des Gesundheitswesens ist weltweit ein wichtiges Haushaltsthema, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich um durchschnittlich 3 Prozent des BIP steigen werden. Leitende Regierungsbeamte und führende Wissenschaftler aus 11 Ländern erörterten das Thema der Reform des öffentlichen Gesundheitswesens in Asien anlässlich einer Konferenz im Oktober 2011 in Tokio, die gemeinsam von der Abteilung Fiskalpolitik und dem Regionalbüro für Asien und Pazifikraum des IWF veranstaltet und von der japanischen Regierung unterstützt wurde. Die eintägige Konferenz war ein Teil der Bestrebungen des IWF, seinen Dialog mit Länderbehörden und der Öffentlichkeit zu den wichtigsten fiskalischen Herausforderungen der Mitgliedsländer fortzusetzen.

Zur Eröffnung der Konferenz unterstrich der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des IWF Min Zhu, dass erfolgreiche Haushaltskonsolidierungen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine Eindämmung des Wachstums altersbezogener öffentlicher Ausgaben, auch im Gesundheitswesen, erforderten. Es existieren wirksame Politikinstrumente, um die Kosten der öffentlichen Gesundheitsausgaben einzudämmen, führte er weiter aus, darunter Haushaltsobergrenzen, der umsichtige Einsatz von Wettbewerb zur Effi-

ziensteigerung, Zahlungssysteme mit weniger Vereinbarungen, die Leistungen gegen Bezahlung vorsehen, sowie eine stärkere Bezugnahme auf private Mittel, etwa durch mehr private Versicherungen.

Wie Zhu anmerkte, gibt es in Schwellenvolkswirtschaften mehr fiskalischen Spielraum für höhere Ausgaben, um die Abdeckung von Gesundheitsleistungen auszuweiten, insbesondere in Asien, wo die Ergebnisse im Verhältnis zu den Ausgaben gut sind. Herausforderungen sind unter anderem die Notwendigkeit, die Bevölkerung mit einem fiskalisch nachhaltigen Leistungspaket universal zu versorgen. Anzustreben wäre die Senkung hoher Selbstzahlerausgaben, um mehr finanziellen Schutz zu gewährleisten. Die Bewertung der Kosteneffektivität von medizinischen Eingriffen ist ebenfalls eine Priorität für die Region.

Asien hat eine Reihe von Erfolgsgeschichten vorzuweisen, die sich als gute Grundlage für Reformstrategien eignen. Dazu gehört der Erfolg Japans bei der Eindämmung des Kostenanstiegs sowie Thailands universeller Krankenversicherungsschutz trotz eines in hohem Grade informellen Arbeitsmarkts. Was die richtige Mischung von Reformen ist, die aus den Erfolgsgeschichten der Region gewählt werden, hängt von den jeweiligen Umständen eines Landes ab.

“basic social protection floor“, und schätzt die Kosten für einen elementaren Satz sozialer Transfers; darauf bemisst der IWF den Spielraum für eine fiskalisch nachhaltige Umsetzung des notwendigen Leistungspakets und legt den Länderbehörden die Optionen zur Entscheidung vor. Die Zusammenarbeit von IWF und ILO zu Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsfragen konzentriert sich auf Politikmaßnahmen zu Wachstum, das Arbeitsplätze schafft; die Fondsarbeit richtet sich dabei hauptsächlich auf die makroökonomische Dimension, während die IAO institutionelle Fragen des Arbeitsmarktes aufgreift. Die Zusammenarbeit spiegelt die zunehmende Bedeutung von Arbeitsmarktfragen in der Fondsberatung wider, insbesondere in Programmländern und Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika, wo die Jugendarbeitslosigkeit sich als kritischer Problempunkt für die makroökonomische Stabilität erwiesen hat. Das Element des sozialen Dialogs in der Zusammenarbeit der beiden Organisationen bekam im GJ 2012 neuen Auftrieb durch Vorbereitungstreffen für bereits vereinbarte Konsultationen zwischen Behörden, Gewerkschaften und Arbeitgebern in Bulgarien, der Dominikanischen Republik und Sambia. Die formellen Gespräche sollen im GJ 2013 aufgenommen werden.

Die Beziehungen zu Gewerkschaften wurden zu einem tragenden Bestandteil der Outreach-Arbeit des IWF für Nichtregierungs-Stakeholder, und der Kontakt zu Gewerkschaften in Europa erhielt im GJ 2012 infolge der Verschärfung der Europakrise zunehmende Bedeutung. Treffen mit den Gewerkschaften der jeweiligen Länder finden jetzt im Lauf der meisten Artikel-IV-Konsultationen oder Stabsbesuche statt, und viele Vor-Ort-Vertreter unterhalten regelmäßige Beziehungen zu Gewerkschaften. Darüber hinaus stehen die Geschäftsführung und die Abteilungen des IWF in regelmäßigem Kontakt mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, oft unter dem Schirm des Internationalen Gewerkschaftsbunds (International Trade Union Confederation), aber auch im Zusammenhang mit den Beziehungen des IWF zur IAO.

Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Der IWF arbeitet seit zehn Jahren intensiv mit CSOs – zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und akademische Forschungsgruppen sowie Denkfabriken – an Politikfragen und konzentriert sich dabei nach wie vor auf einkommensschwache Länder. Höhepunkte dieser Gemeinschaftsarbeit waren im GJ 2012 zwei Konferenzen: „Management of Natural Resources in Sub-Saharan Africa“ (Management natürlicher Ressourcen im Afrika südlich der Sahara), im März 2012 gemeinsam veranstaltet mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, sowie „The East African Community after 10 Years: Deepening EAC Integration“ (Die Ostafrikanische Gemeinschaft nach 10 Jahren: Vertiefung der EAC-Integration), gemeinsam mit dem Secretariat of the East African Community im vorangegangenen Monat veranstaltet.

Meetings und Seminare mit CSOs haben sich als hervorragende Wege für den IWF erwiesen, nicht nur Informationen bereitzustellen, sondern auch direkt die Ansichten und Stimmen dieser Organisationen kennenzulernen. Seit 2009 erfragt der Fonds die

Ansichten von CSOs zu bestimmten Themen systematischer – zum Beispiel die Besteuerung natürlicher Ressourcen und die Vermögensverwaltung, das Triennial Surveillance Review (siehe Kapitel 3) sowie die Überprüfung der Konditionalität – durch öffentliche Online-Konsultationen.

Das CSO Fellowship Program für die Jahresversammlung 2011 und die Frühjahrstagung 2012 bot eine alternative Plattform für insgesamt 41 Leiter von CSOs und Jugendorganisationen, um die Politikagenda des Fonds im Rahmen von Seminaren, direkten Konsultationen und bilateralen Treffen mit der Geschäftsführung und den Exekutivdirektoren des IWF sowie Direktoren und Stabsmitarbeitern aus verschiedenen IWF-Abteilungen zu erörtern und zu verstärken. In ähnlicher Weise startete der IWF im Rahmen seiner Bestrebungen, die beiderseitigen Beziehungen zu Stakeholdern auf Länderebene zu fördern, im GJ 2012 sein Academic Fellowship Program, das Wissenschaftler aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zur Jahresversammlung und Frühjahrstagung des IWF einlädt, wo sie aktiv an den offiziellen Veranstaltungen teilnehmen und mit Stabsmitarbeitern auf allen Ebenen der Institution in Kontakt treten. Im Jahresverlauf wurden insgesamt 15 Wissenschaftler aus allen Regionen gesponsert.

Darüber hinaus hat der Fonds den Dialog und die Beziehungen zu Denkfabriken und Wissenschaftlern in aller Welt erweitert und vertieft und bindet sie regelmäßig in gemeinsame öffentliche Veranstaltungen und in den privaten Austausch von Ideen und Ansichten ein.

Einbindung der Gesetzgeber

Bei der Öffentlichkeitsarbeit für Gesetzgeber will der IWF sich ihre Ansichten und Bedenken zur Politikberatung des Fonds für die Länder anhören, und die Länderteams des IWF kommen regelmäßig mit Gesetzgebern zusammen, um landesspezifische Themen zu erörtern. Während des GJ 2012 organisierte der Fonds in Zusammenarbeit mit dem Parliamentary Network mehrere Veranstaltungen, die sich besonders an Gesetzgeber richteten. Ein Workshop im Rahmen der Jahresversammlung 2011 brachte 24 Gesetzgeber aus 19 Ländern zusammen, um die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf Entwicklungsländer zu erörtern und gab den Gesetzgebern die Gelegenheit, ihre Ansichten und Perspektiven zu einem breiten Themenbereich mitzuteilen. Ein weiterer Workshop während der Frühjahrstagung 2012 konzentrierte sich auf die anhaltenden Herausforderungen, denen Entwicklungsländer gegenüberstehen bei dem Versuch, die Krise effektiv zu bewältigen, sowie auf Themen wie inklusives Wachstum und Governancereformen des IWF.

Im März 2012 kamen mehr als 120 Parlamentarier aus 40 Nationen Afrikas in Kigali, Ruanda, zu einer zweitägigen Konferenz zusammen, die vom Parliamentary Network in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank veranstaltet wurde und die Stärkung der Rolle des Privatsektors als Wachstumsmotor in Afrika zum Thema hatte. Gastgeber der Konferenz war die Regierung von Ruanda, und Präsident Paul Kagame hielt eine Rede.

Wohltätigkeitsarbeit

Das Civic and Community Relations Program des IWF gründet in dem übergeordneten Ziel der Institution, eine Politik zu fördern, die das Wirtschaftswachstum belebt und das Wohlergehen der Menschen in seinen 188 Mitgliedsländern fördert. Es zielt auf Unterstützung sowohl der Bevölkerung im Großraum Washington, D.C., (wo der IWF sein Hauptquartier hat) wie auch der Hilfsorganisationen in Entwicklungsländern ab – durch Spenden der Stabsmitarbeiter, die zum Teil von der Institution verdoppelt werden, ehrenamtliche Tätigkeiten und Initiativen im sozialen Umfeld. Seit der Einrichtung des Programms 1994 kamen an Zuschüssen und Spenden des Fonds mehr als 18 Mio. US\$ zusammen, und im GJ 2012 erreichten sie rund 800.000 US\$. Dieser Gesamtbetrag enthielt etwas mehr als 325.000 US\$ an verdoppelten Spendengeldern für das Programm Helping Hands, eine jährlich durchgeführte Spendenaktion unter den Mitarbeitern, die im Herbst 2011 mehr als 650.000 US\$ vom Stab und von pensionierten Mitarbeitern und annähernd 70.000 US\$ an ergänzenden Beiträgen für vom Stab initiierte humanitäre Hilfsaktionen für die Opfer von Naturkatastrophen in Entwicklungsländern einsammelte. Das Civic Program Advisory Committee des Fonds setzt sich aus zwölf ehrenamtlichen Mitgliedern zusammen – Stab, pensionierte Mitarbeiter und Ehegatten – und lenkt die Fondsarbeit zur Unterstützung von Non-Profit-Organisationen in Washington, D.C., und Entwicklungsländern durch finanzielle Zuschüsse (im GJ 2012 insgesamt rund 400.000 US\$).

Berichte des Regional Economic Outlook

Im Rahmen seiner World Economic and Financial Surveys gibt der IWF Berichte zum Regional Economic Outlook (REO – Regionaler Wirtschaftsausblick) heraus, die eine detailliertere Analyse der Wirtschaftsentwicklung und wichtiger Politikfragen für bedeutende Weltregionen enthalten: Die Herausgabe der REOs wird in der Regel mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit in den betreffenden Regionen koordiniert. Pressemitteilungen, die die Ergebnisse der REOs zusammenfassen, sowie die Volltexte der REOs sind auf der Website des IWF verfügbar. Dort sind auch Transkripte und Webcasts von bei der Veröffentlichung abgehaltenen Pressekonferenzen zu finden.⁸²

Regionalbüros des IWF

Das Office for Asia and the Pacific

Als das Fenster des IWF in die Region Asien und in den Pazifikraum, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft zunimmt, leistet das Office for Asia and the Pacific (OAP – Büro für Asien und Pazifikraum)

Unterstützung bei der Überwachung der Wirtschafts- und Finanzentwicklungen und verleiht der Fondsüberwachung dabei eine stärker regional geprägte Perspektive. Es will einerseits das Verständnis über den Fonds und seine Politik in der Region vertiefen, andererseits aber auch den IWF über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen informieren. In dieser Funktion hat das OAP seine bilaterale und regionale Überwachung gesteigert mit einer erweiterten Aufgabe in der Mongolei, aktiver Beteiligung an der Arbeit in Japan, erhöhter regionaler Überwachung mit Foren in Asien, einschließlich ASEAN + 3, und erhöhter Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der Jahrestagung 2012 in Tokio. Das OAP organisiert auch weiterhin Konferenzen und Veranstaltungen, die ein Diskussionsforum bieten für aktuelle Themen, die im Zentrum der Fondsarbeit stehen (ein Beispiel dazu findet sich in Kasten 5.5), und es fördert den Kapazitätsaufbau in der Region durch das Stipendienprogramm von Japan und IWF und makroökonomische Seminare.

Die Offices in Europe

Die Offices in Europe (EUO – Europa-Büros) des IWF vertreten den Fonds in der Region; sie beraten nach Bedarf die Geschäftsführung und die Abteilungen, unterstützen die Fondstätigkeit in Europa und bringen dem Fonds europäische Ansichten zu Belangen näher, die für den Fonds von Interesse sind. In Europa ansässige Institutionen einschließlich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der EU, des FSB und der BIZ spielen eine entscheidende Rolle im Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Stärkung der Koordination des IWF mit diesen Institutionen ist deshalb von entscheidender Bedeutung.

Die Tätigkeit des EUO konzentriert sich auf vier Kernbereiche: Erstens leistet das EUO einen Beitrag zur multilateralen und regionalen Überwachung des Fonds, indem es den Fonds in verschiedenen Institutionen vertritt und über die Ansichten und Tätigkeit internationaler, in Europa ansässiger Organisationen, Denkfabriken und führender Experten berichtet und an Fondsberatungen mit Institutionen der EU teilnimmt. Zweitens vertritt das EUO den IWF im Tagesgeschäft des Development Assistance Committee der OECD und unterhält enge Arbeitsbeziehungen mit bilateralen und multilateralen Entwicklungsbehörden in Europa. Drittens führt das EUO weitreichende Öffentlichkeitsarbeit durch, um die politische Debatte mit besseren Informationen zu versorgen und die Ansichten des Fonds zu wichtigen Politikfragen in Europa kundzutun. Viertens arbeitet das EUO mit dem Human Resources Department des Fonds an der Erfüllung der Anwerbeziele des Fonds.

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

Stand vom 30. April 2012¹

ERNANNT

Meg Lundsager <i>Unbesetzt</i>	Vereinigte Staaten
Mitsuhiro Furusawa <i>Tomoyuki Shimoda</i>	Japan
Hubert Temmeyer <i>Steffen Meyer</i>	Deutschland
Ambroise Fayolle <i>Alice Terracol</i>	Frankreich
Alexander Gibbs <i>Robert Elder</i>	Vereinigtes Königreich

GEWÄHLT

Willy Kiekens (Belgien) <i>Johann Prader</i> (Österreich)	Belarus, Belgien, Kosovo, Luxemburg, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Carlos Pérez-Verdía (Mexiko) <i>José Rojas Ramírez</i> (Venezuela)	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Spanien, Venezuela
Menno Snel (Niederlande) <i>Yuriy G. Yakusha</i> (Ukraine)	Armenien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern
Arrigo Sadun (Italien) <i>Thanos Catsambas</i> (Griechenland)	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino, Timor-Leste
Der Jiun Chia (Singapur) <i>Aida Budiman</i> (Indonesien)	Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
Tao Zhang (China) <i>Ping Sun</i> (China)	China
Christopher Legg (Australien) <i>Hoseung Lee</i> (Korea)	Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu
Thomas Hockin (Kanada) <i>Mary O'Dea</i> (Irland)	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Benny Andersen (Dänemark) <i>Audun Grønn</i> (Norwegen)	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden
Moeketsi Majoro (Lesotho) <i>Momodou Sabo</i> (Gambia)	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Swasiland, Tansania, Uganda
A. Shakour Shaalan (Ägypten) <i>Sami Geadah</i> (Libanon)	Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Arvind Virmani (Indien) <i>P. Nandalal Weerasinghe</i> (Sri Lanka)	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Paulo Nogueira Batista, Jr. (Brasilien) <i>Maria Angélica Arbeláez</i> (Kolumbien)	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kolumbien, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago
Ahmed Alkholifey (Saudi-Arabien) <i>Fahad I. Alshathri</i> (Saudi-Arabien)	Saudi-Arabien
René Weber (Schweiz) <i>Katarzyna Zajdel-Kurowska</i> (Polen)	Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Aleksei V. Mozhin (Russische Föderation) <i>Andrei Lushin</i> (Russische Föderation)	Russische Föderation
Jafar Mojarad (Islamische Republik Iran) <i>Mohammed Daïri</i> (Marokko)	Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Alfredo Mac Laughlin (Argentinien) <i>Pablo Garcia-Silva</i> (Chile)	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Kossi Assimaidou (Togo) <i>Nguéto Tiraina Yambaye</i> (Tschad)	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

¹ Information zum Stimmengewicht eines jeden Sitzes ist in Anhang IV enthalten, der auf der Webseite des Jahresberichts (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2012/eng) abgerufen werden kann; Veränderungen im Exekutivdirektorium während des GJ 2012 sind in Anhang V aufgeführt, ebenfalls verfügbar auf der Webseite des Jahresberichts.

LEITENDE MITARBEITER

Stand vom 30. April 2012

Olivier J. Blanchard, *Volkswirtschaftlicher Berater*

José Viñals, *Finanzberater*

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh
Direktorin, Abteilung Afrika

Anoop Singh
Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Reza Moghadam
Direktor, Abteilung Europa

Masood Ahmed
Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Nicolas Eyzaguirre
Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN UND ABTEILUNGEN FÜR BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN

Gerard T. Rice
Direktor, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Andrew Tweedie
Direktor, Abteilung Finanzen

Carlo Cottarelli
Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Sharmini A. Coorey
Direktor, IWF-Institut

Sean Hagan
Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

José Viñals
Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Olivier J. Blanchard
Direktor, Abteilung Forschung

Adelheid Burgi-Schmelz
Direktorin, Abteilung Statistik

Siddharth Tiwari
Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung

INFORMATION UND LIAISON

Shogo Ishii
Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Emmanuel van der Mensbrugge
Direktor, Europa-Büros

Elliott C. Harris
Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Mark W. Plant
Direktor, Abteilung Personalwesen

Jianhai Lin
Sekretär des Fonds, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger
Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Jonathan Palmer
Chief Information Officer, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

BÜROS

Daniel A. Citrin
Direktor, Büro für Haushalt und Planung

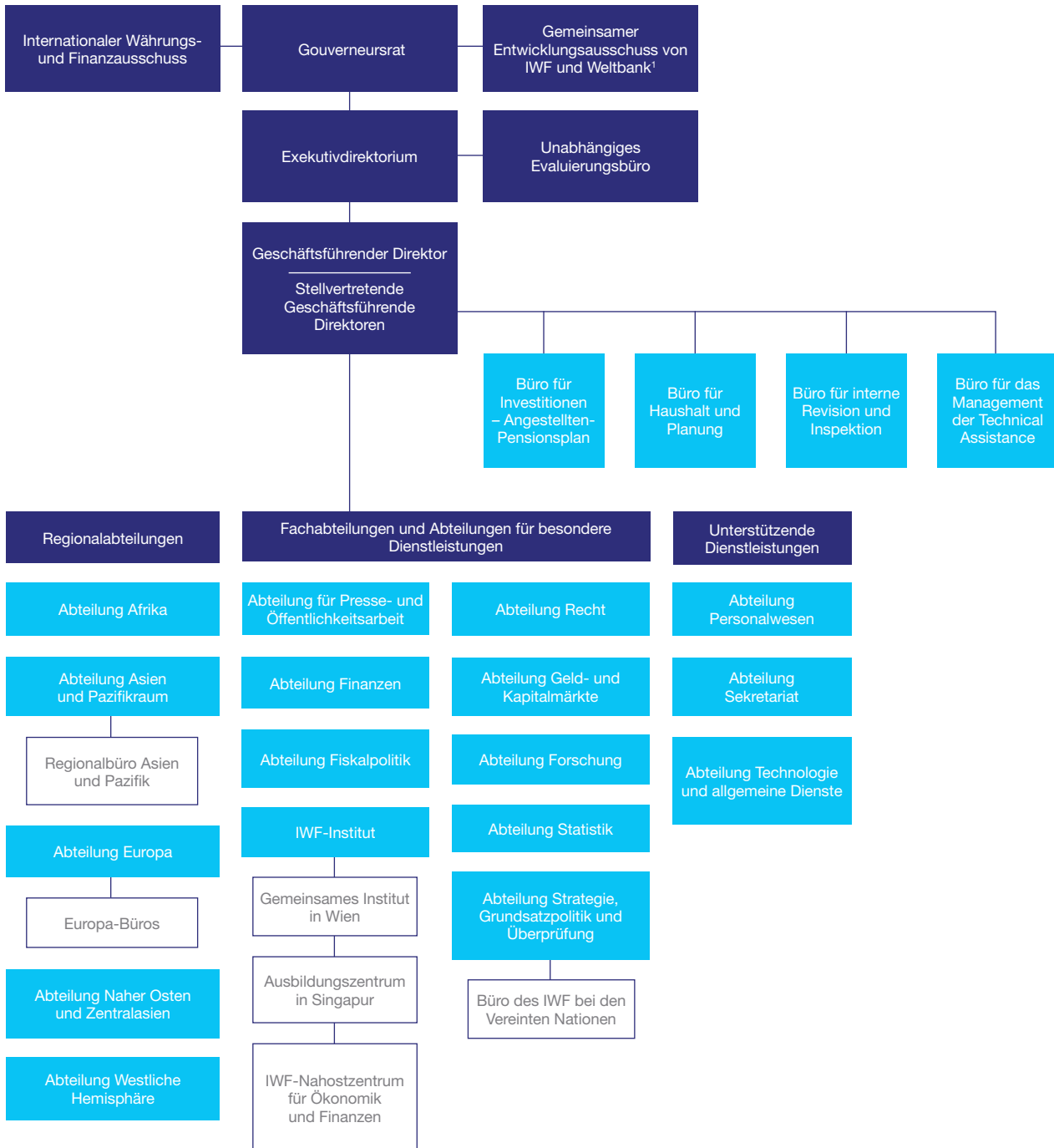
G. Russell Kincaid
Direktor, Büro für interne Revision und Inspektion

J. Roberto Rosales
Direktor, Büro für das Management der Technical Assistance

Moises J. Schwartz
Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

ORGANIGRAMM DES IWF

Stand vom 30. April 2012



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries).

ANMERKUNGEN

KAPITEL 1

- 1 Das Geschäftsjahr (GJ) des IWF beginnt am 1. Mai und endet am 30. April. Der Jahresbericht 2012 betrifft den Zeitraum vom 1. Mai 2011 bis zum 30. April 2012 (GJ 2012).
- 2 Dieser Betrag wurde in der Folge auf 456 Mrd. US\$ erhöht, während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Zwanzig im Juni 2012 in Los Cabos.
- 3 Das Sonderziehungsrecht (SZR) des IWF ist ein internationales Reserveaktivum, dessen Wert auf einem Korb von vier wichtigen internationalen Währungen (siehe Web Box 3.1) basiert. Umrechnungen von SZR-Beträgen in bestimmte Währungen sind annähernd.

KAPITEL 3

- 4 Siehe Pressemitteilung (PR) Nr. 12/13, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde Following Executive Board Discussion on the Adequacy of Fund Resources“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1213.htm).
- 5 Die Erörterung des Exekutivdirektoriums zur Festsetzung dieser Marge (d.h. der Betrag über dem SZR-Zinssatz) für das GJ 2012 wird in Kapitel 5 behandelt.
- 6 Dabei gibt es Ausnahmen: In FCL- und PLL-Vereinbarungen zum Beispiel steht der volle zugesagte Betrag jederzeit während der Laufzeit der Vereinbarung zur Verfügung.
- 7 Dies ist ein Bruttobetrag, der gekündigte Vereinbarungen nicht berücksichtigt.
- 8 Die Vereinbarung für Georgien ist eine Mischung aus SBA und Standby Credit Facility.
- 9 Auszahlungen unter Finanzierungsvereinbarungen aus dem General Resources Account werden als „Käufe“ bezeichnet, während Rückzahlungen „Rückkäufe“ genannt werden.
- 10 Der IWF verwendet denselben Grenzwert für das Pro-Kopf-Einkommen wie die Weltbankgruppe, um das Zugangsrecht zu den Mitteln der International Development Association zu bestimmen; dieser Wert wird jährlich überprüft.
- 11 D.h. ein Einkommen, das doppelt so hoch ist wie der von der Internationalen Entwicklungsorganisation festgelegte Grenzwert für das Pro-Kopf-Einkommen.
- 12 Siehe Öffentliche Informationsmitteilung (Public Information Notice- PIN) Nr. 12/22, „IMF Reviews Eligibility for Using Concessional Financing Resources“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1222.htm).
- 13 Siehe PR Nr. 09/268, „IMF Announces Unprecedented Increase in Financial Support to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09268.htm).
- 14 Windfall-Profite aus dem Goldverkauf des IWF bezieht sich auf die Differenz zwischen dem prognostizierten Gewinn zu dem Zeitpunkt, als der Goldverkauf vorgeschlagen wurde, und dem tatsächlich erzielten Erlös, da die Goldpreise in der Zwischenzeit erheblich gestiegen waren. Siehe Kapitel 5.
- 15 Siehe PIN Nr. 11/152, „The Fund’s Financing Role—Reform Proposals on Liquidity and Emergency Assistance and the Review of the Flexible Credit Line and Precautionary Credit Line“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11152.htm).
- 16 Siehe PIN Nr. 12/25, „IMF Executive Board Discusses Amendment to the Extended Fund Facility to Extend the Arrangement Duration at Approval“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1225.htm).
- 17 Siehe PIN Nr. 11/95, „IMF Executive Board Discusses the Macroeconomic and Operational Challenges in Countries in Fragile Situations“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1195.htm). Fragilität, wie sie im Stabspapier, das die Grundlage für das Direktoriumsgespräch bildete, definiert ist, besitzt mehrere Dimensionen, von denen die Wirtschaftslage nur eine ist. Das Papier merkt an, dass Kennzeichen fragiler Staaten im Allgemeinen als schwach angesehene Institutionen sind sowie Regierungen, die als nicht legitim erachtet werden, was insgesamt die Gefahr von Gewalt in sich birgt, und dass institutionelle Schwäche praktisch allen bestehenden Definitionen von Fragilität gemeinsam ist.
- 18 Kredittranchen beziehen sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) eines Mitglieds im Verhältnis zu seiner Quote im IWF. Auszahlungen bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds verstehen sich als Auszahlungen unter der ersten Kredittranche

und verpflichten die Mitglieder zum Nachweis angemessener Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme. Auszahlungen über 25 Prozent werden als Ziehungen der oberen Kredittranche bezeichnet. Sie erfolgen in Raten, die ausbezahlt werden, wenn der Kreditnehmer bestimmte Leistungsziele erreicht hat. Diese Auszahlungen erfolgen in der Regel im Zusammenhang mit Stand-By oder Extended Arrangements (sowie der Flexible Credit Line). Zugang zu den IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es voraussichtlich auch bleiben.

- 19** Siehe PIN Nr. 11/98, „IMF Executive Board Discusses Systemic Crises, Financial Linkages, and the Role of Global Financial Safety Nets“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1198.htm).
- 20** Anfang des GJ 2013 wurde ein konsolidierter Spillover-Bericht zu denselben fünf systemrelevanten Volkswirtschaften verfasst wie in der Pilotübung vom GJ 2012.
- 21** Siehe PIN Nr. 11/130, „IMF Executive Board Reviews Surveillance: Making IMF Surveillance as Interconnected as the Global Economy“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11130.htm).
- 22** Siehe „Managing Director’s Statement on Strengthening Surveillance: 2011 Triennial Surveillance Review“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/102711.pdf).
- 23** Diese Entsendungen erfolgen im Zusammenhang mit den regelmäßigen Artikel-IV-Konsultationen zwischen dem IWF und den Mitgliedern; siehe dazu „Bilaterale Überwachung“ weiter oben in diesem Kapitel.
- 24** Bei seiner Bewertung der IWF-Leistung im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise, einzusehen auf der Website des IEO (www.ieo-imf.org).
- 25** Siehe PIN Nr. 11/61, „IMF Executive Board Discusses Monitoring Financial Interconnectedness, Including the Data Template for Global Systemically Important Financial Institutions“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1161.htm).
- 26** Siehe PIN Nr. 11/74, „IMF Executive Board Reviews Efforts in Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1174.htm).
- 27** Berichte zur Observance of Standards and Codes (siehe Web Box 4.1) werden auf Antrag der Mitgliedsländer erstellt und veröffentlicht; sie fassen zusammen, inwieweit diese Länder bestimmte international anerkannte Standards und Kodizes in 12 Bereichen, darunter AML/CFT, einhalten. Sie werden für eine Schärfung der politischen Diskussion zwischen Institutionen und Länderbehörden

und auf dem Privatsektor (einschließlich durch Rating-Agenturen) zur Risikobewertung eingesetzt.

- 28** Diese Prüfung fand im März 2011 statt, siehe Kapitel 3 des IWF-Jahresberichts von 2011: Ausgewogenes Wachstum verfolgen für alle (http://www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2011/ar11_deu.pdf).
- 29** Siehe PIN Nr. 12/37, „IMF Discusses Work Agenda for Financial Sector Surveillance“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1237.htm).
- 30** Siehe PIN Nr. 11/118, „IMF Executive Board Discusses Modernizing Fiscal Policy Framework and Public Debt Sustainability Analysis“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11118.htm).
- 31** Siehe PIN Nr. 11/139, „IMF Executive Board Discusses Managing Global Growth Risks and Commodity Price Shocks—Vulnerabilities and Policy Challenges for Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11139.htm).
- 32** Siehe PIN Nr. 11/143, „IMF Executive Board Discusses the Multilateral Aspects of Policies Affecting Capital Flows“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11143.htm).
- 33** Siehe PIN Nr. 12/42, „IMF Executive Board Discusses Liberalizing Capital Flows and Managing Outflows“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1242.htm).
- 34** Siehe PIN Nr. 11/137, „IMF Executive Board Discusses Criteria for Broadening the SDR Currency Basket“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11137.htm).
- 35** Seit 2000 besteht der SZR-Korb aus den vier Währungen, die (1) von Fondsmitgliedern (oder Währungsgemeinschaften aus Fondsmitgliedern) emittiert werden, die die größten Exporteure sind und (2) vom Fonds als „frei handelbare“ Währung definiert wurden – also eine Währung, die in der Tat in großem Umfang für Zahlungen von internationalen Transaktionen genutzt und an den wichtigen Devisenmärkten stark gehandelt wird. Die Währungen im SZR-Korb sind derzeit US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und der Japanische Yen. Überlegungen im Zusammenhang mit dem Konzept der freien Handelbarkeit werden für die Bewertung des SZR seit der zweiten Änderung des IWF-Übereinkommens 1978 berücksichtigt, aber die formelle Voraussetzung, dass die Währungen im SZR-Korb frei handelbar sein müssen, wurde erst 2000 verabschiedet.

KAPITEL 4

- 36** Die Mittel dieses Treuhandfonds, der zur Schuldenerleichterung unter der HIPC-Initiative und zur Unterstützung von

PRGT-Mitteln eingerichtet wurde, setzten sich aus den Zusagen für Zuschüsse und Einlagen von 93 Mitgliedsländern und Beiträgen des IWF selbst zusammen.

- 37** Der IWF stellte über das hinaus, was unter der HIPC-Initiative zur Verfügung stand, 116 Mio. SZR an Schuldenerleichterung für Liberia bereit und zahlte Haiti über den Post-Catastrophe Debt Relief Trust 178 Mio. SZR an Schuldenerleichterung aus.
- 38** Siehe PIN Nr. 11/151 „IMF Executive Board Discusses the Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)—Status of Implementation and Proposals for the Future of the HIPC Initiative“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11151.htm).
- 39** Côte d'Ivoire, Eritrea, Guinea, Komoren, Somalia, Sudan, Tschad.
- 40** Siehe PIN Nr. 12/17, „IMF Executive Board Reviews the Joint IMF–World Bank Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1217.htm).
- 41** Wie bereits angemerkt, wurde das IWF-Institut im Mai 2012 in eine neue Fonds-Abteilung namens Institut für Kapazitätsentwicklung (Institute for Capacity Development) integriert.
- 42** Für weitere Informationen zu SDDS und GDDS siehe „Factsheet: IMF Standards for Data Dissemination“ (www.imf.org/external/np/ext/facts/data.htm) sowie Web Box 4.1.
- 43** Siehe PR Nr. 11/423, „The Former Yugoslav Republic of Macedonia Subscribes to the IMF Special Data Dissemination Standard“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11423.htm) und PR Nr. 12/62, „Mauritius Subscribes to the IMF's Special Data Dissemination Standard“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1262.htm).
- 44** Siehe PR Nr. 11/242, „The Solomon Islands Begins Participating in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11242.htm); PR Nr. 11/247, „The Republic of Guyana Begins Participating in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11247.htm); PR No. 11/305, „Burundi Begins Participation in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11305.htm); PR Nr. 11/367, „The Republic of Maldives Begins Participation in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11367.htm); PR Nr. 11/441, „Montenegro Begins Participation in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11441.htm); PR Nr. 12/48, „The Republic of Djibouti Begins Participating in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1248.htm) und PR Nr. 12/51, „Papua New Guinea Begins Participation in the IMF's General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1251.htm).
- 45** Dieses „bulletin board“ kann über die Website des IWF aufgerufen werden: <http://dsbb.imf.org/Applications/web/gdds/gddscountrylist/>.
- 46** Siehe PIN Nr. 12/18, „IMF Executive Board Discusses Eighth Review of Data Standards“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1218.htm).
- 47** Siehe PR Nr. 11/274, „IMF Releases 2011 Financial Access Survey Data“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11274.htm). Die Datenbank ist für die Öffentlichkeit einsehbar auf der Website des IWF (<http://fas.imf.org/>) und über die e-Library–Data (<http://elibrary-data.imf.org/>) des IWF.
- 48** Siehe PR Nr. 11/271, „IMF Expands Foreign Direct Investment Coverage to 84 Economies“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11271.htm) und PR Nr. 11/479, „IMF Releases Results from its 2010 Coordinated Direct Investment Survey“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11479.htm). Die Datenbank ist für die Öffentlichkeit einsehbar auf der Website des IWF (<http://cdis.imf.org/>) und über die e-Library–Data (<http://elibrary-data.imf.org/>) des IWF.
- 49** Siehe PR Nr. 11/428, „Cross-Border Holdings Increased 7.7 Percent in 2010, Shows IMF Annual Coordinated Portfolio Investment Survey Now Available Via New Online Database“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11428.htm). Die neue Datenbank ist für die Öffentlichkeit einsehbar auf der Website des IWF (<http://cpis.imf.org/>) und über die e-Library–Data (<http://elibrary-data.imf.org/>) des IWF.
- 50** Siehe PR Nr. 11/161, „IMF and World Bank Co-Host Third Global SDMX Conference to Advance Implementation of Worldwide Standards for Data and Metadata Exchange“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11161.htm).
- 51** Die Website findet sich unter www.principalglobalindicators.org/default.aspx.
- 52** Siehe PIN Nr. 11/72, „IMF Executive Board Reviews Experience with the Fund's Involvement in the G-20 Mutual Assessment Process“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1172.htm).
- 53** Siehe IWF und FSB: „The Financial Crisis and Information Gaps: Implementation Progress Report“ (www.financialstabilityboard.org/publications/r_110715.pdf).

KAPITEL 5

- 54** Siehe www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pdfs/quota_tbl.pdf.
- 55** Siehe PIN Nr. 12/35, „IMF Executive Board Begins Review of Quota Formula“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2012/pn1235.htm).
- 56** Die derzeitige additive Quotenformel enthält vier Variablen. Das BIP hat das größte Gewicht (50 Prozent) und setzt sich aus einer Mischung von BIP, umgerechnet zu Wechselkursen am Markt (30 Prozent), und von auf Kaufkraftparität basierendem BIP (20 Prozent) zusammen. Offenheit, die die Summe der laufenden Ausgaben und Einnahmen misst (30 Prozent), Variabilität der laufenden Einnahmen und Nettokapitalflüsse (15 Prozent) und offizielle Devisenreserven (5 Prozent) sind die verbleibenden Variablen.
- 57** Ein Kompressionsfaktor von 0,95 wird auf die gewichtete Summe der vier Variablen in der Quotenformel angewendet, wodurch die Streuung in den berechneten Quotenanteilen über die Mitglieder reduziert wird. Dadurch reduziert sich der nach der Formel berechnete Anteil der größten Mitglieder und erhöhen sich die Anteile für alle anderen Länder.
- 58** Die Aktivierung erfordert die Zustimmung der NAB-Teilnehmer mit 85-prozentiger Mehrheit der gesamten Kreditvereinbarungen unter den stimmberechtigten Teilnehmern und die Genehmigung durch das Exekutivdirektorium.
- 59** Einzelne Mitgliedsländer des Euroraums leisteten folgende Beiträge zu dieser Zusage von 150 Mrd. €: Belgien 10,0 Mrd. €, Deutschland 41,5 Mrd. €, Finnland 3,8 Mrd. €, Frankreich 31,4 Mrd. €, Italien 23,5 Mrd. €, Luxemburg 2,1 Mrd. €, Malta 0,3 Mrd. €, Niederlande 13,6 Mrd. €, Österreich 6,1 Mrd. €, Slowakische Republik 1,6 Mrd. €, Slowenien 0,9 Mrd. €, Spanien 14,9 Mrd. €, Zypern 0,5 Mrd. €.
- 60** Die Bekanntgabe Norwegens im April 2012 folgte einer im Dezember 2011 gemachten Zusage; siehe PR Nr. 12/128, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Pledges by Denmark, Norway and Sweden to Increase IMF Resources by over US\$26 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12138.htm).
- 61** Siehe PR Nr. 12/137 „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Japan’s \$60 Billion Pledge“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12137.htm); PR Nr. 12/138, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Pledges by Denmark, Norway and Sweden to Increase IMF Resources by over US\$26 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12138.htm); PR Nr. 12/141, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Pledge by Poland to Increase IMF Resources by about US\$8 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12141.htm); PR Nr. 12/142, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Further Pledges by Switzerland and Other Members to Increase IMF Resources by about US\$26 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12142.htm); PR Nr. 12/146 „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Pledges by Australia, Korea, Singapore and the United Kingdom to Increase IMF Resources by about US\$41 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12146.htm); PR Nr. 12/141, „IMF Managing Director Christine Lagarde Welcomes Pledges by Members to Increase Fund Resources by over US\$430 Billion“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12147.htm); und PR Nr. 12/148, „Statement from Indonesia, Malaysia and Thailand“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12148.htm). Wie bereits angemerkt wurde dieser Betrag im Juni 2012 auf 456 Mrd. US\$ erhöht.
- 62** Siehe PR Nr. 11/485 „IMF Executive Board Adopts New Rule for Basic Rate of Charge on IMF’s GRA Lending“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11485.htm).
- 63** Eine Erklärung zu den Kredittranchen finden Sie in Anmerkung 18.
- 64** Siehe PIN Nr. 11/48, „IMF Executive Board Considers Use of Gold Sale Profits“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1148.htm).
- 65** Siehe PR Nr. 12/56, „IMF Executive Board Approves Distribution of US\$1.1 Billion Gold Sales Profits to Facilitate Contributions to Support Concessional Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1256.htm).
- 66** Siehe PIN Nr. 11/121, „IMF Executive Board Considers Use of Windfall Gold Sale Profits“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11121.htm).
- 67** Der Unterschied zwischen Brutto- und Nettoausgaben rührt von Einnahmen her, hauptsächlich Mitteln externer Geber für vom IWF unternommene Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau.
- 68** Siehe PR Nr. 11/292, „IMF Statement on South Sudan“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11292.htm); PR Nr. 11/472, „Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde Following a Meeting with South Sudan’s President

- Salva Kiir Mayardit“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11472.htm); und PR Nr. 12/140, „Republic of South Sudan becomes IMF's 188th Member“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12140.htm).
- 69** Fragen zur Vielfalt werden gesondert im Diversity Annual Report (Jahresbericht zur personellen Vielfalt) behandelt; er enthält ein Discussion Note for Broadening the IMF Diversity Agenda, das auf die vom Exekutivdirektorium angesprochenen Punkte anlässlich der Erörterung des 2010 Diversity Annual Report im Mai 2011 eingeht.
- 70** Die Diversity Annual Reports des IWF sind verfügbar unter www.imf.org/external/np/div/index.asp.
- 71** Siehe PIN Nr. 11/63, „IMF Executive Board Discusses the 2010 Diversity Annual Report“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1163.htm).
- 72** Siehe PR Nr. 11/187, „IMF Managing Director Dominique Strauss-Kahn Resigns“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11187.htm).
- 73** Siehe PR Nr. 11/191, „IMF Executive Board Initiates Selection Process for Next IMF Managing Director“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11191.htm) und PR Nr. 11/195, „Statement by the IMF Executive Directors Representing Brazil, Russia, India, China and South Africa on the Selection Process for Appointing an IMF Managing Director“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11195.htm).
- 74** Siehe PR No. 11/259, „IMF Executive Board Selects Christine Lagarde as Managing Director“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11259.htm).
- 75** Siehe PR Nr. 11/275, „IMF Managing Director Christine Lagarde Proposes Appointment of Mr. David Lipton as First Deputy Managing Director and Mr. Min Zhu as Deputy Managing Director“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11275.htm).
- 76** Der Volltext der Transparenzpolitik des IWF steht unter „The Fund's Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/102809.pdf) zur Verfügung.
- 77** Siehe „Key Trends in Implementation of the Fund's Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/070611.pdf).
- 78** www.ieo-imf.org.
- 79** Siehe PIN Nr. 11/123, „IMF Executive Board Concludes Fourth Periodic Report on Implementing IEO Recommendations Endorsed by the Executive Board“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn11123.htm).
- 80** Siehe „Ethics Framework: IMF Updates Standards for Staff Conduct“ (www.imf.org/external/hrd/conduct.htm).
- 81** Der Code of Conduct für Exekutivdirektoren ist einzusehen unter www.imf.org/external/hrd/edscod.htm.
- 82** Die REOs sind auf der REO-Webseite der Website des IWF verfügbar (www.imf.org/external/pubs/ft/reo/rerepts.aspx); dort findet sich auch zu den im GJ 2012 veröffentlichten REOs in Zusammenhang stehendes weiteres Material.

VERANTWORTLICHE MITARBEITER

Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des IWF erstellt. Tim Callen, Sandy Donaldson und Nicole Laframboise betreuten die Arbeit des Jahresbericht-Teams unter der Leitung des Evaluation Committee des Exekutivdirektoriums, dessen Vorsitz Moeketsi Majoro innehat. Die Redakteure waren Michael Harrup (der als wichtigster Verfasser auch den Entwurf und die Herstellung koordinierte), S. Alexandra Russell und Cathy Gagnet. Nicole Laframboise leistete bedeutende Beiträge zum Text. Teresa Evaristo und Phoebe Kieti leisteten Assistenzarbeit.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Dr. Ingeborg Schleier (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung).

Bildnachweis:

Stephen Jaffe/IWF-Stabsfoto Einband (Vorderseite, oben), Seiten 4, 16 (rechts), 19 (oben), 31 (links), 39 (unten), 46 (links), 55 (oben, unten), 64 (links)

© [imagebroker.net/SuperStock](#) Einband (Vorderseite, unten)
IWF-Stabsfoto Seiten 5, 6, 7, 46 (rechts)
© Kenichiro Seki/Xinhua Press/Corbis Seite 9 (oben)
Pedro Ugarte/AFP Photo Seite 9 (unten)
PENG Zhaozh I/Xinhua/Landov Seite 10 (links)

Paul Smith/Panos
ZHU Xiang/Xinhua/Landov
© Roderick Chen/SuperStock
Jonathan Kirm/Stone/Getty Images
Reuters/Jassim Mohammed
© David Mdzinarishvili/Reuters/Corbis
Reuters/Rafael Marchante
Alimdi.net/Heiner Heine
Christian Science Monitor/Getty Images
Tom Martin/AWL-Images
Tamal Roy/AP Photo
Reuters/Hazir Reka
Cosmos/eyevine
Sunday Alamba/AP photo
© Ken Cedeno/Digital/Corbis
Travel Pix Collection/AWL-Images
Michael Spilotro/IWF-Stabsfoto
Simon Reddy/Latitude Stock
© Steve Vidler/SuperStock
Robert Harding Productions/Newscom
Alimdi.net/Heiner Heine
Ubaldo Gonzalez/Xinhua/Landov
Butsenko Anton/ITAR-TASS/Landov
Ilya Naymushin/Reuters/Landov
Xinhua/eyevine/Redux
Giorgos Moutafis/EPA/Landov
AFP Photo/Kazuhiro Nogi

Seite 10 (rechts)
Seite 15 (oben)
Seite 15 (unten)
Seite 16 (links)
Seite 19 (unten)
Seite 20 (links)
Seite 20 (rechts)
Seite 25 (links)
Seite 25 (rechts)
Seite 28 (links)
Seite 28 (rechts)
Seite 31 (rechts)
Seite 34 (links)
Seite 34 (rechts)
Seite 35 (links)
Seite 35 (rechts)
Seite 39 (oben)
Seite 40 (links)
Seite 40 (rechts)
Seite 49 (links)
Seite 49 (rechts)
Seite 51 (links)
Seite 51 (rechts)
Seite 56 (links)
Seite 56 (rechts)
Seite 64 (rechts)
Einband (Rückseite)



IMF ANNUAL REPORT 2012 (German)
INTERNATIONAL MONETARY FUND
700 19TH STREET NW
WASHINGTON, DC 20431 USA

